

PERIODICAL ROOM

45
7. AUG. 1961

freie rundschau

ZEITSCHRIFT FÜR AKTIVE FREIHEITSPOLITIK

ONLY COPY
PLEASE RETURN FROM ME
TO RADIO LIBERTY LIBRARY

HERAUSGEBER: ZENTRALVERBAND POLITISCHER EMIGRANTEN AUS DER UDSSR (ZOPE) MÜNCHEN

NR. 4

JULI / AUGUST

1961

Inhaltsverzeichnis

	DER BUMERANG	1
SOWJETUNION		
E. Moessner:	MANIPULIERTE GESCHICHTE	3
David Floyd:	WIE MAN IN DER UdSSR REICH WIRD	7
ENTWICKLUNGSLÄNDER		
Ha Vinh Phuong:	DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK VIETNAMs	9
Houphouët-Boigny:	ENTSCHEIDUNG FÜR DEN WESTEN	14
FERNOST		
Alexander Kashin:	BRIEFE AUS ROTCHINA (II)	16
IDEOLOGIE		
Chr. Michael:	WISSENSCHAFT CONTRA IDEOLOGIE	20
JUGEND		
N. E.-J. :	SUCHE NACH DEM UNENTBEHRLICHEN	25
A. R. Amar:	RASSEDISKRIMINIERUNG IN DER SU	28
RELIGION		
Raoul Jourdan:	VOLK IN GLAUBENSNOT	34
A. T. S. :	POLITISCHE PILGERFAHRTEN	36
WELTKOMMUNISMUS		
* * * :	LATEINAMERIKANISCHE PERSPEKTIVEN	42
Adlai Stevenson:	ERFAHRUNGEN EINER REISE	46
BÜCHER		
P. M. A. Lindberger:	„Schlachten ohne Tote“	47
K. Richter:	„Die trojanische Herde“	48

Die „freie rundschaue - Zeitschrift für aktive Freiheitspolitik“ erscheint zweimonatlich. Sie wird herausgegeben vom Zentralverband Politischer Emigranten aus der UdSSR (ZOPE) e. V., München, im Verlag des ZOPE, München. Zu beziehen durch alle Buch- und Zeitschriftenhandlungen oder direkt beim Verlag. Einzelpreis DM 1.-, Jahresbezugspreis DM 4.80, im Inland einschliesslich Porto. Abbestellungen nur jeweils bis 4 Wochen vor Jahresende. Bankkonto Nr. 525775 bei der Bayerischen Vereinsbank München, Zweigstelle Rotkreuzplatz, Postscheckkonto München 112816, „Zentralverband Politischer Emigranten aus der UdSSR“, Erfüllungsort und Gerichtsstand sind München. Redaktionskollegium: Gregorij Danilow (für den Inhalt verantwortlich), Igor Kronsas, Alexander Tsurikow, alle München. Anschrift der Redaktion und des Verlages: München 19, Renatastrasse 77, Tel. 69025; Berliner Redaktion: Berlin W 30, Martin-Luther-Strasse 88, Tel. 246614. Hergestellt im Hausdruck des ZOPE, München. Signierte Beiträge vertreten nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion. Rücksendung nichtangenommener unverlangter Manuskripte nur auf Anforderung. Nachdruck von Wort und Bild werden nach Möglichkeit gerne gestattet, jedoch ist vorherige schriftliche Anfrage bei der Redaktion unbedingt erforderlich.

Der Bumerang

Kurz nach dem Wiener Treffen Chruschtschows mit Kennedy hat sich der Ton der sowjetischen Propaganda ähnlich wie derjenige von offiziellen und halboffiziellen Erklärungen des Kremls wesentlich geändert. Der aussenpolitische Kurs der Sowjetführung hat eine Schärfe angenommen, die selbst die Berlin-Kampagne der Jahre 1958 und 59 und die Haltung in und nach Paris im Mai 1960 übertrifft. Im Mittelpunkt steht wiederum die Berlin-Frage, wobei heftigste Ausfälle gegen die Bundesrepublik und massive Drohungen gegen die Vereinigten Staaten an der Tagesordnung sind.

Bezeichnend für die Heftigkeit der sowjetischen Ausfälle und Drohungen ist das Fehlen jeglichen aussenpolitischen Anlasses, der eine solche Verschärfung der Aussenpolitik Moskaus wenigstens formal rechtfertigen könnte. Im Gegenteil, die internationale Lage hat in den Wochen kurz vor und nach dem Wiener Treffen nicht den geringsten Anlass zu einer Änderung der sowjetischen Militärpolitik und zur Aufputschung der sowjetischen Propaganda bis beinahe zum Grad einer regelrechten Vorkriegspsychose geboten. Dieser fast schon hysterisch zu nennende Ton der Kreml-Verlautbarungen, denen ein sichtbarer äusserer Anlass fehlt, ist auch das beste Indiz dafür, dass die Gründe für die Schärfe der jüngsten sowjetischen Haltung vorwiegend in dem innerpolitischen Bereich und nicht in der Haltung Bonns oder Washingtons zu suchen sind.

Ein weiteres Indiz, das in dieselbe Richtung deutet, ist der Hinweis Chruschtschows in seinen Präsident Kennedy überreichten „Notizen“, die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland sei „eine Frage der nationalen Sicherheit der UdSSR“. Bis jetzt hat die

Sowjetführung stets betont, dass sie keine „Garantien“ gegen ein wiedervereinigtes Deutschland brauche (und daher die Neutralisierung Gesamtdeutschlands als Gegenleistung für die Wiedervereinigung nicht akzeptiere), weil sie sich sehr wohl selbst zu verteidigen wisse.

Dort, wo der innerpolitische Bereich des kommunistischen Blocks beginnt, also an Elbe und Werra, sind in den letzten Wochen auch die Anzeichen einer schweren – vielleicht der schwersten seit 1953 – innerpolitischen Krise des kommunistischen Systems besonders spürbar geworden. Die Berlin-Frage, als die „Sicherung des Friedens“ aufgemacht, ist von Ulbricht zur zentralen Aufgabe erhoben worden, der alle anderen Probleme unterzuordnen sind. Sie soll die tiefen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten des Regimes überdecken, durch eine militante, kriegsähnliche Aktion das Versagen des Systems verschleiern und die bestehenden Mängel unter dem Vorwand der Umstellung auf eine autarke, von Lieferungen aus der Bundesrepublik unabhängige Wirtschaft rechtfertigen. Die Nichterfüllung der Siebenjahresplan-Ziele durch mehrere wichtige Wirtschaftszweige, den akuten Rohstoffmangel und den vollständigen Zusammenbruch der Landwirtschaft glaubt Ulbricht nur durch eine verschärfte Aktion, die einer Mobilmachung in Kriegszeiten ähnlich ist, auffangen zu können. Die Berlin-Frage wird für ihn zur Existenzfrage des Regimes.

Der Widerstand, den diese Politik bereits jetzt in der Zone hervorruft, zwingt die Partei freilich zuweilen zu Rückzügen. Die Meinungsverschiedenheiten haben sogar den Parteiapparat und dessen leitende Gremien ergriffen, so dass von einer Opposition in der Partei-

führung gesprochen werden kann. Die Situation wird noch dadurch kompliziert, dass die sowjetischen Besatzungsorgane sich in bestimmten Fällen unmittelbar in die Vorgänge einmischen.

Bereits hier, in der Zone, beginnt sich die aggressive Politik, die Ulbricht in voller Übereinstimmung mit Moskau betreibt, in einen Bumerang für die kommunistische Führung und ihre Pläne zu verwandeln. Die Veröffentlichungen in der sowjetzonalen Presse – liest man sie nur aufmerksam genug – sprechen eine unmissverständliche Sprache: Die Bevölkerung weiss viel zu gut, woher die wirkliche Kriegsgefahr droht und fasst das hysterische Geschrei in Moskau und in Ost-Berlin als Zeichen wachsender Aggressivität der eigenen Machthaber auf. Die daraus entspringende Angst und Sorge sind nicht mehr zu überhören, und der rapide angeschwollene Flüchtlingsstrom ist nichts anderes als die erste Reaktion auf die zu stark gerührte Kriegstrommel.

Nicht viel anders liegen die Dinge in der Sowjetunion selbst. Das Ausmass der landwirtschaftlichen Katastrophe hat die schlimmsten Befürchtungen noch übertroffen, die im Zusammenhang mit dem ZK-Plenum vom Januar geäussert worden waren. Auch in der Industrie sind ähnliche Zustände wie in der Zone zu beobachten. Die Dezentralisierungsreformen Chruschtschows haben sich vollends als ein Fiasko erwiesen. Der Unwille gegen die Methoden Chruschtschows, nicht zuletzt gegen sein geschicktes Vorgehen in der Kaderpolitik, das den organisatorischen Wirrwarr noch vergrössert und eine ganze Reihe mittlerer und höherer Funktionäre verärgert hat, verschärfte die Auseinandersetzungen in der Spitze.

Deutlich begimmen sich zwei Gruppen abzuzeichnen, von denen die eine Chruschtschows Schuld in einem Zuwenig, die andere in einem Zuviel an Reformen sieht. Beide scheinen sich jedoch über die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände einig zu sein und sind daher über die Assistenz aus Peking in Form der chinesischen ideologischen Kritik an der bisherigen aussenpolitischen Linie Chruschtschows gar nicht böse. Zu dem äusseren Einschwenken Pekings auf den Moskauer Kurs, das sich in Genf während

der Laos-Konferenz und auch in der Haltung gegenüber Nord-Korea und Nord-Vietnam zeigte, kommt noch eine Reihe anderer Tatsachen, aus denen mit Sicherheit auf ein Andauern der heftigen Auseinandersetzungen hinter den Kulissen geschlossen werden kann.

Der Fehlschlag der aussenpolitischen Konzeption Chruschtschows wurde nach Wien, genauso wie vor einem Jahr nach dem Besuch bei de Gaulle, peinlich spürbar. Die These, die Macht der Sowjetunion sei so gross, dass aussenpolitische Erfolge ohne wesentliche Gegenleistungen erzielt und „revolutionäre“ Bewegungen ohne kriegerische Konflikte noch wirksamer unterstützt werden könnten, erwies sich, bei allen unbestreitbaren schwachen Punkten der westlichen Haltung – im grossen und ganzen als ein Versager. Der Abbau der Streitkräfte musste unterbrochen werden, da die Rakentdrohung nicht wirkte.

Die äussere Gefahr wird nun in schwarzen Farben an die Wand gemalt, um so den Einfluss auf die Bevölkerung wiederzugewinnen und das scharfe Vorgehen gegen die freiheitlichen Tendenzen in der Gesellschaft, die am Vorabend des bevorstehenden Parteikongresses ganz besonders unerwünscht sind, zu rechtfertigen.

Neben der Erzeugung einer Kriegspsychose gibt die Erklärung Chruschtschows über die Erhöhung des Wehretats um ein Drittel den erwünschten Anlass, die Krisenerscheinungen der sowjetischen Wirtschaft zu begründen; gleichzeitig entbindet sie den Kremlchef von seinem Versprechen, in kürzester Frist ein ausreichendes Angebot an Verbrauchsgütern und Nahrungsmitteln sicherzustellen.

Aber wie in der Zone, so sind auch in der Sowjetunion alle Anzeichen dafür vorhanden, dass der neue Kurs Chruschtschows sich in einen Bumerang verwandeln wird. Das Gebeul der neuesten Düsenbomber und die Beschwörung des Sieges über Hitler zur Hebung des Patriotismus können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sowohl unter den breiten Bevölkerungsschichten, als auch in den Führungskreisen die Spannung immer stärker wird und Chruschtschows Rennen mit der Zeit um den rettenden Erfolg im Falle der Festigkeit des Westens in ein Fiasko zu verwandeln droht: Der Weg zum Abgrund ist für ihn heute um vieles kürzer als je zuvor geworden.

Manipulierte Geschichte

Der Zweite Weltkrieg in sowjetischer Sicht

VON E. MOESSNER

Wenn Historiker sich nicht mit der blossen Deutung möglichst präzise wiedergegebenen Tatsachenmaterials bescheiden, sondern auch die Auswahl der mitgeteilten Tatsachen unter dem Gesichtspunkt einer von vornherein feststehenden Interpretation einer bestimmten historischen Epoche vornehmen, verlieren sie jeglichen Anspruch auf den Titel eines Wissenschaftlers. Sie werden zu Propagandisten, die sich dazu hergeben, durch Vortäuschung wissenschaftlicher Methoden einen besonders schlüssigen Beweis für gewisse politische Parolen zu liefern.

In eine solche Situation gerieten die sowjetischen Militärhistoriker, die unter der Leitung von Generalleutnant Platonow, Generalmajor Pawlenko und Oberst Protkin die militärhistorische Abhandlung „Der Zweite Weltkrieg“ (*Vtoraja mirovaja vojna*. Moskau: Militärverlag des Verteidigungsministerium der UdSSR 1958) verfassten.

In zweijähriger eingehender Arbeit hat der Verfasser dieser Rezension diese historische Untersuchung mit westlichen Werken über dasselbe Thema und mit den Erinnerungen amerikanischer, englischer und deutscher Militärs verglichen. Dabei trat eine solche Menge von Verzerrungen historischer Tatsachen zutage, dass für eine ausführliche Behandlung dieser Geschichtsklitterungen ein zweites Buch geschrieben werden müsste. Im Rahmen eines Zeitschriftenartikels ist es nur möglich, die wichtigsten Unrichtigkeiten zu erwähnen; zahllose Details müssen weggelassen werden, zumal sie für einen nicht fachkundigen Leser ohnedies nur von zweitrangigem Interesse sind.

Eine Feststellung muss jedoch getroffen werden. Wenn – wie die Herausgeber erklären – dieses Werk tatsächlich dazu dienen soll „den Offizieren, Generalen und Admirälen beim Studium und zum Verständnis der Hauptereignisse des Zweiten Weltkrieges“, darüber hinaus aber auch „bei der Zusammenstellung der notwendigen Lehren und Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen dieses Krieges“ eine Hilfe zu sein, und wenn die sowje-

tischen Offiziere das auch tatsächlich ernst nehmen, so kann kein Zweifel darüber bestehen, dass sie in einem Krieg vernichtend geschlagen würden. Die Verfasser des Buches – dreizehn hohe Offiziere, von denen einige den wissenschaftlichen Grad eines Kandidaten der militärischen und der historischen Wissenschaften erworben haben, leisten sich in ihrer Arbeit eine so tendenziöse Verdrehung der Wirklichkeit, dass ein „Studium“ der Kriegsführung an Hand ihrer „Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ einem Selbstmord gleichkäme.

Was zum Beispiel sofort auffällt, ist die stillschweigende Unterschlagung der sowjetischen Truppenstärken. Wenn von den Kämpfen in Westeuropa, in Afrika oder im Fernen Osten die Rede ist, wird die jeweilige Stärke der beiden kämpfenden Seiten mitgeteilt. Im Falle des deutsch-sowjetischen Krieges wird aber nur die Stärke der deutschen Truppen angegeben. So wird zum Beispiel erwähnt, dass im Sommer 1941 General Rommel über 100 000 Soldaten, 550 Panzer und 300 einsatzbereite Flugzeuge verfügte, während die Engländer 150 000 Mann, 924 Panzer und 1 100 Flugzeuge in Afrika konzentriert hatten. Demgegenüber wird für die Kämpfe im Kursker Bogen im Juli 1943 nur die Stärke der deutschen Truppen – nämlich 900 000 Mann, 10 000 Geschütze und Granatwerfer und 2 700 Panzer – mitgeteilt. Über die sowjetischen Streitkräfte, die hier eingesetzt waren, wird lediglich gesagt: „Die Truppen der zentralen, der Woronesher und der Steppen-Front bereiteten sich intensiv für die Abwehrschlacht vor.“ Bei der Beschreibung der Vorbereitung zur Schlacht bei Kursk wird weiter erklärt, dass der eine deutsche Angriffskeil – die Neunte Armee – über 270 000 Mann, 3 500 Geschütze und 1 200 Panzer, der andere über 280 000 Mann, 2 500 Geschütze und 1 500 Panzer verfügte. Das sowjetische Oberkommando stellte ihnen zwei Verteidigungsgruppen entgegen: die zentrale Front, die im Bereich der 13. Armee 60 % ihrer Regimenter und ihrer Artillerie und 33 % ihrer Panzer bereitstellte, wogegen die Woronesher Front in den Bereichen der 40. Armee sowie der 6. und 7. Garde-

Armeen 70 % ihrer Artillerieregimenter und 78 % ihrer Panzer zusammengezogen hatte. Den absoluten Angaben über die deutschen Stärken werden somit nichtssagende Prozentzahlen gegenübergestellt!

An keiner einzigen Stelle des besprochenen Werkes wird die Geheimhaltung der sowjetischen Truppenstärken aufgegeben. Dies geschieht jedoch keineswegs etwa aus Angst vor einem potentiellen Gegner; es handelt sich vielmehr um eine glatte Unterschlagung der Tatsache, dass die sowjetischen Marschälle trotz der guten Qualität der ihnen unterstellten Truppen unfähig waren, ohne spürbare zahlenmässige Überlegenheit erfolgreich zu kämpfen, wodurch freilich ihre vollständige Unbegabung in der Kunst der Kriegsführung offenbar wurde.

MISSGLÜCKTE BEWEISFÜHRUNG

Die Verfasser des Buches beziehungsweise ihre Auftraggeber sehen nicht, dass ihre Weigerung, eine beispielsweise doppelte Übermacht sowjetischer Truppen in einzelnen Schlachten anzuerkennen, die Behauptungen Liddel Hardts glaubwürdig macht, dass dieses Übergewicht in Wirklichkeit ein sechsfaches, ja manchmal sogar ein zwölfaches gegenüber den deutschen Stärken gewesen sei. Diese Feststellung Hardts wird von dem Kandidaten der Militärwissenschaften, Generalmajor Pawlenko, als „eine Erfüllung des Auftrages der Imperialisten“ bezeichnet, ohne dass dem allerdings sachliche Argumente entgegengesetzt würden. Es wäre sowohl klüger als auch vor allem wissenschaftlich richtiger gewesen, wenn Pawlenko durch genaue Angaben über die Stärke und Bewaffnung der sowjetischen Truppen nachgewiesen hätte, dass es sich um ein zweifaches oder dreifaches Übergewicht gehandelt habe, als einfach zu erklären, eine zwölfache Überlegenheit habe nicht bestanden.

Die Überzeugungskraft der Darstellung wird auch durch eine einseitige Aufzählung der deutschen Verluste wesentlich gemindert. Verständlicherweise wollte das sowjetische Oberkommando die eigenen „Fleischwolf“-Methoden bei der Durchführung verschiedener militärischer Operationen verheimlichen, aber seine Zurückhaltung ist heute noch genauso gross wie zu Lebzeiten Stalins, obwohl selbst die sowjetischen Schriftsteller, die seinerzeit lediglich heroische Kitschdarstellungen des Krieges gaben, heute viel realistischere Töne anschlagen: In den jüngsten Kriegsromanen – wie zum Beispiel in Simonows *Die Lebenden und die Toten*, Bondarews *Die letzte Salve* und Baklanows *Ein Fuss breit Erde* – ist bereits davon die Rede, dass die Wirklichkeit des Krieges „schrecklicher, bitterer und blutiger“

gewesen sei, als manche Schriftsteller seinerzeit zugeben hätten. Sogar die „schändliche Unzulänglichkeit der Kriegsvorbereitung“ und auch „die gewaltigen und anscheinend nicht zu rechtfertigenden Verluste“ (so die *Literaturnaja Gaseta* vom 23. 7. 1959 in einem Bericht über die neue und die alte Kriegsliteratur) werden nicht mehr verheimlicht.

Ebenfalls unterbleiben alle Angaben über die Rüstungsproduktion der Sowjetunion während des Krieges. Lediglich die üblichen Prozentgrössen wie „Steigerung um 17%“ oder „Anwachsen um 25%“ werden neben den ganz exakten Angaben – in Tonnen und Stück – über die deutsche Rüstungsproduktion und der entsprechenden Rohstoffförderung wiedergegeben. Solche Einseitigkeit kann freilich kein Vertrauen erwecken.

Völlig unglaubwürdig wird der Bericht vollends an jenen Stellen, durch welche die These von dem zahlenmässigen Übergewicht der deutschen Truppen bewiesen werden soll, etwa, wenn der Verfasser des 5. Kapitels, Oberst Tscherebuchin, eine partielle „Entschleierung“ versucht und dabei behauptet, den sechs Divisionen der 22. Sowjetarmee seien 16 deutsche Divisionen gegenübergestanden.

Aber selbst dadurch beweist Tscherebuchin nur das Gegenteil von dem, was er möchte, nämlich einer Rehabilitierung des Marschalls Timoschenko, der angeblich dem deutschen Übergewicht erlegen sei. Aus der Darstellung wird für den unvoreingenommenen Leser lediglich klar, dass Generalfeldmarschall Bock eben viel geschickter als Timoschenko war, indem er im richtigen Augenblick und am richtigen Ort eine Stossgruppe zusammenzog, während Timoschenko seine Truppen verzettelte und der deutschen Faust eine offene Hand mit gespreizten Fingern entgegenhielt.

So wird – wie an vielen anderen Stellen des Buches – aus einem Rehabilitierungsversuch nur eine Bestätigung der Unzuverlässigkeit und Fragwürdigkeit des ganzen Werkes. Man ist daher viel eher bereit, dem Bericht des bekannten englischen Militärschriftstellers General Fuller Glauben zu schenken, dass das deutsche Oberkommando zu Beginn des Sommers 1944 an der Ostfront über 1 500 000 Soldaten verfügt habe, als der Behauptung der dreizehn sowjetischen Propagandisten, es hätten um diese Zeit 3 500 000 feindliche Soldaten, davon 2 700 000 Deutsche, der Sowjetarmee gegenübergestanden.

In seinem Bericht erklärt Fuller, dass den anderthalb Millionen deutscher Soldaten eine dreifache sowjetische Übermacht entsprochen habe, was – sollte diese Behauptung falsch sein – von den Autoren des vorliegenden Buches nur durch Aufführen von Tatsachen widerlegt werden könnte und

müsste. Statt dessen greifen die Verfasser des 13. Kapitels, General Pawlenko und Oberst Schimanski, zu dem bekannten Mittel nichts beweisen der Beschimpfungen, indem sie die „bürgerlichen Historiker“ der Verfälschung und Verdrehung der Tatsachen beschuldigen.

Alle Anzeichen eines offiziellen Auftrages zeigt auch die Behandlung der Rolle Stalins im Zweiten Weltkrieg. Die zu seinen Lebzeiten üblichen Lobhudeleien sind verschwunden und Stalin wird nur an einigen wenigen Stellen des Buches erwähnt, allerdings nicht mehr als „Garant des Sieges“, sondern vielmehr als Ursache strategischer Fehler. Aber auch hierbei hält man sich an die Darstellungen Chruschtschows in seinem Geheimbericht vor dem XX. Parteikongress und vermeidet tunlichst, von sich aus neue Tatsachen zu bringen. So heisst es zum Beispiel über die Situation vom Mai 1942: „Der Kriegsrat der südwestlichen Front wandte sich an den Obersten Befehlshaber J. W. Stalin mit der Bitte um Einstellung der offensiven Operationen bei der Einkreisung von Charkow. Diese Bitte wurde jedoch abgelehnt, ... was die ohnedies gespannte Lage noch verschärfte.“ Neben dem Tadel an Stalin steckt in dieser Formulierung auch ein Lob für Chruschtschow, der zusammen mit Marschall Timoschenko und dem Stabschef Generalmajor Bagramjan dem Kriegsrat der Südwest-Front angehörte.

Nach demselben Schema wird Stalin auch die Schuld für die furchtbaren Niederlagen der ersten Kriegesmonate zugeschoben. Wollte man dem Bericht des vorliegenden Buches folgen, so müsste man zu dem Schluss kommen, dass Stalin im Kriege keine wesentliche Rolle gespielt habe: nicht er, sondern das Staatsverteidigungs-Komitee hat die Verteidigung von Moskau organisiert, nicht er, sondern die Sowjetregierung und die Kommunistische Partei haben die moralischen Kräfte der Armee mobilisiert.

DER GROSSE SIEG

Neben der Herabsetzung Stalins wird die Rolle Chruschtschows systematisch aufgebaut. Er erscheint zuerst als Genosse, später als Generalleutnant, recht häufig auf den Seiten des Buches. Dafür wird auch die Bedeutung Marschall Shukows, nicht minder folgerichtig, verschwiegen. Selbst seine Rolle bei der Verteidigung von Moskau im Jahre 1941 bleibt unerwähnt. Es wird lediglich gesagt, dass „der Plan der Gegenoffensive das Ergebnis einer grossen schöpferischen Arbeit des Oberkommandos der Front-Abschnitte, des Generalstabes und des Hauptquartiers des Obersten Befehlshabers“ gewesen sei. Shukow wird nur im Zusammenhang mit den Ernennungen auf

die verschiedenen Posten erwähnt, aber auch das geschieht nur beiläufig.

Dieselbe Taktik der Herabsetzung der Bedeutung einzelner Militärs wird systematisch durchgeführt: Das Buch erwähnt Dutzende von Generälen und Marschällen, ohne auch nur andeutungsweise eine Charakterisierung ihrer Kampfführung zu bringen. Die einzige Ausnahme bildet General Wlassow. Der Verfasser des 7. Kapitels, Oberst Morosow, kann es sich nicht versagen, dem hingehörten Genera. einen Eselstritt zu versetzen:

„Die Zurückziehung der Truppen wurde nicht so organisiert und gesichert, wie es notwendig gewesen wäre, was in einem erheblichen Masse durch verbrecherische Handlungen des damaligen Kommandierenden der Zweiten Stossarmee zu erklären ist, des Generals Wlassow, der sich später als Vaterlandsverräter entpuppte.“

Bezeichnend ist, dass es im Laufe des Krieges eine ganze Menge „unorganisierter“ und „ungesicherter“ Rückzüge gab und die Zahl der abgesetzten Generäle sehr gross war, worüber in dem vorliegenden Buch nichts gesagt wird. Die Fehler dieser Armeeführer werden auch nicht als „verbrecherische Handlungen“ qualifiziert. Verständlicherweise verheimlicht der Bericht ebenfalls den strikten Befehl Stalins, keinen Fussbreit sowjetischen Bodens freiwillig zu räumen, was zwangsläufig zu unorganisierten Rückzügen führen musste.

Dutzende sowjetischer Generäle haben hunderte von Kämpfen des letzten Krieges verloren, ohne deswegen als „geschlagene Generäle“ tituiert zu werden. Dagegen werden die deutschen Generäle nur so bezeichnet, obwohl es in ihrer Rechnung als Heerführer meist mehr aktive als passive Posten gibt.

Eine solche unwissenschaftliche Schimpferei bleibt jedoch nicht nur auf die deutschen Militärs beschränkt; die japanischen werden regelmässig als „Soldateska“ bezeichnet, die westlichen Historiker und Memoirenschreiber als „Falsifikatoren“.

Genauso einseitig und propagandistisch bedingt ist der Umgang der sowjetischen Militärhistoriker mit den Tatsachen. Willkürlich werden bestimmte Tatsachen hervorgehoben, andere dagegen geleugnet, falls sie in den Rahmen des Parteiauftrages nicht hineinpassen. So schreiben zum Beispiel alle westlichen Autoren von der Starrköpfigkeit und Willkür Hitlers bei der Lösung strategischer Fragen und über den Widerstand deutscher Generäle gegenüber diesem strategischen Ignoranten. Die sowjetischen Autoren leugnen diese Tatsache, um ihren Lesern zu beweisen, dass den Krieg nicht Hitler, sondern die deutschen Generäle verloren haben, und dass diese Generäle wieder

„geschlagene Generäle“ sein würden, falls ein neuer Krieg ausbräche. Die von westlichen Autoren mitgeteilten Tatsachen, die den Widerstand deutscher Militärs gegen den Russlandfeldzug beweisen, werden in der sowjetischen Version der Vorgeschichte des Krieges gelehrt, weil man bestrebt ist, das deutsche Militär als kriegslüsterne Soldateska hinzustellen. Die Revision des Vertrages von Versailles und der damit verbundenen Rüstungsbeschränkung wird allein für sich genommen bereits als ein Akt der Aggression Hitler-Deutschlands qualifiziert, obwohl die Sowjetführung bis 1933 systematisch für die Revision der Pariser Vorortverträge eingetreten war und die Aufrüstung der Reichswehr begünstigt hatte. Kein Wunder, wenn dann die sowjetische Aggression gegen Finnland als ein Schritt zur Selbstverteidigung dargestellt wird.

Gelegnet wird auch der Einfluss der Witterung auf die deutsche Niederlage vor Moskau sowie die Schwierigkeit der Bewältigung des russischen Raumes als eines nicht unwesentlichen Faktors für die deutsche Kriegsführung im Osten.

Um die Unfähigkeit der sowjetischen Militärs zu vertuschen, die den Kessel von Demjansk ganze 17 Monate lang nicht einzudrücken vermochten, wird dieser als „Brückenkopf“ und nicht als Kessel bezeichnet: die Existenz eines „Brückenkopfes“ wirkt weniger beschämend als das Zugeständnis eines erfolgreichen Widerstandes eingeschlossener deutscher Divisionen.

Wie nach allem Gesagten auch nicht anders zu erwarten ist, fehlt in dem Bericht der Hinweis auf Stalins Befehl der „verbrannten Erde“ und die Folgen dieses Befehls: die Verwüstung und Vernichtung von Städten und Dörfern durch die eigenen Truppen und Behörden. Dieses Verschweigen der eigenen „skythischen“ Strategie ist notwendig, damit die Behauptung aufrechterhalten werden kann, dass 1710 Städte, mehr als 70 000 Dörfer und 32 000 Betriebe allein von den Deutschen zerstört und 98 000 Kolchosen, 1876 Staatsgüter und 2890 Maschinen-Traktoren-Stationen von ihnen ausgeplündert worden seien.

Auffallend ist dabei, dass neben der genauen Aufzählung der materiellen Verluste, die sogar in Dollars berechnet werden, von den Verlusten an Menschen nur in allgemeinen Redewendungen – wie „die grössten Verluste im Vergleich zu anderen Staaten“ – die Rede ist. Damit will man sowohl die Rücksichtslosigkeit der sowjetischen Kriegsführung im Hinblick auf eigene Verluste als auch die grosse Zahl der Opfer von unorganisierten erzwungenen Umsiedlungen und von Hunger, Krankheit und Elend im sowjetischen Hinterland vertuschen.

Sehr bezeichnende Abweichungen von der histo-

rischen Wahrheit wurden für die Verfasser des 16. und des 17. Kapitels, die Obersten Sabrodin und Jakowlew, notwendig, wollten sie die gestellte Aufgabe erfüllen, den sowjetischen Feldzug in der Mandschurei als einen Triumphzug darzustellen. Ein „bürgerlicher“ Historiker hätte vor einer solchen Aufgabe kapituliert, nicht aber Oberst Sabrodin, dem kommunistische „wissenschaftliche“ Methoden zur Verfügung standen. Er unterliess es zunächst einfach, darüber zu berichten, dass Japan bereits im Juli 1945 um Frieden gebeten und seine Niederlage anerkannt hatte. Auch von den Atombomben, die auf Hiroshima und Nagasaki gefallen waren, hat der sowjetische Militärhistoriker anscheinend nichts gehört. Wir erfahren ferner, dass den Armeen Marschall Wassilewskijs, des sowjetischen Oberbefehlshaber im Fernen Osten, nicht weniger als 1 200 000 japanische Soldaten gegenübergestanden hätten, von denen nach ihrer restlosen Gefangennahme plötzlich nur noch – 619 176 Kriegsgefangene übrig waren! Aus einem nur fünf Tage dauernden Feldzug – am 9. August stiessen die sowjetischen Truppen über den Amur vor und am 14. August kapitulierte Japan bereits – wird ein fünfundzwanzigtägiger: Grosszügig werden die Verlegungen der Sowjettruppen zur Besetzung der Mandschurei als ein siegreicher Feldzug hingestellt.

Der andere Autor, Oberst Jakowlew, erklärt ohne Umschweife, dass die Atombombe keinen Einfluss auf die Kapitulation Japans gehabt habe; diese sei vielmehr nur dem Eingreifen sowjetischer Truppen zu verdanken gewesen.

So wird Geschichte geschrieben! Obwohl die Vereinigten Staaten 3 Jahre, 8 Monate und 7 Tage Krieg gegen Japan geführt und dabei manchen Sieg erfochten hatten (ganz abgesehen von der Rolle der Atombombe in der letzten Phase des Krieges), wurde Japan durch den fünftägigen Feldzug der Sowjetarmee besiegt. Wer jedoch diese Behauptung nicht anzunehmen bereit ist, wird von der kommunistischen 'Wissenschaft' ein 'Fälscher' und 'Agent des Imperialismus' geschimpft.

Ähnliche Bezeichnungen müsste sich wohl jeder gefallen lassen, der sich weigerte, allen den vielen erstaunlichen Feststellungen der vorliegenden „Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ Glauben zu schenken, von denen wir hier nur noch einige anführen möchten, wie zum Beispiel die Behauptung, dass in China nur die Kommunisten den Japanern Widerstand geleistet hätten; dass der Krieg gegen Finnland von der UdSSR ohne aggressive Absichten geführt worden sei; dass die sowjetischen Truppen 1939 die polnische Grenze nur zum Schutze der Bevölkerung vor den Nazis überschritten hätten; dass der Einmarsch der sowjetischen Armeen in Bulgarien eine Geste un-

eigennützigter Hilfe gewesen sei; dass die Bevölkerung der befreiten Länder die Rote Armee „mit dem heissen Gefühl brüderlicher Dankbarkeit und Freundschaft“ empfangen habe – und so fort.

Auch die Westmächte werden trotz ihrer Teilnahme am Krieg gegen Hitler nicht von der Schuld an der Entfesselung des Krieges freigesprochen: Sie hätten Deutschland und Japan bei ihrer Aufrüstung geholfen. Über den Hitler-Stalin-Pakt und die sowjetische Wirtschaftshilfe an Deutschland in den Jahren 1939 bis 1941 wird dagegen bescheidenes Stillschweigen bewahrt.

Das Buch schliesst mit den obligaten Beteuerungen der sowjetischen „Friedensliebe“. Alle Errungenschaften der Technik (darunter auch die interkontinentalen Raketen und die Sputniks)

würden angeblich in den Dienst der gesamten Menschheit gestellt. Dagegen seien die Vorgänge in Korea und Vietnam Ergebnisse der imperialistischen Aggression der „reaktionären Kreise Nordamerikas, die einen dritten Weltkrieg zu entfachen trachten“. Nur die „feste Position“, die die UdSSR und die Volksrepublik China angeblich eingenommen hätten, habe den Ausbruch eines neuen Weltkrieges vereitelt.

Angesichts solcher „Wissenschaftlichkeit“ erhebt sich doch unabweislich die Frage, was denn an der nach der Entstalinisierung nun angeblich vollzogenen Rückkehr zu einer objektiveren, auf Tatsachen fussenden Geschichtsschreibung Wahres ist – eine Frage, auf die sich eine ausdrückliche Antwort erübrigt.

Wie man in der UdSSR reich wird

VON DAVID FLOYD

Alexej Andrianowitsch Astachow ist, oder war bis vor kurzem, Vorarbeiter in einem Weiterverarbeitungsbetrieb einer Kollektivfarm im Moskauer Gebiet. Doch ehe er durch seinen Erfolg die Aufmerksamkeit der Presse auf sich lenkte, bezog er ein höheres Gehalt als die meisten Minister in der sowjetischen Regierung. Wie es heisst, hat er seit seiner Entlassung aus einem Arbeitslager auf Grund der Amnestie aus dem Jahre 1953 rund 300 000 Rubel eingesteckt, was einem nominellen Gegenwert von ungefähr 300 000 DM entspricht.

Sein Geheimnis war einfach. Statt den Betrieb für legitime Zwecke wie das Einsalzen von Kohl und Gurken zu verwenden, stellte er Leim, Kopftücher, Uhrenambänder und Bilderrahmen her.

Astachow ist keineswegs ein vereinzelt Beispiel für die Art des freien Unternehmertums, wie es sich heute in der Sowjetunion grosser Beliebtheit erfreut. Ein weiterer Fall ist der des Genossen K., der offiziell als 53jähriger Pensionär in Leningrad lebt. Er handelt mit Butter, Fleischkonserven, Zucker, Eiern und Wirkwaren, die er seinen Kunden im ganzen Land – von der Arktis bis zum Schwarzen Meer – per Bahn zustellt.

Wenn diese Vorgänge den sowjetischen Behörden auch ein Dorn im Auge sind, so finden sie doch die volle Billigung jener unglücklichen Kleinstadtbeamten, die dafür verantwortlich sind,

dass die arbeitende Bevölkerung mit den Gütern des täglichen Lebens versorgt wird. Nicht selten bricht das staatliche Verteilungssystem zusammen, und die notwendigen Nahrungsmittel und Kleidungsstücke können nicht beschafft werden. Dann sind Leute wie K. am Zuge.

Sie handeln in der zwielichtigen Zone des freien Unternehmertums, die sich seit Stalins Tod, als die Polizei einen Teil ihrer Befugnisse einbüsste, erweitert hat. Solange sie sich auf der Seite des Gesetzes bewegen, kann ihnen der Staat nur mit den Waffen der Publizität und Verachtung beikommen. Wie schwierig der Kampf ist, geht aus dem Kommentar des obersten Finanzbeamten in der Provinz Wologda zum Fall K. hervor: „Der Genosse K. hat auf der ganzen Linie Erfolg. Er hat deshalb Erfolg, weil es irgend jemanden gefällt, mit ihm Geschäfte zu machen. Wer schützt ihn?“

Die Antwort lautet, dass der erfolgreiche sowjetische Geschäftsmann derjenige ist, der dafür Sorge trägt, dass all jene, auf die er zwecks Lieferungen und Dienstleistungen angewiesen ist, für ihre Arbeit entsprechend belohnt werden. Die Geschäfte von K. kamen nur ans Tageslicht, weil er einen seiner Hauptkunden zu beschwindeln versuchte.

Nur aus dem „freien Unternehmertum“ lässt sich zum Beispiel die Tatsache erklären, dass in

der estnischen Hauptstadt Tallin jetzt über 4000 Privathäuser gebaut werden. Sie kosten zwischen 150 000 und 250 000 (alte) Rubel – und das in einem Land, wo 1000 Rubel ein guter Monatsverdienst sind.

Die privaten Einnahmequellen sind recht zahlreich. Besonders beliebt ist im Augenblick die Zucht von Füchsen zur Pelzgewinnung. Nicht minder lukrativ ist in bestimmten Gebieten der Obst- und Gemüsebau.

Zu welchen Mitteln man auch immer greift, sie werden schliesslich unweigerlich den Zorn der Behörden auf sich ziehen. Schon allein der Wunsch, ausserhalb des „sozialistischen“ Systems zu Geld zu kommen, ist für sie unmoralisch, wenn nicht ungesetzlich. Dass die Menschen weiterhin ihrem illegalen Nebenerwerb nachgehen, liegt in erster Linie an der grossen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Ein weiterer wichtiger Grund ist, dass die damit verbundenen Risiken im Verhältnis auch nicht grösser sind, als wenn man sich mit legalen Mitteln um Wohlstand bemühte. Zu diesem Zweck gibt es in der Sowjetunion die folgenden Möglichkeiten: die Kommunistische Partei, die Regierung und Industrie, die akademischen Berufe, die Künste und die Streitkräfte. Sie alle haben ihr Für und Wider.

Eine Parteikarriere kann zu den schwindelnden Höhen der Macht und des Wohlstandes führen. Doch die Sache hat ihre Haken. Denn ein Parteifunktionär ist zugleich ein hoher Staatsbeamter, ein Hoherpriester des Regimes und ein Sittenwächter.

Ein Mann, dem der Aufstieg in die herrschende Schicht gelingt, ein Erster Sekretär einer Provinz oder grossen Stadt zum Beispiel, erringt beträchtliche persönliche Macht. Sein nominelles Monatsgehalt ist mit rund 2000 Rubel nicht viel höher als das eines Facharbeiters. Aber auch er verfügt über zahlreiche Nebeneinnahmen. Und stets werden ihn die Beamten seiner Umgebung vor der öffentlichen Kritik schützen.

Doch ebenso gross wie seine Macht ist auch seine Verantwortung. Für das Gebiet, das er beherrscht, muss er persönlich Rede stehen. Von heute auf morgen kann er seiner Macht und damit auch aller materiellen Vorteile verlustig gehen, wenn er in den Augen seiner Vorgesetzten versagt hat. In Stalins Tagen führte ein Versagen fast mit Sicherheit zur Verbannung in ein Lager. Auch heute noch bedeutet es, dass der Betreffende für

sehr lange Zeit von der Bildfläche verschwindet; man braucht sich nur an Kiritschenko zu erinnern, der 1959 der zweite Mann neben Chruschtschow war, und an das Präsidiumsmitglied, den Parteifunktionär Aristow, der im Februar dieses Jahres plötzlich ausgebootet wurde.

Finanziell betrachtet ist ein Industriedirektor oder ein höherer Regierungsbeamter im Vergleich zum Parteifunktionär reich. Ein Fabrikdirektor verdient monatlich zwischen 7000 und 15000 Rubel und genießt noch alle möglichen zusätzlichen Vorteile im Hinblick auf Wohnung und Nahrungsmittel. Allerdings ist er für den materiellen Erfolg seines Unternehmens verantwortlich und eine – wenn auch nicht von ihm verschuldete – Nichterfüllung des Plans kann ihn seine Stellung und damit auch die gesellschaftliche Position kosten. Im allgemeinen ist der Verschleiss übrigens gerade bei dieser Gruppe – vor allem bei den leitenden Ingenieuren und Technikern – besonders gross. Daran ist zwar nicht die politische Verantwortung, der sich die Angehörigen dieser Gruppe leichter entziehen können, sondern das allgemeine Chaos der sowjetischen Wirtschaft und das ständige Eingreifen politischer Instanzen in die Produktion schuld.

Die Akademiker und Künstler sind in Russland nicht so glänzend bezahlt, wie man manchmal annimmt. Zwar gibt es einige wirklich reiche Schriftsteller, Künstler, Filmproduzenten, Schauspieler und Schauspielerinnen und Ballerinen. Koryphäen vom Format eines Scholochow, Ehrenburg, einer Ulanowa und eines Pogodin besitzen ein Rubelvermögen von astronomischer Grössenordnung. Zum Teil haben sie ihr Geld im Ausland angelegt. Doch sie bilden eine Ausnahme. Nur rund 3 vom Hundert der berufsmässigen sowjetischen Schriftsteller verdienen im Monat mehr als 3000 Rubel.

Besser dürfte es um die qualifizierten Techniker stehen. Doch der medizinische Beruf ist schlecht bezahlt, und die Lehrer werden ebenso knapp gehalten wie in der „kapitalistischen“ Welt. Daneben gibt es Berufe, wie zum Beispiel den des Juristen, die im Westen hoch im Kurs stehen, in Russland aber nur geringe Chancen haben.

Da die Möglichkeiten, auf „legitime“ Weise voranzukommen, so dünn gesät und die Risiken so gross sind, braucht man sich kaum zu wundern, dass so viele Sowjetbürger auf das „kapitalistische“ System umschwenken.

(C) by Sunday Telegraph

Die Wirtschaftspolitik Vietnams

VON HA VINH PHUONG

Die Ereignisse der vergangenen Jahre, zuletzt diejenigen in Laos, haben uns gelehrt, dass die kommunistische Bedrohung sich auch, ja mit Vorliebe gegen solche Länder richtet, die wir aus überholten geopolitischen Vorstellungen heraus immer noch für nebensächlich und unwichtig zu halten geneigt sind. So wendet sich unser Interesse auch der wirtschaftlichen und politischen Aufbauarbeit der aus dem Genfer Vertragswerk von 1954 als unabhängiges Land hervorgegangenen Republik (Süd-)Vietnam zu, deren zwar vielleicht nicht in allen Punkten klassisch demokratische Regierung doch seit sechs Jahren einen entschlossenen Abwehrkampf gegen die kommunistische Bedrohung von aussen und innen führt, wie sie gerade in letzter Zeit durch die Terrorakte des Viet Cong wieder besonders augenfällig geworden ist.

Die nachstehende Darstellung der nationalökonomischen Ziele seiner Regierung durch den Geschäftsträger der Republik Viet-Nam in Bonn scheint uns ein wertvoller Beitrag nicht nur über die wirtschaftspolitische Situation Südostasiens, sondern auch zur Frage der recht verstandenen Möglichkeiten der Entwicklungshilfe zu sein.

Wenn wir die Landkarte betrachten, werden wir sehen, dass Viet-Nam, ein Küstenstreifen in Form eines S, auf einer Art Halbinsel liegt, die im Süden vom Golf von Siam und im Osten vom Pazifik umspült wird, im Norden von China, im Westen aber von Laos und Kambodscha begrenzt ist. Diese Halbinsel hiess früher Indochina, denn sie befindet sich an der Stelle des asiatischen Kontinents, wo die chinesischen und indischen Zivilisationsströme ineinanderfließen. Die Begegnung Indiens und Chinas in dieser Region zeigt sich heute noch in der Kultur und in der geographischen Struktur. Während jedoch unsere Nachbarn Kambodscha und Laos in ethnologischer und auch zivilisatorischer Hinsicht noch einen indo-malaiischen Zustrom erfuhren, wurde Viet-Nam im Verlauf der Geschichte vorwiegend von der chinesischen Kultur und Zivilisation beeinflusst.

Während mehr als 1000 Jahren – vom dritten Jahrhundert vor Christus bis zum zehnten Jahrhundert nach Christus – wurde Viet-Nam von China beherrscht. Unterbrochen wurde diese lange Herrschaftsperiode freilich von zahlreichen Aufständen; aber erst zu Anfang des zehnten Jahrhunderts gelang es Viet-Nam, die chinesische Vorherrschaft abzuschütteln und ein unabhängiger Staat zu werden.

Der beständige Kampf gegen China im Norden und die Expansion unseres Volkes nach Süden hin sind zwei Tatsachen, die wie ein roter Faden durch die Geschichte Viet-Nams laufen. Der Name

Viet-Nam bedeutet übrigens: Viet im Süden, das Volk der Viet, das, im Verhältnis zu China, im Süden lebt.

Vom zehnten Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war Viet-Nam ein unabhängiges Königreich, beherrscht von 6 aufeinanderfolgenden Königsdynastien. Diese lange Unabhängigkeitsperiode wurde erst Mitte des 19. Jahrhunderts durch das Kolonialregime beendet, die Folgeerscheinung einer französischen Militärexpedition, für die ein Vorwand durch die Verfolgung der katholischen Missionare gegeben war. Die Kolonialzeit sollte für Viet-Nam mehr als 60 Jahre, bis 1945, dauern.

Inzwischen musste Viet-Nam, während des Zweiten Weltkrieges, auch eine japanische Besatzung über sich ergehen lassen. Und als der Krieg in Europa endlich beendet war, standen Viet-Nam noch nahezu 10 Kriegsjahre – von 1945 bis 1954 – bevor, ehe seine Unabhängigkeit wieder anerkannt wurde.

60 Jahre Kolonialherrschaft, 10 Jahre Unabhängigkeitskrieg, ein auf der Genfer Konferenz zweigeteiltes Land, mehr als eine Million Flüchtlinge, die aus der kommunistischen Zone im Norden geflohen waren, um frei zu leben, durch die Besatzung im Krieg zerstörte Verkehrswege, eine auf 50% ihres Vorkriegsstandes gesunkene Produktion – das ist das Erbe, das Staatspräsident Ngo-Dinh-Diem antrat, als er im Juli 1954 die Macht übernahm, um zu versuchen, eine Situation zu retten, die zu jener Zeit völlig aussichtslos schien.



Dr. Ha Vinh Phuong
Geschäftsträger der Republik Vietnam

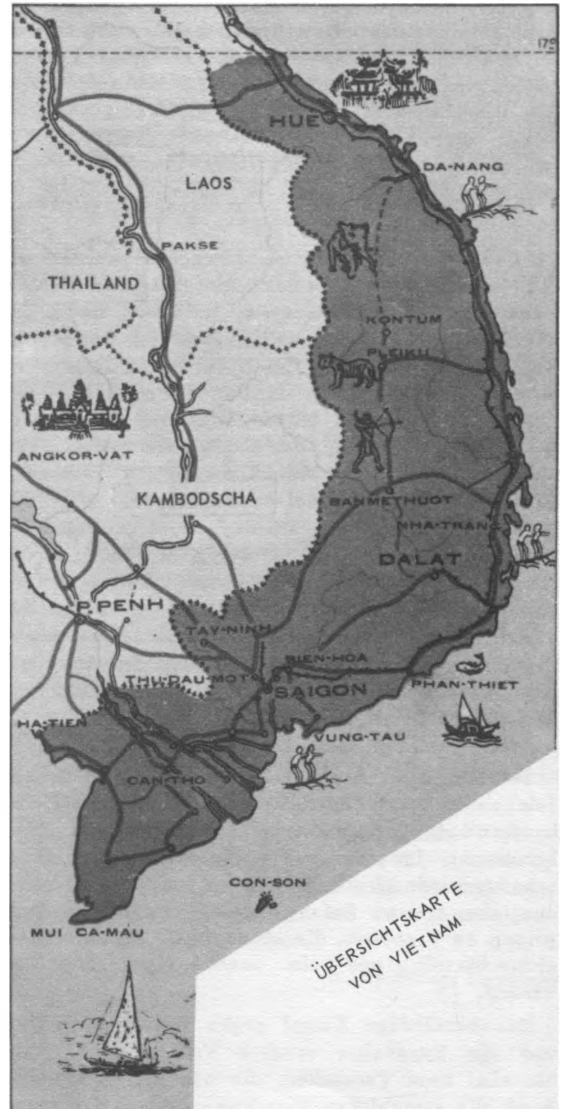
Und dennoch gelang es Präsident Ngo-Dinh-Diem, trotz dieser traurigen Tatsachen und entgegen allen pessimistischen Vorhersagen, innerhalb von 6 Jahren die Freiheit des vietnamesischen Volkes gegen die kommunistischen Bedrohungen zu wahren, Viet-Nam die Struktur eines demokratischen Staates zu geben, mit einer Verfassung, die auf der Achtung der menschlichen Persönlichkeit beruht; mit einem gewählten Parlament, das regelmässig arbeitet; mit Wahlen, an denen sich, wie jetzt am vergangenen 9. April, mehr als 93% der Bevölkerung beteiligt haben.

Parallel zur Festigung der Republik Viet-Nam als Staat lief das Programm des nationalen Wiederaufbaus. Es ermöglichte die Wiederansiedlung der aus dem Norden gekommenen Flüchtlinge, die Schaffung wirtschaftlicher und sozialer Bedingungen, die den Lebensstandard des Volkes zu bessern vermochten, sowie konkrete Fortschritte in der landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung, und das trotz der begrenzten Mittel eines unterentwickelten Landes und zu einer Zeit, da die Kommunisten durch Bedrohung von aussen und Wühlarbeit im Innern das Land zu erschüttern versuchten.

Um sich ein genaues Bild über den augenblicklichen wirtschaftlichen Entwicklungsstand Viet-Nams zu verschaffen, ist es angebracht, sich der Gegebenheiten zu erinnern, von denen diese Ent-

wicklung seit 1954, dem Zeitpunkt der tatsächlichen Unabhängigkeit des Landes, ausging.

Wie die meisten seiner asiatischen Nachbarn ist Viet-Nam überwiegend ein Agrarland. In der Wirtschaft Viet-Nams nimmt die Landwirtschaft bei weitem den ersten Platz ein; vor dem Zweiten Weltkrieg war unser Land eines der grössten Ausfuhrländer der Welt für Reis und Kautschuk. Hingegen existierte, wie in allen Ländern, die ein Kolonialregime gehabt haben, fast keine Industrie, denn es entsprach dem Sinn des Kolonialsystems, dass die Kolonien die Erzeuger von Rohstoffen und die Verbraucher der in den Mutterländern hergestellten Produkte blieben.



Ein vietnamesischer Töpfer bei der Arbeit. Die Erzeugnisse südostasiatischen Handwerksfleisses, die deutlich noch die Zeichen einer lebendig gebliebenen alten künstlerischen Tradition verraten, sind auf den internationalen Märkten begehrt und geschätzt. ▶



Eine der grossen modernen Spinnereien Süd-Vietnams, die den bedeutenden Bedarf an Stoffen durch Eigenproduktion decken sollen. Eines der wesentlichsten Ziele der Wirtschaftspolitik der jungen Republik ist es, das devisenarme Land von teuren Einführen möglichst unabhängig zu machen und gleichzeitig den Export zu beleben. ▼



Nach den Genfer Verträgen von 1954 wurde das Territorium der Republik Viet-Nam auf die Hälfte reduziert. Bei einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen Einwohnern zählt das freie Viet-Nam nur noch 12 Millionen, von denen mehr als 75% auf dem Lande leben. Die langen Kriegsjahre – es waren im ganzen 14, nämlich von 1940 bis 1954 – haben auf allen Gebieten die Ausrüstung des Landes zerstört und die Produktionskapazität erheblich geschwächt. Andererseits vergrösserte der Zustrom von einer Million Flüchtlingen noch die Probleme der chronischen Unterbeschäftigung, unter denen alle unterentwickelten Länder leiden. In dieser Situation befand sich Viet-Nam vor 6 Jahren.

Um einen wirtschaftlichen Aufbau, der dringend notwendig war, zu realisieren, das heisst: um Arbeitsplätze und bessere Lebensbedingungen für die Bevölkerung zu schaffen, musste die vietnamesische Regierung von Anfang an zwischen zwei Entwicklungsprozessen wählen: einer vorwiegend landwirtschaftlichen Entwicklung oder der Entwicklung der Industrie. Man weiss, dass die Grundtendenz aller kürzlich unabhängig gewordenen Staaten dahin geht, die Industrialisierung zu beschleunigen. Ohne Zweifel wird allgemein die Industrialisierung als das wirksamste Mittel betrachtet, den Lebensstandard eines Volkes zu heben; aber das gilt doch vorwiegend nur für stark bevölkerte oder gar überbevölkerte Länder. Zu diesen gehört jedoch Viet-Nam, das keinen Geburtenüberschuss kennt, nicht.

Ausserdem darf nicht vergessen werden, dass sich die europäische Industrialisation im 19. Jahrhundert in Ländern vollzog, die Kapitalreserven besaßen, deren soziale Struktur weitgehend gefestigt war und die noch nicht mit der Konkurrenz schon entwickelter Industriestaaten zu rechnen brauchten.

Diese drei Faktoren wurden in Betracht gezogen, als Viet-Nam sich entschloss, im Rahmen seiner wirtschaftlichen Entwicklung den Schwerpunkt auf die Landwirtschaft zu legen. Ein allmählich fortschreitender Aufbau der Leichtindustrie, der Verbrauchsindustrie, sollte dieses Programm vervollständigen. Die vordringliche Entwicklung der Landwirtschaft erklärt sich aus folgenden Gründen:

1) 80% der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft und findet hier Arbeit;

2) die Entwicklungsmöglichkeiten sind zahlreich: ausreichende Arbeitskräfte, weite noch zur Verfügung stehende Landflächen, fruchtbarer Boden, leichte Verbesserung der Bearbeitungsmethoden;

3) die Landwirtschaft verlangt weniger Kapitalinvestitionen als die Industrie und liefert Produkte für den Export;

4) die Verbesserung des Lebensstandards der Landbevölkerung durch die landwirtschaftliche Entwicklung soll dazu beitragen, die Vergrösserung der Industrie zu fördern, indem einheimische Absatzmärkte für industrielle Produkte geschaffen werden.

Auf Grund dieser Tatsachen sind nun unsere ganzen Bemühungen dahin gerichtet, die Agrarproduktion auf allen Gebieten zu steigern, wobei wir Reis und Kautschuk, die 95% unserer Exporte ausmachen, eine ganz besondere Beachtung schenken. Die systematische Ausdehnung der kultivierten Bodenflächen, die technische Verbesserung der Bearbeitungsmethoden, die Gründung zahlreicher landwirtschaftlicher Entwicklungszentren, die Hilfe und Förderung, die den Bauern durch die Agrarreform zuteil wurde, landwirtschaftliche Kredite und Bildung von Genossenschaften halfen, dass Viet-Nam im Jahre 1960 wieder einer der grössten Reis- und Kautschukexporteure im südostasiatischen Raum wurde.

Während man so die landwirtschaftliche Produktionskapazität vergrösserte, wurde gleichzeitig das Handwerk von der vietnamesischen Regierung aktiv gefördert und unterstützt, indem ihm neue Märkte im Ausland erschlossen wurden. Das vietnamesische Handwerk hat durch die Qualität seiner Produkte in Europa und Amerika schon einen grossen Kundenkreis gefunden und im vergangenen Jahr wurden die vietnamesischen Erzeugnisse mit grosser Begeisterung von der deutschen Bevölkerung auf der Internationalen Handwerksmesse in München aufgenommen und führten zum Abschluss fruchtbarer Geschäftsverbindungen. Momentan bemühen wir uns, die Produktionsmethoden unseres Handwerks zu verbessern, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger zu werden. Unter dieser Bedingung wäre ein erhöhter Export dieser Produkte sehr wünschenswert und würde fühlbar zur Verbesserung der Wirtschaftsbilanz Viet-Nams beitragen.

Aber natürlich lässt der Vorrang, der der landwirtschaftlichen Entwicklung eingeräumt wurde, die vietnamesische Regierung keinen Augenblick die Notwendigkeit vergessen, im Lande eine verarbeitende Leichtindustrie aufzubauen, um so der Sorge entgegenzuwirken, unsere Wirtschaft, die bisher vorwiegend auf der Landwirtschaft basierte, stabiler zu machen. In Anbetracht des Umstandes, dass unser Land unterentwickelt ist, hat Präsident Ngo-Dinh-Diem von 1955 an voller Realismus den Aufbau aller der Industriezweige in Viet-Nam gedrosselt, die nicht den wirklichen Bedürfnissen des Landes entsprechen. Es handelt sich ja nicht darum, dass wir in der Industrialisierung unseres Landes mit anderen Staaten um die Wette laufen, sondern dass wir unserem Land eine Industrie

geben, die unseren Mitteln entspricht und für die schon auf dem einheimischen Markt Absatzmöglichkeiten bestehen. Meines Erachtens sind unsere Erfolgchancen für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes besser, wenn wir bescheiden und auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben.

Die Industrie, die Viet-Nam nach und nach zu schaffen sich bemüht, muss vor allem die Landwirtschaft ergänzen. An Ort und Stelle sollen die gängigen Verbrauchsgüter produziert werden, die vorher in riesigen Mengen importiert werden mussten. In ihrer ersten Etappe soll die Industrialisierung Viet-Nams

- die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte des Landes (wie Reis und Zucker),
- den Gebrauch der einheimischen Rohstoffe (wie Holz und Kohle) fördern
- und den einheimischen Markt (zum Beispiel für Kattun) decken.

So tendiert die industrielle Entwicklung, die sich auf der Basis dieser Prinzipien vollzieht, einerseits dahin, im Lande selbst einen Markt für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse (wie Zuckerrohr, Tee und Baumwolle) zu schaffen, andererseits die überhöhten Einfuhren der Verbrauchsgüter des täglichen Bedarfs zu vermindern und nach und nach durch die einheimische Produktion zu ersetzen. Wenn nun die Erweiterung unserer Produktion im landwirtschaftlichen Sektor das Ziel verfolgt, den Lebensstandard des Volkes zu verbessern und mehr Exportgüter zu liefern, so besteht der Sinn der industriellen Entwicklung vorwiegend darin, durch die Reduzierung der Importe der Waren, die in Zukunft an Ort und Stelle hergestellt werden können, Devisen zu sparen; das gemeinsame Ziel ist aber letzten Endes, einen Handelsbilanz-Ausgleich zu erreichen.

Im Rahmen dieses Planes sind in den letzten Jahren in Viet-Nam verschiedene Industriezweige neu geschaffen oder weiter entwickelt worden. Auf Grund der grossen Nachfrage nach Kattun durch die einheimische Bevölkerung wurde die Textilindustrie ganz besonders ausgebaut. Ausserdem seien die schon erzielten Fortschritte in der Zucker-, Holz-, Glas- und Zementindustrie erwähnt. Die Produktion von Kohle und elektrischer Energie wird vorangetrieben. Andere Industrieprojekte, zum Beispiel zur Herstellung von kondensierter Milch, Mehl, Fahrradschläuchen, von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, gehen ihrer Vollendung entgegen.

Diese industrielle Entwicklung ist übrigens in begreifenswerter Weise durch ausländische Kapi-

talinvestitionen gefördert worden. Allein im Jahre 1960 wurden 2 Millionen Dollar und 100 Millionen Piaster in neuen vietnamesischen Unternehmen investiert. Um diese ausländischen Kapitaleinlagen zu begünstigen, hatte die vietnamesische Regierung am 5. März 1957 in einer offiziellen Erklärung des Staatspräsidenten zugesichert, dass das Prinzip des freien Unternehmertums zum Wohle der wirtschaftlichen Entwicklung Viet-Nams respektiert werde und dass sich die Rolle des Staates im Rahmen dieser Entwicklung lediglich darauf beschränke, richtungweisend und ausgleichend zu wirken und der Privatinitiative zu helfen. Ausserdem gewährte der Staat besondere Vorteile und Garantien für alle neuen Investitionen. Sie sind gegen Beschlagnahme geschützt, können zu verminderten Zöllen eingeführt werden, was besonders für den Import von Ausrüstungsgegenständen, Rohmaterialien oder Halbfertigwaren von Bedeutung ist, und geniessen während der ersten Anlaufjahre der Unternehmen Steuervergünstigungen. Den fremden Kapitalgebern steht das Recht zu, die erzielten Gewinne in die Heimat zu transferieren und nach einer Frist von fünf Jahren die investierte Summe allmählich aus dem Kapitalverband herauszuziehen.

Zusätzlich zu diesen für Investitionen gewährten Garantien hat Viet-Nam im Jahre 1957 noch einen Investitions-Schutzvertrag mit den USA abgeschlossen, und gegenwärtig wird ein ähnlicher Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland vorbereitet, um die deutschen Firmen anzuspornen, sich mehr für die wirtschaftliche Entwicklung Viet-Nams zu interessieren.

Wie alle anderen unterentwickelten Länder stehen auch wir vor zwei Haupthindernissen, die der Verwirklichung unserer Pläne im Wege stehen: dem Mangel an Kapitalien und an technischen Kadern. Darum benötigen wir die aktive Solidarität und grösstmögliche Mitarbeit der Industrieländer sowohl für eine finanzielle als auch technische Hilfe, um die Zukunft unseres Landes zu sichern und seinen Bewohnern ein besseres Leben zu ermöglichen.

Man hört heutzutage so oft Argumente, die die Notwendigkeit unterstreichen, dass die reichen Länder den Entwicklungsländern helfen. Wenn man bedenkt, dass 70 % der Menschheit in unterentwickelten Ländern lebt und nur 20 % des Weltvermögens besitzt, dann, glaube ich, geht diese Pflicht des Zusammenhaltens und gegenseitigen Helfens über den Rahmen ideologischer oder wirtschaftlicher Erwägungen hinaus und wird auch zu einer moralischen Pflicht.

Entscheidung für den Westen

Mit einer improvisierten Erklärung beantwortete der Staatspräsident der Elfenbeinküste, Houphouët-Boigny, die Frage von Journalisten, welche Stellung die Elfenbeinküste in der von Machtblöcken geteilten Welt einnehme. Die Ausführungen des afrikanischen Staatspräsidenten, die wir hier auszugsweise wiedergeben, erscheinen uns in der gegenwärtigen Situation besonders bemerkenswert.

In Afrika gibt es gegenwärtig zwei politische Richtungen, die von zwei verschiedenen Gruppen vertreten werden. Bei der einen Gruppe können wir keine eigentlich führende Persönlichkeit nennen, und auch die genaue Zahl ihrer Anhänger ist nicht bekannt. Sie tritt für die Einheit Afrikas, des ganzen afrikanischen Kontinents, ein; aber sie lässt dabei nicht erkennen, ob sie einen afrikanischen Staatenbund mit gemeinsamem Parlament oder einen Einheitsstaat mit Zentralregierung und Zentralparlament anstrebt. Und wenn vom afrikanischen Kontinent die Rede ist, bleibt überdies unklar, ob diese Gruppe damit Afrika von Bizerta bis Kapstadt oder nur das afrikanische Gebiet südlich der Sahara meint.

Eine andere Gruppe von Afrikanern, zu der auch ich gehöre, vertritt dagegen die Auffassung, dass die Einigung eines Kontinents, wie erstrebenswert sie auch sein mochte und wie oft sie im Laufe der Zeit auch in Angriff genommen worden ist, bisher noch nie erreicht wurde. Aus diesem Grunde bin ich gegen dogmatische Rezepte und befürworte eine Lösung, die von der engen Zusammenarbeit der afrikanischen Staaten ausgeht; eine Lösung, die der Vielfalt und der Persönlichkeit der Staaten Rechnung trägt. Das etwa sind auch die Leitgedanken der Brazzaville-Gruppe, der wir uns angeschlossen haben...

Wir sind für den Frieden in Afrika. Wir haben daher auf jegliche Gewaltanwendung bei der Beilegung etwaiger Auseinandersetzungen zwischen unseren Mitgliedern verzichtet. Weil wir für den Frieden sind, verurteilen wir auch jede fremde Einmischung in unsere Angelegenheiten, werden uns aber auch nicht in die Angelegenheiten anderer mischen. Ging es nach uns, so gäbe es in unseren Ländern nicht einen einzigen Soldaten. Wie die Welt aber leider einmal ist, können wir nicht zulassen, dass unsere Länder zu einer lockenden Beute würden. Daher werden wir die Grundlagen einer gemeinsamen Verteidigung, eines Verteidigungsbündnisses schaffen. Beim Angriff auf einen von uns werden die anderen verpflichtet sein, dem Angegriffenen zu Hilfe zu kommen.

Diese Abmachung ist ein Beitrag zur Erhaltung

des Friedens in Afrika, denn angesichts unseres gemeinsamen Verteidigungswillens und des Aufbaus einer gemeinsamen Verteidigungsmacht wüsste ich keinen afrikanischen Staat, der es wagen könnte, einen von uns anzugreifen.

Als französische Kolonien und dann als Mitglieder der Französischen Gemeinschaft waren wir jahrzehntelang an der Verteidigung des französischen Reiches, der Französischen Gemeinschaft, aktiv beteiligt. Daher verfügen unsere Länder über einen grossen Stamm von Reservisten. Das sind keine Operettensoldaten, sondern Soldaten, die in Frankreich, Indochina und Algerien gekämpft haben, Soldaten, die ihre militärische Tüchtigkeit bewiesen haben. Diese Männer sind in das zivile Leben zurückgekehrt und nehmen am Aufbau unserer jungen Staaten teil; sollten wir aber angegriffen werden, so würden sie ihr Land ebenso verteidigen, wie ehemals Frankreich.

Die Frage nach dem Sinn der Verteidigung aber stellt uns vor eine politische Entscheidung. Wir haben darum gerungen, unseren Völkern die Unabhängigkeit zu bringen, darüber hinaus aber geht es uns um die Unabhängigkeit des afrikanischen Menschen. Wir werden daher niemals einer Politik zustimmen, die seine Freiheit beschränkt, denn sie würde letzten Endes eine Gefahr für Afrika heraufbeschwören. Unser Kontinent besteht zwar aus unterentwickelten Völkern, ist aber glücklicherweise nicht überbevölkert. Aus diesem Grunde sind wir der Meinung, dass wir mit technischer und finanzieller Hilfe in der Lage wären, sehr bald eine Wirtschaft aufzubauen, die das Wohlergehen unserer Völker sichern könnte.

Derartige Hilfe werden wir aber nur annehmen, wenn keine politischen Bedingungen daran geknüpft sind, die unsere Unabhängigkeit gefährden könnten. Wir glauben an das Prinzip des Privateigentums und an unsere verschiedenen Religionen. Wir würden daher jeder Politik, die diese Prinzipien ablehnt oder zu einer neuen Beherrschung unseres Kontinents führen könnte, den schärfsten Widerstand entgegenstellen. Wir zögern nicht, es auch den Chinesen zu sagen, dass sie den gleichen Widerstand zu spüren bekämen,

sollten sie den Hintergedanken haben, sich hier festzusetzen.

Wir wollen, dass Afrika eine grosse Schweiz wird, deren Neutralität von allen garantiert ist. Wir sind aber keine politischen Kinder, und wir wissen, dass die Welt in zwei Lager geteilt ist, die beide an Afrika interessiert sind. Die ersten unabhängigen Staaten Afrikas schlossen sich dem Afro-Asiatischen Block, dem Block der Bandung-Staaten, an, dessen erklärtes Ziel die positive Neutralität ist. Wir wissen aber, dass das nur eine Tarnung darstellt, hinter der sich China und die kommunistische Welt verbirgt. Wenn wir also einfältig genug wären, uns vom Westen loszusagen, würden wir schliesslich von den Chinesen überwältigt, und die UdSSR würde auch unseren Ländern seinen Kommunismus aufzwingen.

Wir haben keine Angst vor den Weissen, vor den Franzosen, Engländern, Spaniern, Italienern und Portugiesen, die unsere Länder kolonisierten. Vor uns wurden die Weissen einmal selbst kolonisiert. Ausser Algerien und Südafrika, in denen eine grosse Minderheit europäischer Abstammung lebt, können die afrikanischen Staaten nicht behaupten, dass sie von der weissen Rasse überschwemmt wurden, noch weniger aber, dass die Eingeborenen unter ihrer Herrschaft ausgerottet sind. Trotz gewisser Fehler der Kolonialmächte haben wir von ihrer Herrschaft profitiert und gingen in bestmöglicher Verfassung aus der Kolonialperiode hervor. Das trifft für die Elfenbeinküste und viele andere unserer Staaten zu, in denen die Bevölkerungszahl heute grösser ist als zuvor.

Wir bestimmen selbst über unsere Produktion; an der Elfenbeinküste sind zum Beispiel nur fünf Prozent der Kaffeeproduktion und drei Prozent der Kakao-Erzeugung in französischer Hand. Seit der Unabhängigkeit können wir auch auf diesem Gebiet eine freundschaftliche Zusammenarbeit pflegen, die für unsere Länder vorteilhaft ist und die das zu schützen vermag, was uns am wertvollsten ist: die Freiheit des Menschen. Wenn diejenigen, die die Welt aufspalten, sich darin einig werden könnten, auf jede Propagierung ihrer Weltanschauungen zu verzichten und jeden Gedanken an eine Beherrschung Afrikas fallen zu lassen, dann wäre die Neutralität unseres Kontinents gewährleistet.

Leider sehen wir zur Zeit etwas ganz anderes; wir erleben den Versuch der Einmischung in Afrika, angeführt von denen, die eine Politik des Hasses, des Bruderkampfes zwischen Afrikanern und ein System des Terrors in Kamerun und im Kongo befürworten. So müssen wir uns zwischen denen entscheiden, die uns unserer

Freiheiten berauben könnten und ihren chinesisch-kommunistischen Freunden den Weg bereiten wollen, und jenen, die uns helfen können, ohne im Lande Fuss zu fassen.

Die „Zwölf von Brazzaville“ haben sich für den Westen entschieden; die andere Gruppe hat die Verbindung mit Asien gewählt und sich dem Osten zugewandt. Diese Gruppe fordert auch die Einheit. Wenn aber die Einheit mit Gewalt erzwungen werden soll, so glaube ich nicht, dass das der rechte Weg zur Einheit ist. Wer zudem diesen Weg befürwortet, wird sich bald isoliert finden. Der Versuch, die Einigung zwischen Bamako und Dakar auf diesem Wege zu erreichen, schlug nach kurzer Zeit fehl. Tatsächlich ist die Einheit für viele nur auf die eigene Person oder das eigene Land zugeschnitten.

Wenn N'Krumah von Einheit spricht, so setzt er dabei voraus, dass er der Führer und sein Land der Mittelpunkt dieser Einheit ist. Andererseits kann ich versichern, dass wir in der Gruppe von Brazzaville keinen Führungsanspruch erheben. Ich persönlich habe das „Rassemblement Démocratique Africain“, die führende Unabhängigkeitspartei des französischsprachigen Afrika, gegründet; meine Freunde boten mir für unsere Gruppe die Präsidentschaft auf Lebenszeit an; ich habe abgelehnt, denn ich hielt es nicht für richtig. Hätte ich angenommen, so hätte man nach mir wieder von vorn anfangen müssen. Es ist besser, zunächst nur einen Bund ohne gemeinsame Regierung und ohne gemeinsames Parlament zu bilden und es unseren Kindern zu überlassen, jene grössere Einheit, sollte sie möglich sein, herzustellen. Wir sind nämlich der Meinung, dass diese höhere Form der Einheit heute noch nicht zu verwirklichen ist, wohl aber der Bund.

Diejenigen, die heute schon von der „Einheit Afrikas“ sprechen, sind in Wirklichkeit nicht auf dem Wege dahin. Wer glaubt schon, dass der Araber Nasser einen N'Krumah oder N'Krumah einen Nasser als Oberhaupt des vereinigten Afrika anerkennen würde? Bei dieser Art von Einheit sieht jeder nur das Eine: die Führungsposition. Aber wer auch immer sie erreicht, er wird zugleich der erste und der letzte sein; denn alle, die es nicht schafften, werden sich von dem Gewinner abwenden. Aus diesem Grunde glauben wir auch nicht daran, dass ein afrikanischer Gesamtstaat heute schon möglich ist...

Man sagt, Afrika sei ein Land der Weisheit; ich glaube, es ist vor allem ein Land der Geduld. Wir sind der Meinung, dass sich die Lage in etwa fünf Jahren normalisiert haben wird. Für den Augenblick heisst es, das Zustandekommen des Bundes zu erhoffen und die eigene Position zu behaupten.

Briefe aus Rotchina (II)

Deutsch von ALEXANDER KASHIN

Lieber zweiter Onkel,

Vor ungefähr drei Monaten bin ich mit Mutter nach Amoy gefahren; wir blieben einige Zeit dort und sind jetzt wieder in unser Dorf zurückgekehrt. Zu zweit waren wir nach Amoy gefahren und zu dritt sind wir zurückgekommen.

Letzten November, als es mit mir soweit war, erklärte Mutter, die Verhältnisse in unserem Dorf seien nicht dazu angetan, hier zu entbinden. Sie wollte lieber mit mir nach Amoy gehen; dort sollte ich in einem Krankenhaus mein Kind zur Welt bringen. Nachdem wir die notwendigen Formalitäten erledigt hatten, machten wir uns also auf den Weg nach Amoy. In dieser Stadt wurde ich dann in das Städtische Krankenhaus eingewiesen, in dem mein Kind später auch geboren wurde. Mutter schrieb dann an Dich und an Vater. Wir bekamen dann HK \$ 1000 vom Vater und HK \$ 100 von Dir. Für dieses Geld möchte ich mich jetzt bei Dir bedanken.

Insgesamt blieb ich 20 Tage in dem Krankenhaus. Die Ärzte wussten, dass es mein erstes Kind war, und deshalb wollten sie bei mir die neue Methode der schmerzfreien Geburt anwenden. Man sagte mir, dass diese Methode die Verwendung von Instrumenten und Medikamenten überflüssig mache. Solange ich Vertrauen zu mir selbst hätte und überzeugt wäre, dass eine Geburt ein ebenso natürlicher Prozess sei wie das Abfallen eines Blattes vom Baum, würde ich keine Schmerzen spüren. Die Ärzte brachten mir die Methode des tiefen Ein- und Ausatmens bei sowie das Entspannen der Nerven und der Muskeln. Ich war in der Tat bereit, alles zu lernen, was man mir beibringen wollte, da ich hoffte, dass so die Schmerzen tatsächlich ausgeschaltet würden. Leider war ich aber offenbar eine schlechte Schülerin. Als meine Zeit gekommen war, litt ich einen ganzen Tag und eine ganze Nacht lang unter fürchterlichen Schmerzen; es waren Schmerzen, die kaum noch erträglich waren. Trotzdem wagte ich nicht, zu schreien. Als die Ärzte mich nach meinem Befinden fragten, biss ich die Zähne zusammen, versuchte zu lächeln und behauptete, es gehe mir gut. Ich hatte Angst, sie würden sonst merken,

dass ich die Methode der schmerzfreien Entbindung nicht richtig erlernt hatte und dass es mit meiner Denkweise nicht zum besten bestellt sei. Keine der anderen Frauen in meinem Zimmer zeigte ihre Schmerzen. Ich weiss nicht, ob sie dasselbe empfunden haben wie ich.

Nach gegenwärtiger Praxis haben die weiblichen Kader, Spitzenarbeiterinnen, Liebhaberinnen der Spitzenarbeiter (heutzutage nennt man Ehefrauen in unserem Land nämlich „Liebhaberinnen“) den Vorrang, wenn ein Platz im Spital benötigt wird. Ich bekam einen Platz, weil ich der Familie eines Auslands-Chinesen angehöre und auch weil ich bereit war, einen speziellen Preis zu bezahlen. Trotzdem musste ich während meines zwanzigtägigen Aufenthaltes Zimmer und Bett dreimal wechseln. Die Liebhaberin eines hochgestellten Kaders wurde in das Krankenhaus eingeliefert und wollte ausdrücklich meinen Platz haben. Also musste ich in ein Doppelbettzimmer hinüberwechseln. Später erschien eine Spitzenarbeiterin und ich war gezwungen, ein Bett in einem grossen Zimmer zu beziehen. In diesem Zimmer wechselte ich noch zweimal das Bett. Es ist freilich durchaus verständlich, dass man den Kadern und den Spitzenarbeitern spezielle Privilegien gewährt, sind sie doch die Stützen der neuen Gesellschaft.

In unserem Hospital gab es auch an Tbc erkrankte Patienten. Die meisten von ihnen waren ehemalige Helden der Arbeit, Spitzenarbeiter und alte Kaderangehörige. Mir wurde gesagt, man behandle sie nach der neuesten Ruhemethode. Diese mache Spritzen und Medizinen nicht mehr erforderlich. Die Tbc wird dadurch kuriert, dass man diesen Menschen absolute Ruhe gewährt. Unser Land macht in der Medizin ungeheuerere Fortschritte. Für die Frauen gibt es schmerzfreie Entbindungen, für Tbc-Kranke die Ruhetherapie. Beide Methoden verlangen nach keinerlei Medizinen; das ist wirklich eine ganz grosse Leistung.

Trotzdem wollten aber die Tbc-Kranken lieber Medizinen haben; sie mochten sich nicht allein auf die Ruhemethode verlassen. Einige von ihnen schämten sich nicht, ihrer Enttäuschung Ausdruck zu verleihen. In unserem Nachbarzimmer lag zum

Beispiel ein Veterankader, der den ganzen Tag über schrie und schimpfte. Er verlangte von den Ärzten, sie sollten ihm eine Injektion mit der westlichen Wundermedizin geben. Das Essen sei schlecht, schrie er, und man solle den Tbc-Kranken auch Vitaminpillen verabreichen. Unser Arzt erklärte ihm, die neueste Kur gegen Tbc sei gerade die Ruhemethode, aber der Patient wollte es nicht glauben. Er sagte:

„Zum Teufel! Wenn ich nur Ruhe brauche, warum darf ich dann nicht zu Hause bleiben, warum soll ich überhaupt in ein Krankenhaus? Warum wollt ihr mir keine Medizin und keine Injektionen geben? Zum Teufel! Ihr versucht einfach, mich umzubringen! Zum Teufel! Wenn ich sterbe, dann werde ich in der Tat genügend Ruhe bekommen!“

Die Ärzte und die Schwestern konnten mit ihm nichts anfangen. Also gaben sie ihm verschiedene Medizinen. Er jedoch behauptete, die Ärzte wollten ihn zum Narren halten; die ihm verordnete Flüssigkeit sei nichts weiter als einfacher Sirup und das Pulver Speisesoda. Er schüttete das Pulver in den Spucknapf und warf die Flaschen aus dem Fenster, einfach durch die Fensterscheiben. Manchmal wütete er den ganzen Tag, demolierete Hocker, Flaschen, Geschirr usw. Oft beschimpfte er die Ärzte und schrie:

„Ich bin ein Teilnehmer des „Langen Marsches“ und trotzdem gebt ihr mir keine Medizin und kein gutes Essen! Ihr versucht, die Offiziere der Volksarmee umzubringen. Ihr Ärzte seid alle Saboteure und müsst erschossen werden!“

Manchmal drückte er stundenlang auf den Klingelknopf und machte alle Krankenhausbewohner total verrückt. Als ich das Spital verliess, war er immer noch da. Ich weiss nicht, was aus ihm später geworden ist, muss aber sagen, dass ich ihn gut verstehen konnte: Als Teilnehmer am Grossen Marsch hat er so viel für sein Land, sein Volk und seine Partei getan, dass man ihn nicht im Stich lassen dürfte. Man müsste ihn in den Kaiserpalast in Peking schicken oder – noch besser – an den Westsee in Hangtshou. Dort sollte man ihn mit Hilfe guter Behandlung und guten Essens gesund machen, anstatt ihn zu erniedrigen, indem man ihn in ein solches Krankenhaus steckt, in dem es weder gutes Essen noch gute Behandlung gibt. Und trotzdem kann man die Schuld nicht den Ärzten zuschieben. Indem wir uns jetzt auf die Ruhemethode verlassen, ist es verständlich, dass das Angebot an Medizin vermindert wurde. Wir leben ausserdem in einer Zeit der Sparsamkeit und der Steigerung der Produktion. Also muss ein jeder zugunsten des Landes auf eigene Bequemlichkeiten verzichten.

Wir hatten nur zwei Ärzte in unserem Spital.

Der eine war Dr. Lim, eine kleine Person, ungefähr 40 Jahre alt. Früher, so hat man mir gesagt, war er Pharmazeut in einem Krankenhaus; jetzt bekleidet er den Posten eines Chefarztes. An seinem Beispiel sieht man, welche Aufstiegsmöglichkeiten den Menschen in unserer neuen Gesellschaft geboten werden. Wie ich hörte, ist dieser Arzt unverheiratet. Sein Dienstleister war wirklich bewundernswert. Er besuchte die Frauenabteilung mehrere Male am Tag und examinierte die Patientinnen sehr sorgfältig. Manchmal merkte ich, dass er, wenn er meinen Puls nachprüfte, die Venen gar nicht finden konnte und auch gar nicht suchte. Es mag sein, dass er einfach viel zu beschäftigt war für solche Kleinigkeiten. Dafür war er sehr neugierig; er fragte allerdings die Patienten über ihre Familien und nicht über ihre Krankheiten aus.

Der andere Arzt hiess Dr. Wei. Er war praktischer Arzt sowie Chirurg. Früher war er Lehrling in einem privaten Spital. Seine Frau erwartete ein Baby in demselben Raum wie ich. Sie erzählte mir, sie sei bereits acht Jahre verheiratet und hätte bis jetzt sieben Kinder zur Welt gebracht – alles Mädchen. Nach ihrem dritten Baby hatte sie jedesmal gewaltige Angst, dass es wieder ein Mädchen würde. Sie betete insgeheim um einen Buben, aber es kamen immer nur Mädchen. Diesmal hatte sie von Anfang an keine Hoffnung mehr, und als sie dann in einer Zeitung über die Erfindung eines elektrischen Abtreibungsapparates las, wollte sie sich das Kind nehmen lassen. Dr. Wei jedoch war dagegen, und so blieb sie in unserem Krankenhaus und gebar tatsächlich wieder ein Mädchen.

In unserem Krankenhaus war auch ein alter Mann beschäftigt, dessen Aufgabe es ist, die Toiletten und die Spucknäpfe zu reinigen. Er ist über 70 Jahre alt, jedoch noch sehr gesund. Er ist sehr zuvorkommend und stets bereit, alles zu tun, was man von ihm verlangt. Allerdings ist er sehr schweigsam und unterhält sich nie mit einem Patienten. Als ich das Krankenhaus betrat, hielt ich ihn für stumm. Die Schwestern erzählten mir, er sei seinerzeit der berühmteste Arzt von ganz Kulangsu gewesen. Er erwies sich jedoch in seiner Beichte während der Drei-Anti-Kampagne als nicht ehrlich genug, und so wurde er zu Zwangsarbeit verurteilt. Aus Rücksicht auf sein Alter schickte man ihn jedoch nicht in ein Lager in die Mandschurei, sondern man liess ihn seine Schuld in unserem Spital abarbeiten. Hier sollte er das Leben des Volkes kennenlernen, indem er Toiletten und Spucknäpfe reinigte.

Damit ist wiederum ein Beweis dafür erbracht, wie grosszügig und nachsichtig unsere Regierung ist. Ich vermute, dass er der Regierung seine

Dankbarkeit damit beweisen will, dass er sich in seiner jetzigen Arbeit als sehr fleissig erweist. Er arbeitet nicht nur am Tage, sondern auch oft in der Nacht. Ich konnte beobachten, dass sein Arbeitstag wenigstens 18 Stunden dauert.

Dieser Alte erweist unserem Spital auch noch andere Dienste. Vor kurzem bekam das Krankenhaus von einem Auslands-Chinesen einen sehr modernen und sehr teuren Röntgenapparat geschenkt. Unsere Ärzte wussten nicht, wie dieser Apparat zu installieren war. Also wurden die Ärzte von allen Krankenhäusern Amoy's zugezogen. Sie unterzogen das Gerät einem kollektiven Studium, erwiesen sich aber auch als hilflos. Daraufhin lud man einen Experten unserer Universität ein – ebenfalls erfolglos. Schliesslich erinnerte sich unser Chefarzt des alten Mannes und rief ihn zu Hilfe. Der ging an die Arbeit und machte den Apparat schnellstens funktionsfähig. Ist das nicht ein Beweis der guten Ergebnisse, die durch die Erziehung durch Arbeit erzielt werden? Wäre der alte Mann nicht in unserem Krankenhaus als Häftling gewesen, so hätte der Apparat vielleicht bis heute nicht installiert werden können. (Man erzählte mir, der Alte würde auch zugezogen, um unseren Ärzten das Umgehen mit diesem Apparat beizubringen; für Dr. Lim und Dr. Wei war es wohl sehr erniedrigend, dass sie von ihm lernen mussten, der Wissensdrang in unserer neuen Gesellschaft kennt aber wirklich keine Grenzen.)

Die Patienten in unserem Krankenhaus mussten auch eine Menge freiwilliger Arbeit leisten. Mit am wichtigsten war die Teilnahme am Kampf gegen die Ratten, die Mücken und die Schnaken. Im Krankenhaus wimmelt es von Mücken und Schnaken, am schlimmsten aber ist die Rattenplage. Es ist bereits vorgekommen, dass Patienten im Schlaf von Ratten gebissen wurden. Ich zittere jetzt noch, wenn ich an diese Vorkommnisse denke.

Deine Nichte

Tschow-hui

Lieber zweiter Onkel,

Zwischen dem 23. und 30. August bombardierte Artillerie tagtäglich die Insel Quemoy, auf der sich die Truppen Tschiang Kai-scheks verstecken. Der Beschuss von Quemoy ist eigentlich bereits eine Routinesache geworden. Schon mehrere Jahre werden jeden Tag einige Dutzend Schüsse abgefeuert. Meistens wird von unseren Stützpunkten in Chuang-chow, Nan-an und Amoy geschossen. Aber das Artillerieschussfeuer am 23. August war fürchterlich. Die Menschen sagen, dass an diesem Tag innerhalb von zwei Stunden, zwischen 18,30 und 20,30 Uhr, über 50 000 Granaten abgefeuert worden seien. Es war wirklich schrecklich. Ich dachte, die Insel Quemoy wäre endgültig vernichtet.

In diesen Tagen verbreiteten sich viele Gerüchte in der Stadt, man flüsterte sie sich freilich nur zu, denn niemand wagte es, offen zu sprechen. Manche sagten, der kommunistische Geheimdienst sei über alles informiert und hätte gewusst, dass Tschiang Kai-schek am Abend des Dreiundzwanzigsten in Quemoy an einer Konferenz hätte teilnehmen wollen; deshalb sei das ganze Feuer auf den Ort der Konferenz konzentriert und Tschiang getötet worden. Andere wiederum behaupteten, Tschiang sei noch am Leben, er sei überhaupt nicht in Quemoy gewesen, es seien vielmehr nur sein Sohn und einige hochgestellte amerikanische Offiziere getötet worden. Niemand wusste, wem man wirklich Glauben schenken könne. In den Zeitungen lasen wir die Proklamation, die über den Rundfunk nach Quemoy gestrahlt worden war. Darin wurde behauptet, die ganze Insel liege im Bereich unserer Artillerie und die Verteidiger von Quemoy hätten keinen Ausweg ausser Kapitulation oder Tod.

Allen diesen Tatsachen und Vorbereitungen glaubte das Volk entnehmen zu können, die Kapitulation von Quemoy sei nur noch eine Angelegenheit von einigen Tagen. Alle Schiffe und Boote mussten sich in Amoy konzentrieren. Das Boot, das zwischen Amoy und unserem Dorf verkehrt, musste sich gleichfalls nach Amoy begeben und sich dort bereithalten. Die Schüler und Angehörige diverser Organisationen malten Portraits von Mao Tse-tung und anderen grossen Führern. Sie fertigten auch eine grosse Zahl von kleinen Fähnchen an. Ich weiss nicht, wofür das alles gut sein sollte. Einige meinten, es wären Vorbereitungen für den Nationalfeiertag am 1. Oktober. Andere wiederum bezweifelten das, denn bis zum 1. Oktober war noch viel Zeit. Also dachten sie, dass es sich um Vorbereitungen für die Feierlichkeiten anlässlich der Befreiung von Quemoy handeln müsse.

Dann traf einer unserer Nachbarn einen Einwohner von Quemoy namens Lin Yi-cheng in einer Strasse von Amoy. Früher hatte er bei der Volksregierung in der Provinzhauptstadt gearbeitet. Sein Eintreffen in Amoy gab zu vielen Spekulationen Anlass. Einige wollten erraten haben, Lin Yi-cheng sei als Administrator von Quemoy vorgesehen und würde die Insel sofort nach der Befreiung übernehmen. Am 28. August liefen sogar Gerüchte um, Quemoy sei bereits befreit worden. Sie bestätigten sich jedoch später nicht.

Die Informationen über eine zu erwartende Befreiung von Quemoy wurden dann spärlicher, das Artillerieschussfeuer von Tag zu Tag schwächer. Daraufhin fing Quemoy an, Amoy zu beschliessen. Eines Tages schlug eine Granate in der Universität von Amoy ein, in deren Hof einige Batterien

untergebracht sind. Sie vernichtete ein Laboratorium, tötete einen Studenten und verletzte einige andere. Jetzt schlug die Freude in Angst um. Jeder fürchtete, auch auf sein Haus könne eine Granate niedergehen.

Einige Tage später erzählten sich die Leute heimlich, auf dem Stützpunkt in Shen-hu Schiang sei ein Aufstand ausgebrochen. Die Miliz hätte den Artilleriestützpunkt umstellt und alle Soldaten der Volksbefreiungsarmee umgebracht. Daraufhin seien starke Verbände der Volksbefreiungsarmee nach Shen-hu geschickt worden, hätte die Miliz besiegt, über 200 getötet und mehr als 600 ihrer Angehörigen verhaftet. Später wurde dieses Gerücht dann offiziell bestätigt, allerdings in modifizierter Form: In Shen-hu habe keineswegs ein Milizaufstand stattgefunden. Vielmehr habe eine Granate dort mitten in einer Batterie eingeschlagen, woraufhin die Bedienung aus lauter Angst und Entsetzen fortgelaufen sei. Eine Milizabteilung habe sie dann angegriffen, die sie für geladete Feinde gehalten habe. So lautete also die offizielle Version.

Der tägliche Beschuss von Quemoy dauerte den ganzen September hindurch; gleichzeitig wurde eine grosse antiamerikanische Bewegung entfaltet. Zusammenkünfte, Meetings, Demonstrationen und Paraden fanden statt. Überall wurden die neuen Schlagwörter ausgeschrien. Es wurde beteuert, man werde den imperialistischen amerikanischen Papiertiger schnellstens vernichten. Einige Leute behaupteten, es seien Fahnen und Plakate in grosser Zahl für die Feierlichkeiten anlässlich der Befreiung von Quemoy angefertigt worden. Da diese nicht stattgefunden hätte, habe man sich zur Abhaltung einer antiamerikanischen Kampagne entschlossen, um diese Fahnen und Plakate dann doch noch irgendwie verwenden zu können.

Da Mao Tse-tung es verkündet hat, glauben wir unumwunden, das imperialistische Amerika sei ein Papiertiger. Wir lassen uns also von diesem Papiertiger nicht einschüchtern. Wir haben eine Bevölkerung von 600 Millionen. Wenn die Zeit reif ist, werden wir den amerikanischen Papiertiger in Stücke zerreißen. Wir werden auch Quemoy und Taiwan unbedingt befreien. Offen bleibt nur die Frage, ob es nicht letztenendes lächerlich ist, gegen einen Papiertiger so erbittert zu demonstrieren.

Am 24. September kam es im Kreis Haicheng zu einem grossen Aufstand. Der Kreis Haicheng liegt sehr nahe bei Amoy, und da der Aufstand einen Tag und eine Nacht dauerte, wussten die Bewohner von Amoy über ihn genau Bescheid. Gerüchte behaupteten, ein Taiwan-Bomber hätte einige Bomben im Kreis Haicheng abgeworfen.

Die Soldaten der Volksbefreiungsarmee seien daraufhin auseinandergefallen. Dann wären Geheimagenten aus Taiwan auf dem Plan erschienen und hätten Unruhe gestiftet. Einige besonnene Leute hätten Abteilungen der Volksbefreiungsarmee angegriffen, Feuer in den Kornkammern gelegt und Transportfahrzeuge vernichtet. Daraufhin seien starke Militärverbände aus Amoy und Schang-schu verlegt worden und hätten den Aufstand niedergeschlagen. Dabei seien angeblich mehr als 400 Kader umgekommen. Das ist für unser Land selbstverständlich ein grosser Verlust. Aber die Konterrevolutionäre zählten mehr als 3000 Tote. Damit wurde die ungeheure Macht der Kommunisten demonstriert. Jede Opposition, gleich welcher Stärke, wird sofort niedergewalzt. Jeder Anstifter schaufelt sich sein eigenes Grab.

Am 6. Oktober wurde eine ungewöhnliche Nachricht bekanntgegeben. Die Volksbefreiungsarmee liess erklären, sie würde aus humanitären Gründen das Feuer auf Quemoy für eine Woche einstellen. Diese Mitteilung beeindruckte die Leute sehr stark, bewies sie doch nochmals, dass der Vorsitzende Mao ein grosszügiger und barmherziger Führer ist. Mehr als 50 000 Granaten sind während des letzten Monats auf Quemoy abgeschossen worden. Es war schliesslich Krieg, und der Krieg ist immer grausam. Aber das menschliche Herz ist aus Fleisch und Blut gemacht, und da der Vorsitzende Mao barmherzig ist, entschied man sich für eine einwöchige Pause. In dieser Pause gab man der Bevölkerung von Quemoy die Möglichkeit, ihre Verwundeten zu evakuieren und die Toten zu bestatten. Die Inselverteidiger hatten auch Zeit, den Kapitulationsvorschlag zu überlegen und ihre endgültige Entscheidung zu treffen. Waren sie für Krieg, so hatten sie die Möglichkeit, neue Munition heranzuschaffen, so dass ein weiterer „grosser Krieg zwischen ihrer würdigen Seite und unserer würdigen Seite“ entbrennen konnte. („Ihre würdige Seite und unsere würdige Seite“ – dieser Satz wurde von unserem Oberbefehlshaber der Fukienfront in seiner Proklamation benützt. Die ganze Proklamation war sehr zeremoniell und höflich abgefasst, wie ein diplomatisches Dokument.) Wollten sie kapitulieren, so konnten sie kommen und die Bedingungen besprechen. Einen solchen humanitären Waffenstillstand und eine solche barmherzige Kriegführung kann die Geschichte keines Landes aufweisen. Das Volk aber wartete, wie sich die Ereignisse weiter entwickeln würden.

Nunmehr befahl das Verteidigungsministerium, den Waffenstillstand an der Fukienfront noch um eine Woche auszudehnen. Die Leute meinten deshalb, es seien Besprechungen im Gange und die Kapitulation von Quemoy stehe vor der Tür. Nach einem Monat teuflischen Granatenfeuers

Wissenschaft contra Ideologie

VON CHR. MICHAEL

Das die Ideen von Marx, soweit sie heute im sogenannten Marxismus-Leninismus Gestalt gewonnen haben, selbst ein Opfer eben der Mystifizierung geworden sind, von der Karl Marx diese Ideen befreien wollte, ist im Lager der Freien Welt gewiss keine neue Erkenntnis mehr. Dass diese Erkenntnis indes von einem im sozialistischen Lager lebenden Marxisten unumwunden ausgesprochen und publiziert wird, zeigt, dass es der leninistischen Ideologie keineswegs gelungen ist, den Geist selbstkritischen Denkens lahmzulegen. Der polnische Marxist und Philosophieprofessor in Warschau, L. Kolakowski, sieht die besondere und in der Geschichte einmalige Antinomie der Entwicklung des Marxismus darin, „dass diese Doktrin, die entlarvt hat, wie das soziale Bewusstsein unter dem Druck der politischen Bedingungen mystifiziert wird, während sie ihre völlige Befreiung vom Mythos verkündet, selbst zum Opfer einer solchen Mystifizierung geworden ist“.¹⁾

Und doch, wiewohl nach Kolakowski „die Entwicklung des Marxismus die Wissenschaft in eine Mythologie und in eine weiche Materie verwandelt hat, aus der das Rückgrat der Vernunft entfernt worden ist, ... bleibt eine totale Verwandlung

des Denkens in Ideologie praktisch unerreichbar“ (S. 28/30 ebenda). „Wenn also“, so schliesst der Warschauer Philosoph diesen Gedankengang ab, „die Wissenschaft sich in eine Ideologie verwandelte, so hat andererseits die Ideologie keine Kraft, nun schliesslich mit der Wissenschaft ganz fertig zu werden, da sie den Kult eines ihr fremden Gottes freiwillig ... auf sich genommen und zum Grundsatz ihres eigenen Daseins erhoben hat“ (S. 31 ebenda).

Die Ohnmacht der marxistischen Ideologie, mit dem Kult des ihr fremden Gottes Wissenschaft ganz fertig zu werden, erweist sich unter anderem gegenwärtig auf einem Gebiet, das gleichsam die Infrastruktur der Wissenschaftlichkeit überhaupt bildet. Es ist das Feld der Logik, auf dem die beiden Kontrahenten, die formale und die dialektische Logik, einander gegenüberstehen. Hier befindet sich die vom Marxismus-Leninismus ideologisch hochgespielte und bereits mit Siegeslorbeeren umkränzte dialektische Logik in verlustreichen Rückzuggefechten gegenüber der von Engels und seinen ideologischen Nachbetern bereits als überwunden erklärten oder allenfalls zu einer Sammlung von Plattheiten degradierten formalen Logik.

herrschte jetzt eine Atmosphäre himmlischer Ruhe. Dann erfuhr das Volk, dass der General Su Yu, der Stabschef der Volksbefreiungsarmee, durch den General Huang Ke-scheng ersetzt worden sei. Der Grund dafür wurde nicht bekanntgegeben.

Die Woche der Artillerieruhe war bald vorbei; am 20. Oktober wurde das Feuer wieder eröffnet. Es wurde gesagt, dass Dulles einen Besuch auf Taiwan beabsichtige, und so schossen wir aus allen Rohren, um ihm zu zeigen, wie stark wir sind, damit er sich ordentlich erschrecke. Das Feuer wurde mehrere Tage fortgesetzt. Daraufhin ereignete sich am 25. Oktober etwas Seltsames. Das Verteidigungsministerium verkündete offiziell, dass in Zukunft das Feuer nur an den ungeraden Tagen eröffnet würde. An geraden Tagen solle somit Frieden herrschen. Die Zeitungen veröffent-

lichten lange Artikel, um diese Massnahme zu rechtfertigen. Sie sagten, wir seien ein freies Land und es stehe uns zu, nach eigenem Gutdünken das Feuer zu eröffnen oder einzustellen. Was die Befreiung von Quemoy, Matsu und Taiwan betreffe, so würde sie bewerkstelligt werden, wenn die Zeit dazu reif sei. Dann erst würde das Volk diese jetzt ergriffene Massnahme ganz verstehen.

Lieber Onkel, begreifst Du es bereits jetzt, oder musst Du mit uns warten? – Vor kurzem las ich die Sage von den drei Reichen. Es scheint, dass ich von diesem Buch sehr stark beeinflusst worden bin und dass sich das auch in diesem Brief bemerkbar gemacht hat. Glaubst Du es auch? –

Deine Nichte

Tschow-hui

Dieser Prozess, in dem sich abseits vom lärmenden Auf und Ab der öffentlichen Meinung unauffällig und doch unaufhaltsam das echt Wissenschaftliche gegenüber dem bloss Ideologischen durchsetzt, ist kein beiläufiger, sondern ein dem Marxismus-Leninismus notwendig innewohnender. Denn eine Ideologie, so argumentiert Kolakowski mit Recht, „die aus der Wissenschaft entstand, kann nicht auf die Fassade der Wissenschaftlichkeit verzichten, und diese Fassade übt ihren Einfluss auf die Ideologie aus... Innerhalb des zu einem Mythos gewordenen marxistischen Bewusstseins bleibt das wissenschaftliche marxistische Denken dennoch wie in einer flüssigen Schicht erhalten.“ (S. 30 ebenda)

Die marxistisch-leninistische Ideologie, die ja für sich selbst der Illusion einer bereits total emanzipierten Vernunft und damit dem Mythos einer wissenschaftlichen Ideologie huldigt, ist so permanent gezwungen, der Wissenschaftlichkeit in ihrem dogmatisch versteinerten Gebäude Schritt um Schritt Raum zu geben. In diesem unaufhörlichen, weil dem Marxismus-Leninismus selbst innewohnenden Prozess greift das den marxistischen Ideen unaufhebbar eingepflanzte Postulat der Wissenschaftlichkeit gleich einem Mauer schwamm das starre Mauerwerk der sowjetischen Staatsphilosophie inwendig an, so dass sie es eines Tages auch für den an der Oberfläche bleibenden und von der rauschenden Propaganda benommenen Blick der Öffentlichkeit als baufällig, das heisst als wissenschaftlich nicht mehr haltbar erkennen lassen wird. Gewiss ist das ein nicht nur, wie bereits betont, zunächst unauffälliger, sondern auch und gerade zunächst recht langsamer und langwieriger Prozess. Indes, einmal begonnen, wächst seine Geschwindigkeit fast mit dem Quadrat der Entfernung von seinem Ausgangspunkt.

Dieser dem Marxismus-Leninismus innewohnende Zersetzungsprozess 'Wissenschaft contra Ideologie' zeitigte bisher sein wohl markantestes Ergebnis in dem fast 40jährigen Kampf der Sowjetideologie gegenüber der Einsteinschen Relativitätstheorie. Seinem Auf und Ab ist das Buch von S. Müller-Markens *Einstein und die Sowjetphilosophie* mit grosser Sorgfalt nachgegangen. Nachdem noch im Jahre 1951 und bis zum Jahre 1955 das Werk Einsteins durch die Sowjetphilosophie des Idealismus geziehen worden ist und man sich nicht scheute, die marxistischen Wissenschaftler aufzufordern, die Relativitätstheorie zu verwerfen und sie durch eine materialistische „Theorie schneller Bewegungen“ zu ersetzen, dergestalt, dass selbst der Name 'Relativitätstheorie' aus den physikalischen Lehrbüchern der SU verschwinden sollte, endete der Kampf im Jahre 1955 mit einem Sieg der Wissenschaft über die Ideologie.

Ähnliches liesse sich von dem erbitterten, schliesslich aber auch vergeblichen Kampf der Sowjetideologie gegenüber der modernen Quantentheorie und der Kybernetik nachweisen.

Wiewohl nach aussen nicht so markant in Erscheinung tretend, jedoch nach innen, das heisst für die wissenschaftliche Infrastruktur der marxistisch-leninistischen Ideologie weit folgenreicher und gefährlicher ist der ähnlich langwierige Prozess der Auseinandersetzung auf dem Gebiete der Logik.

Dass Hegel, einer der Erzväter des dialektischen Materialismus, der formalen Logik nicht hold war, ist genügend bekannt. Nach ihm ist sie bestenfalls eine Sammlung von Plattheiten. Engels, der die materialistische Geschichtsauffassung von Marx in fast sklavischer Anlehnung an das formale Gerüst der Hegelschen Philosophie zum dialektischen Materialismus erweiterte, übernahm auch Hegels abschätzige Einstellung zur formalen Logik. Mit ihren angeblich so starren Kategorien reicht sie nach ihm allenfalls „für den Hausgebrauch, wo kleine Verhältnisse oder kurze Zeiträume in Betracht kommen“²⁾.

Lenin bläst in dasselbe Horn, so dass bei ihm die formale Logik zu einer idealistischen Disziplin und metaphysischen Methode degradiert wird, der gegenüber die dialektische Logik allein den materialistischen und dialektischen Standpunkt zu wahren weiss. In seiner ihm eigenen überspitzenden Art identifiziert er geradezu die dialektische Logik mit der Dialektik, ja mit dem Marxismus überhaupt.

Was Wunder, wenn der weite Chor aller Philosophiefunktionäre des Ostblocks dieses Thema zunächst kritiklos aufnimmt und in den verschiedensten Variationen weiterspinnt. Der ungarische Marxist B. Fogarasi schreibt im Vorwort zu seiner „Logik“: „Die den Bedürfnissen und Forderungen der zeitgemässen, fortgeschrittenen Wissenschaft entsprechende Logik ist nicht die traditionelle formale Logik, die Schullogik, sondern die dialektische Logik.“³⁾ Und einige Seiten weiter heisst es: „Keine Diskussion kann darüber geführt werden, dass die Klassiker des Marxismus formale Logik und dialektische Logik einander gegenüberstellen, ... dass ihrer Auffassung nach die marxistische Logik die dialektische Logik ist.“ (S. 19/20 ebenda)

Da bekanntlich nach der materialistischen Dialektik den Naturdingen innere Widersprüche eigen sind, muss das widerspruchsfreie Denken, der Grundpfeiler der formalen Logik, von der fortschrittlichen dialektischen Logik überspielt werden, so dass auch das konkrete Denken Widersprüche, und zwar kontradiktorische, in sich

enthalten kann. Demgemäss formuliert Fogarasi unmissverständlich: „Da in der Wirklichkeit alle konkreten Dinge in verschiedenem und oft in kontradiktorischem Verhältnis zu allen übrigen Dingen stehen, führt auch das konkrete Denken oft zu konkreten Widersprüchen.“ (S. 64 ebenda)

LOGIK UND PROPAGANDA

Ein übriges tat der Philosophieprofessor der Sowjetzone Kl. Zweiling. Um die Begrenztheit, ja Sinnlosigkeit und Falschheit der formalen Logik zu erweisen, bemühte er sich in seinem vor der „Philosophischen Konferenz über Fragen der Logik“ im November 1951 in Jena gehaltenen Referat, den anderen Grundpfeiler der Logik, den Identitätssatz, zu Gunsten der Dialektik umzustürzen. Zweiling versuchte, seinem aus Philosophen, Logikern und Mathematikern bestehendem Auditorium klar zu machen, dass 1 mal 1 zuweilen auch 2 oder gar 3 ergeben könne.

Diese und ähnliche ideologische Kapriolen zugunsten der dialektischen Logik mussten nach dem Gesetz, nach dem der Marxismus angetreten war, zwangsläufig den Gegenzug ernster Wissenschaftlichkeit hervorrufen. In Mitteldeutschland geschah dies hauptsächlich durch den Logikprofessor der Humboldt-Universität, G. Klaus. In seinem 1958 erschienenen Werk *Einführung in die formale Logik*, in dem die traditionelle mit der modernen, das heisst die aristotelische mit der mathematischen Logik in gekonnter und glücklicher Weise in eine systematische Einheit gebracht wurden, schreibt er einleitend:

„Die Einstellung Hegels zur formalen Logik hat für unser Fachgebiet verheerende Wirkungen gezeitigt... Viele Marxisten, die sich mit formaler Logik beschäftigen, haben ... die Hegelsche Missachtung der formalen Logik kritiklos übernommen. Das führte dazu, dass in älteren Aufsätzen marxistischer Philosophen in der Sowjetunion und in anderen Ländern die formale Logik entweder als völlig überflüssig bezeichnet wurde mit der Begründung, dass wir ja die Dialektik besitzen, oder dass gar behauptet wurde, das formal-logische Denken sei typisch für die bürgerliche Ideologie.“ (S. 2)

Klaus lässt keinen Zweifel darüber offen, „dass die formale Logik für die menschliche Erkenntnis unentbehrlich ist, ihre Gesetze unbedingt beachtet werden müssen und dass keine Rede davon sein kann, dass es für die verschiedenen Gesellschaftsformationen und Klassen irgendwelche besonderen, von einander verschiedenen Logiken gibt.“ (S. 3) Er setzt sich dann nachdrücklich für die Anerkennung der mathematischen Logik ein und rügt besonders Fogarasis Werk, weil „es einer breiten

Strömung der Unterschätzung der modernen Logik und der Neigung zu einer Dialektisierung der formalen Logik entgegen kam“ (S. VI).

Desgleichen wird in dem kleinen Werk der beiden Klaus-Schüler Händel und Kneist, *Kurzer Abriss der Logik*, eingangs erklärt, „dass sich immer mehr die Erkenntnis durchsetze, dass die Logik für wissenschaftliche Forschung und Lehre ebenso wie für das Studium und die propagandistische Tätigkeit (! – Chr. M.) ein unentbehrliches Hilfsmittel ist ... und dass erst tiefgründige Sachkenntnis, gepaart mit logischer Strenge, beweiskräftige und überzeugende Gedankenführung ermöglicht“ (S. 7/22). Verschämt gehen die Autoren auf die langjährige Desavouierung der formalen Logik als bürgerlicher Klassenlogik durch die Marxisten ein und bekennen unter dem Zwang der Tatsachen, dass die moderne Logik fast ausschliesslich von 'reaktionären' Logikern und Philosophen entwickelt worden ist. Da die Art und Weise ihrer diesbezüglichen Rechtfertigung recht aufschlussreich ist, sei ein längerer Passus ihrer Argumentation wiedergegeben.

„Die fälschliche Annahme vom Klassencharakter der Logik, deren Widerlegung eines der wichtigsten Verdienste des bisherigen Verlaufs der Logikdiskussion im Lager der marxistischen Philosophen ist, könnte auch nicht im geringsten zur Klärung der Tatsache beitragen, dass die modernen Erkenntnisse auf dem Gebiete der Logik speziell in den letzten 50 Jahren fast ausschliesslich von Logikern stammen, die zumeist philosophisch völlig reaktionäre Standpunkte einnehmen... Die relative Zurückgebliebenheit der marxistischen Philosophen in der Bearbeitung der Probleme der Wissenschaft der Logik hat keineswegs ihren Grund in ihrer Philosophie oder in der Unfähigkeit der marxistischen Philosophen, sondern darin, dass sie vor praktisch viel wichtigeren Aufgaben standen, die die proletarische Revolution und der Aufbau des Sozialismus an sie stellten...“ (S. 17/18)

„ABSOLUTER SOPHISMUS“

Wir wollen mit den beiden marxistischen Logikern nicht rechten. Ihr Geständnis bezeugt genug, doch ihre Argumentation nimmt ihnen niemand ab. Denn die unterstellte Sorge der marxistischen Philosophen für die proletarische Revolution, die ihnen angeblich keine Zeit und Musse für den weiteren (!) Ausbau der Logik liess, ist nur ein Grund für ihr Versagen; der andere ist die jahrzehntelange Desavouierung der formalen Logik als einer Schrulle bürgerlicher Lakaien, wobei das zweite auch bei wohlwollendster Interpretation keineswegs aus dem ersten folgt.

Indes wären die Logikbücher von Klaus und seinen Schülern in der Zone nie geschrieben worden, wenn nicht recht scharfe Logikdiskussionen in der Sowjetunion in den Jahren 1951/57 und vor allem die im April 1958 in Moskau abgehaltene Tagung zur Frage der „Widersprüche“ vorangegangen wären. Hier kämpfte Wissenschaft contra Ideologie, das heisst die zum Aschenbrödelasein verdamnte formale Logik mit gutem Erfolg gegen die ideologisch aufgedonnerte dialektische Logik und wusch dieser weitgehend ihre wissenschaftliche Schminke weg.

Bedeutsam, ja die Sensation dieser Tagung war das Referat von E. Kolman, einem gebürtigen Tschechen, Professor am Moskauer Institut für Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik. Kolman, der bereits 1948 in Prag eine kritische Darlegung der mathematischen Logik herausgebracht hatte, in der er über die gesamte einschlägige Literatur von Leibniz über Frege bis Church und Quine referierte und sie sehr positiv beurteilte, und der 1953 in einem längeren Artikel die unter den Marxisten seinerzeit noch so desavouierte Kybernetik verteidigt hatte – ein Mann der Wissenschaft also und nicht blosser Funktionär der Ideologie, dieser Kolman wagte es, unterstützt von dem polnischen Marxisten Zinover, den ideologischen Popanz „dialektische Logik“ gleichsam an der Gurgel zu fassen; er scheute sich nicht, der lediglich künstlich, weil rein ideologisch am Leben Erhaltenen die Luft abzudrehen, indem er ihren Pulsschlag: den jeder Bewegung angeblich innewohnenden Widerspruch, zerstörte und diesen angeblichen Quell und Motor der Bewegung als blosser Folge einer zwar naheliegenden, aber doch wissenschaftlich unstarthaften Folge einer Äquivokation des Terminus „ist“ blosslegte. Engels hätte sich, worauf schon früher der polnische Marxist A. Schaff hingewiesen habe, in dieser so entscheidenden Grundfrage nach dem Wesen der Bewegung deshalb geirrt, weil er kritiklos die diesbezügliche Position Hegels, wonach Bewegung unbefragt widersprüchlich sei, fast wörtlich übernahm.

Auch Klaus, durch diese und ähnliche Hinweise wohl ermuntert, stellt in seinem Buch *Jesuiten, Gott, Materie* zur Frage der Widersprüchlichkeit der Bewegung lakonisch fest: „Die blosser Feststellung, dass ein Körper zur gleichen Zeit an einem Ort und nicht an diesem Ort ist, würde einen logischen Widerspruch zulassen, ... womit wir zum absoluten Sophismus kämen, eine Konsequenz, die gerade den Auffassungen des Marxismus völlig wesensfremd ist.“ (S. 291)

Klaus unterschlägt wohlweislich – was Kolman, Schaff, Bartos und andere nicht taten –, dass es genau die von Engels kritiklos übernommene For-

mel Hegels ist, die dem Marxismus so sehr wesensfremd sein sollte. Auch hilft es Klaus wenig, die Widersprüchlichkeit der Bewegung – und damit die Grundlage und Quelle der „dialektischen Logik“ – dadurch retten zu wollen, dass er sich auf die Leninsche These, Bewegung sei Widerspruch, da sie die Einheit von Kontinuität und Diskontinuität sei, zurückzieht. Denn einmal distanziert er sich dadurch genau wie Kolman von der Engelschen These und erklärt sie genau wie Kolman – wenngleich taktisch klüger, weil nur „unter der Hand“ – für irrtümlich; zum andern hilft die These Lenins hier gar nicht weiter, da sie, wie es bereits der tschechische Marxist J. Bartos erklärte, eine reine Verlegenheitsformel ist, die den Charakter einer blossen Phrase hat, so dass man, um gegen sie argumentieren zu können, erst einmal vernünftige Argumente beibringen müsste, um sie überhaupt zu begründen.

DER IMMANENTE WIDERSPRUCH

Der polnische Marxist A. A. Zinover, der gleichfalls auf der Moskauer Tagung die angebliche Widersprüchlichkeit eines sich bewegenden und sich verändernden Gegenstandes einer scharfen Kritik unterzog, macht mit Recht gegenüber dem Sowjetideologen Ilenkov geltend, dass die Zulässigkeit eines Widerspruchs eine Täuschung sei, die auf dem Mangel an exakten Begriffen und ausreichender logischer Analyse der Beispiele beruhe. „Es gibt nur eine Art“, so fährt er fort, „den hier kritisierten Standpunkt zu retten – indem man sich nämlich vieldeutiger Begriffe und Behauptungen bedient, nicht folgerichtig schliesst, die Fragen durcheinander bringt usw.“⁴⁾

Bereits K. Schröter, Direktor des Instituts für Mathematische Logik an der Humboldt-Universität in Berlin, machte auf der Jenaer Logik-Konferenz auf den so vieldeutigen Terminus „Widerspruch“ aufmerksam, mit welcher Vieldeutigkeit die ideologischen Hausierer nur allzu leichtes Spiel hätten, und er schlug vor, man solle „das alte Wort ‘Widerstreit’ wieder in Gebrauch nehmen, das in der alten Dialektik immer benutzt worden ist, statt hier von ‘Widersprüchen’ zu sprechen“⁵⁾.

Dieser Vorschlag des mathematischen Logikers traf, wie es nicht anders sein konnte, bis heute auf taube Ohren, da er, wiewohl vom wissenschaftlichen Standpunkt mehr als berechtigt, vom ideologischen Standpunkt mehr als naiv ist. Schröter, gleichsam die Stimme des wissenschaftlichen Gewissens, verkennt – anders als sein Kollege Klaus – den primär ideologischen Charakter des heutigen Marxismus als Rechtfertigungs- und Integrationsmittel kommunistischer Gesellschafts- und Weltpolitik.

Demnach haben die marxistischen Wissenschaftler immer und zunächst der primären Aufgabe des Kommunismus zu dienen, die proletarische Revolution und den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben und zu rechtfertigen, wie dies ja auch das bereits angeführte Zitat der beiden Klaus-Schüler ausgesprochen hat; erst sekundär darf sich die Stimme der Wissenschaft um ihrer selbst willen Gehör verschaffen. Wiewohl also diese Stimme im Rahmen der Ideologie weitgehend funktionalisiert und instrumentalisiert ist – was der ahnungslose Professor Schröter, und er nicht allein, in seiner ideologischen Naivität übersieht –, kann diese Instrumentalisierung der Wissenschaft im Marxismus doch auch nie restlos gelingen. Denn in seinem Anspruch, *wissenschaftliche* Ideologie zu sein, ist er ständig gehalten, den wissenschaftlichen Erfordernissen auch unabhängig von ihrer direkten Instrumentalisierung immer dann Rechnung zu tragen, wenn unter dem Druck der Tatsachen kein anderer Ausweg mehr bleibt, will er das „wissenschaftliche Gesicht“ wahren. „Der Geist des Marxismus“, so sieht es der polnische Marxist Kolakowski ungetrübten Auges, „nährt sich so von dem immanenten Widerspruch seines Wesens, der beiden Seiten (der ideologischen und der wissenschaftlichen, Chr. M.) empfindlich zusetzt und zugleich für eine von ihnen Existenzbedingung ist.“ (S. 31 a. a. O.)

Diesem immanenten Widerspruch seines Wesens, Ideologie sein zu müssen und Wissenschaft sein zu wollen, kann der Marxismus-Leninismus so wenig entgehen, dass er ihn geradezu zwangsläufig immer wieder aufreißen und aktivieren muss. Er muss als wissenschaftliche Ideologie der Wissenschaft gebieten, ihren so unentbehrlichen Anteil am Bau des irdischen Paradieses beizutragen, und er muss ihr zugleich verbieten, dem Duktus ihrer rational-kritischen Eigenge-

setzlichkeit, die kein Tabu kennt, zu folgen.

Doch der Geist ist unteilbar. Die ihm solchermaßen vom Marxismus auferlegte Schizophrenie, nämlich das Gebot, die rational-kritische Funktion, die vor nichts halt macht, ständig zu entfalten, wie das Verbot, die Grundlagen eben dieser Ideologie unter das rational-kritische Feuer zu nehmen, wird sich zwangsläufig gegen den Marxismus wenden und ihn als Ideologie vernichten. Denn im Kampf zwischen Freiheit und Fessel, zwischen Wissenschaft und Ideologie siegt – so lehrt es die Geschichte, so lehrt es gleichfalls der Marxismus – letztlich nicht die Seite, auf der die stärkeren Bataillone, sondern die, bei der die stärkeren Argumente stehen. Geist und Freiheit, die wie Sonne und Licht zusammengehen, muss der Marxismus kraft seines Wesens immer wieder beschwören, um damit selbst, wenngleich wider Willen, das Tabu seiner ideologischen Grundmauern zum Einsturz zu bringen. Der Wind, den er entfacht hat, bläst ihm ins Gesicht. Den Wind, den er mit der vollständigen Inthronisierung der formalen Logik im Inneren seines dogmatischen Verliesses gesät hat, ja, zwangsläufig seinem inneren Gesetz zufolge hat säen müssen, wird er einst als Sturm ernten, der seine ideologische Burg wie ein Kartenhaus umblasen wird.

Gewiss kein Grund, die Hände erwartungsvoll in den Schoss zu legen. Denn dieser Sturm, einmal entfacht, wird auch vor anderen ideologischen Palästen nicht haltmachen. So Sorge man für sturmsichere Bauten der Wahrheit.

- 1) Leszek Kolakowski: *Der Mensch ohne Alternative*. München: Piper 1960. S. 26 (vgl. auch *freie Rundschau* 1/1961, S. 24-30)
- 2) *Dialektik der Natur*, 1952, S. 228 ff.
- 3) Fogarasi: *Logik*, 1955, S. 5
- 4) *Das Widerspruchsprinzip*. In „Sovietica“, S. 73
- 5) S. 59 ebenda

Je mehr ich meine eigenen Ideen oder Überzeugungen wie etwas betrachte, das mir gehört, auf das ich stolz bin – so unbewusst stolz vielleicht, wie man auf ein Gewächshaus oder einen Remstall stolz ist –, desto mehr werden diese Ideen oder Meinungen durch ihre Leblosigkeit (oder, was auf dasselbe hinausläuft, durch meine Leblosigkeit ihnen gegenüber) eine anwachsende Tyrannei auf mich ausüben. Dort liegt das Prinzip des Fanatismus in allen seinen Formen... Dort liegt... der Unterschied zwischen dem Ideologen einerseits und dem Denker oder Künstler andererseits. Der Ideologe ist einer der furchtbarsten Menschentypen, die es gibt; denn er macht sich selbst unbewusst zum Sklaven eines abgetöteten Teils seines Selbst, und diese Sklaverei läuft darauf hinaus, sich nach aussen hin in Tyrannei zu verwandeln... Im Gegensatz dazu ist der Denker dieser Entfremdung und möglichen Erstarrung seines Denkens gegenüber ständig auf der Hut. Er bleibt in einem immerwährend schöpferischen Zustand; sein ganzes Denken ist immer und zu jedem Augenblick in Frage gestellt.

GABRIEL MARCEL: *Philosophie der Hoffnung*

Suche nach dem Unentbehrlichen

Widerstandstendenzen im sowjetischen Geistesleben

VON N. E.-J.

Ist Opposition gegen das herrschende System innerhalb einer totalitär regierten und auch kontrollierten Gesellschaft überhaupt nachweisbar? Muss nicht jeder Versuch eines solchen Nachweises an den vorgeschobenen Riegeln des Polizeistaates, das heisst am Mangel an zuverlässigen Informationen, scheitern und im Zwielficht von Vermutungen bleiben?

Dieser Zweifel wird jedoch von der sowjetischen Praxis entkräftet. Es zeigt sich nämlich, dass Diktatoren es sich nicht leisten können, oppositionelle Gedanken unwidersprochen anwachsen zu lassen. Sie machen die Erfahrung, dass geistige Vorgänge sich sehr wohl in der Illegalität entfalten können und dann durch Machtmittel allein nicht abzudrosseln sind. Sobald die mit der Ideologie der herrschenden Gruppe unvereinbaren Anschauungen ein Massenphänomen zu werden drohen, muss an die Seite des Terrors eine öffentliche Polemik treten. Dann lässt sich an der Heftigkeit der von den Machthabern geführten Gegenangriffe das Ausmass und die Intensität des zu bekämpfenden Widerstandes deutlich ablesen.

Durch ihre nachhaltige und heftige Auseinandersetzung mit den verschiedensten Äusserungen freiheitlichen Denkens, der Kritik und des offenen oder verdeckten Widerstandes liefert die Sowjetführung denn auch unwiderlegbare Beweise für die Existenz und den Einfluss dieser oppositionellen Tendenzen. Charakteristisch für die Situation auf diesem Frontabschnitt des kalten Krieges, der innerhalb der Sowjetunion geführt wird, ist eine Resolution des Zentralkomitees, das genötigt war, zwei Plenarsitzungen im Laufe eines Jahres (1960) ganz den Problemen der vergeblichen Propaganda zu widmen und als Signal zur Mobilisierung „aller bewusst kommunistischen Kräfte“ den grossen Alarm zu schlagen.

In dieser Erklärung steht es schwarz auf weiss: der Kampf gilt der Jugend. Es sei dringend notwendig – so heisst es im Appell der Partei an „alle Erzieher, Jugendleiter und Geistesstiftenden“ –, die jungen „Nihilisten“, die sich nicht

mehr für den Sieg des Kommunismus begeistern lassen, als Schädlinge anzuprangern und ihre „Anti-Haltung“, die sich teils als passive Gleichgültigkeit und teils als aktiver Trotz äussert, ohne Nachsicht zu bekämpfen.

Höchst bemerkenswert ist folgender Passus (*Prawda*, 14. 9. 1960):

„Es gilt, den Kampf gegen Schmarotzer und arbeitsscheue Elemente... mit verschärften Mitteln zu führen sowie dem Streben nach Privateigentum, der politischen Gleichgültigkeit, dem religiösen Aberglauben und anderen Manifestationen einer uns fremden Ideologie eine vernichtende Abfuhr zu erteilen.“

Im Verlaufe der hierdurch ausgelösten Kampagne bringt die Sowjetpresse unzählige Beispiele, aus denen die wachsende Spannung zwischen dem „menschlichen Faktor“ und der uneingeschränkten Parteiherrschaft klar hervorgeht. Diese Spannung entlädt sich in einer langen Reihe oppositioneller Erscheinungen, von denen sich die Auflehnung gegen die Unterdrückung der persönlichen Freiheit auf allen Gebieten des Lebens am deutlichsten, wenn auch in sehr verschiedenen Formen, geltend macht. Da aber der totale Machtanspruch einer kommunistischen Diktatur die totale Gleichschaltung ihrer Untertanen voraussetzt, wird jede Abweichung von der kollektiven Konformität, jede Manifestation des eigenen Willens – sei es der naive Trotz eines in Beinkleidern von unreglementiertem Schnitt daherstolzierenden Jünglings oder die überlegene Selbstbehauptung eines Pasternak – von der um ihre Alleinherrschaft besorgten Partei als eine politische Gefahr eingeschätzt und behandelt.

Gegen die „aufrührerisch“ gekleideten Jugendlichen werden mit ausserordentlichen Machtbefugnissen ausgestattete Komsomol-Brigaden eingesetzt, als gelte es, Aufwiegler oder gar Attentäter unschädlich zu machen. Und den „revisionistischen“ Schriftstellern, die für die Freiheit des geistigen Schaffens eintreten, wurde zu wiederholten Malen bedeutet, dass dieses Ver-

langen dem Anteil der ungarischen Intellektuellen am Aufstand von 1956 und genau genommen einer prinzipiellen Ablehnung der kommunistischen „Diktatur des Proletariats“ zugunsten der bürgerlichen Demokratie gleichkomme.

So wird von den Machthabern selbst blossgelegt, was der scheinbar harmlose Streit um die Wahl literarischer Themen und um die Souveränität der künstlerischen Inspiration an politischem Sprengstoff enthält. Es ist vor allem der Zweifel an der Berechtigung der Partei, sich das Volk als ganzes und jeden einzelnen, selbst den Künstler, dienstbar zu machen, der die Sowjetführung aus der Fassung bringt. Das diesem Zweifel entspringende Verlangen nach Aufgabe der ideologischen Grundsätze wird von der höchsten Parteigewalt als Anschlag gegen ihr Machtmonopol und als schlechende Revolution betrachtet.

„IHR MACHT ES EUCH LEICHT!“

Diese Auffassung geht auf die in Ungarn 1956 gemachten Erfahrungen zurück und ist inzwischen durch die Verschärfung der ideologischen Grundsätze in der Sowjetunion selbst bestätigt worden. Im Sommer 1958 brachte das Organ des Zentralkomitees der Partei, die Zeitschrift *Kommunist*, einen bedeutungsvollen Artikel aus der Feder B. Ponomarews, eines der führenden Ideologen des Kreml, der die Zielsetzungen des Revisionismus wie folgt definierte:

„In den sozialistischen Ländern (die Sowjetunion einbegriffen) suchen die Revisionisten die führende Rolle der Partei zu beseitigen oder einzuschränken, die Diktatur des Proletariats abzuschaffen oder zu modifizieren, zu welchem Zwecke sie die ideologischen Grundlagen dieser Struktur durch ständige Angriffe unterwühlen.“

Die Revisionisten, heisst es weiter, strebten danach, den prinzipiell unversöhnlichen kommunistischen Kampfwillen durch einen ausgehöhlten „humanen“ Sozialismus zu ersetzen (das Wort human ist im russischen Original mit ironischen Anführungsstrichen versehen).

Ponomarews Konklusion: Es ist dringend notwendig, die Revisionisten unter Aufbietung aller Kräfte als die gefährlichsten Feinde des Kommunismus zu bekämpfen. Diese Kriegserklärung gilt noch heute unverändert: sie ist in fast gleichlautender Formulierung in der pankommunistischen Moskau-Deklaration vom 6. Dezember 1960 enthalten.

Von der zweifellos humanen Tendenz der russischen Opposition zeugen unter anderem viele Erzählungen und Romane der jüngeren und ganz jungen Autoren, die nicht den vorgeschriebenen „Sowjetmenschen“, sondern den Menschen

schlechthin in den Mittelpunkt stellen. Sehr bemerkenswert in dieser Beziehung ist die Erzählung *Wieder August* (in *Nowyj Mir*, Nr. 8 und 9, 1959), in der die Autorin Nina Iwanter den Konflikt des unausrottbaren persönlichen Gewissens mit der von dem „kollektiven Gewissen“, das heisst der Parteileitung geforderten Moral behandelt.

Die Hauptfigur ist ein Jüngling, der zu Beginn des Geschehens seinen Vater – einen „alten Bolschewisten“ und treuen Diener der Partei – als Idealgestalt bewundert. Charakteristisch für den Standpunkt des Siebzehnjährigen ist sein Wortwechsel mit der Komsomol-Leiterin der Fabrik wegen eines von dem „freiwilligen“ Sonntagsinsatz weggebliebenen Arbeiters:

„Zurechtweisen?“ ruft der ideologisch gehäutete Boris, empört über die nachsichtige Haltung der Leiterin. „Ein Mann pfeift auf seine Pflicht, und du sagst bloss: zurechtweisen!“

„Ja, was sonst?“ antwortet das junge Mädchen spöttisch. „Sollen wir ihn vielleicht erschliessen?“

Der genau „im Geiste der Partei“ denkende und handelnde Musterknabe wird überhaupt von seinen Arbeitskameraden, sogar von seinen Komsomol-Genossen, teils mit ironischer Geringschätzung und teils mit offener Verachtung behandelt. Folgender Dialog lässt deutlich die tieferen Gründe für diese Feindseligkeit erkennen:

Der achtzehnjährige Stossarbeiter Kostja, gleichfalls Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes, lässt eine Bemerkung darüber fallen, dass er den „undisziplinierten“ Arbeiter Goroschkin doch nicht als Verbrecher betrachten könne.

„Und ich“, erwidert Boris scharf, „ich betrachte ihn – nein, nicht als Verbrecher, was hat das mit Verbrechen zu tun? Aber für mich ist er einfach kein Mensch.“

Kostjas Augen wurden plötzlich ganz schmal. „Dir fällt das Leben leicht“, sagte er herausfordernd. „Du weisst immer ganz genau, wer Mensch ist und wer nicht. Der Leiter unserer Parteizelle ist natürlich ein Mensch, weil er vorschriftsmässige Reden hält... Goroschkin dagegen ist kein Mensch, denn er hat sich vor der Sonntagsarbeit gedrückt... Und ich? Wo hast du mich verbucht? Nun – ich weiss es ja. Du hast dich sogar in der Zeitung über mich ausgelassen: ‘Rekordarbeiter K. Nikolskij ist nur von einem einzigen Gedanken erfüllt: den Sieg des Kommunismus zu beschleunigen.’ Hübsch, was? Oder willst du’s vielleicht ableugnen?“

Etwas später sagt Kostja: „So ist es nun einmal bei euch“.

„Bei wem? Wen meinst du mit ‘euch’?“

„Bei euch gilt nur das Schema“, fuhr Kostja

fort, ohne die Frage zu beachten. „Du sollst in den Versammlungen sitzen und das Maul halten, die Kritik lieben, deine Norm erfüllen, durch die Nase atmen – dann bist du ‚Baumeister‘ (des Kommunismus). Aber die geringste Abweichung – und schon bist du kein Baumeister mehr: gestrichen, fertig, aus. Für euch ist alles einfach.“

DIE SKEPTISCHE GENERATION

Die im sowjetischen Sprachgebrauch schon eingebürgerten Formeln „wir“ contra „euch“ markiert die Kluft zwischen der Bevölkerung der UdSSR und der herrschenden Funktionärsklasse. Bezeichnenderweise wird diese Kluft häufig als ein Gegensatz zwischen neu und alt, frisch und vertrocknet empfunden. Aus der konstanten Empörung der Parteiorgane über die „vorzeitig ausgebrannten“ Jugendlichen erfährt man, dass ein beträchtlicher Teil der Sowjetjugend von heute die „alten Kämpfer“, die noch immer die enthusiastische Leier drehen, entweder als weltferne Romantiker oder gar als lächerliche Trottel betrachtet, deren Geschwätz atmодisch ist wie eine vor 40 Jahren eingespielte Grammophonplatte.

Diese Ablehnung des kommunistischen Heroenkults wird auch von einer Reihe belletristischer Arbeiten aus den letzten Jahren bestätigt. Immer wieder stösst man in diesen Erzählungen auf junge Menschen, die alle Ermahnungen, dem Exempel der schon legendären Fanatiker der „grossen Idee“ zu folgen, als leere Phrasen und Gespenstergeschichten abtun:

„Altes Zeug ... Davon haben wir genug gehört. Hast du nichts Neues auf Lager?“

Aus zahlreichen Schilderungen dieser Art ergibt sich das Bild einer Jugend, die sich mit ganz anderen Dingen beschäftigt als mit den Problemen des kommunistischen Aufbaus und des Siebenjahresplanes, obwohl die Partei eben diesen Aufgabenkomplex der Literatur als ihr vornehmstes Thema aufzuzwingen sucht („Frische Säfte können der Literatur nur von den Schriftstellern zugeführt werden, die im Kampf für die Erfüllung des Siebenjahresplanes an der Spitze marschieren.“ *Literaturnaja Gaseta*, 10. 11. 1959).

Was aber allen Anzeichen nach die jungen Sowjetbürger brennend interessiert – gleichgültig ob sie der intellektuellen oder der körperlich arbeitenden Schicht angehören –, ist das Suchen nach dem „Unentbehrlichen“, wie es der dreiundzwanzigjährige Dichter Jewgenij Jewtuschenko ausgedrückt hat: Das Suchen nach dem Sinn des Daseins, nach einem neuen Lebensinhalt, nach neuen Kriterien für die ethische Wertung, nach neuen Lösungen sowohl persönlicher wie gesellschaftlicher Fragen.

Ein solches Suchen gilt in der Freien Welt als ein natürliches Recht der Jugend, unter der Herrschaft des Kommunismus aber als Verrat. Denn der marxistisch-leninistischen Lehre zufolge sind das höchste Ziel und der rechte Weg, um es zu erreichen, bereits ein für allemal gefunden, und wer sich dennoch veranlasst fühlt, nach anderen Wegen zu suchen, ist in den Augen der leitenden Kommunisten ein gefährlicher Zweifler und schon halbwegs ein Renegat.

„Man fragt ja nicht einmal, was ich will; man stempelt mich einfach zum Verbrecher, weil ich überhaupt über neue Methoden nachzudenken wage“, sagt ein „suchender“ und dafür vom parteitreuen Rektor verfolgter Lehrer in einem Roman des sehr talentierten Wladimir Tendrakow, der als Achtunddreissigjähriger zur jüngeren Schriftstellergeneration gehört (*Dem eilenden Tage nach*. In: *Die junge Garde*, Nr. 10-11-12, 1959).

„– Ich verbiete es! Sie haben sich ohne Widerspruch der Autorität zu fügen!“ ruft der Rektor – ähnlich wie der eifrige Parteifunktionär im Poem *Die siebenTage der Woche* des Dichters Kirssanow:

Ich bitte, meine Lieben,
nur ruhig – lasst euch lenken:
denn ohne Direktiven
darf keiner von uns denken!

Und doch wird heute offenbar viel und selbständig gedacht hinter dem Eisernen Vorhang, der die breite Bevölkerung der UdSSR von der übrigen Welt isoliert hält. Der schon erwähnte Jewtuschenko lässt in seinem Poem *Station Sima* einen sehr einfachen Mann sagen: „Ja, wir sind heute alle Philosophen. So ist die Zeit, mein Freund. Wir denken selbst.“ Und es wird eifrig nach Zeichen gespäht, die „das Neue“, das „Unentbehrliche“ ankündigen.

„DIE SCHÖNHEIT DER SEELE IST FREI“

Zu dem jungen Aktivist Boris, von dem schon die Rede war, kam „das Neue“ in Gestalt eines aus dem Zwangsarbeitslager nach zwölf Jahren „irrtümlicher“ Internierung heimgekehrten Nachbarn. (Nach dem XX. Parteikongress wurden bekanntlich Tausende von noch am Leben gebliebenen „irrtümlich Verurteilten“ aus den sowjetischen KZ-Lagern entlassen.) Der Jüngling sucht immer wieder die Gesellschaft des älteren Mannes, dem so furchtbares Unrecht zugefügt wurde. Nach und nach fasst er den Verdacht, dass sein Vater, der einst zu den Freunden des nun rehabilitierten Boris Petrowitsch gehörte, irgendwie an diesem Unrecht mitschuldig war. Aus dem folgenden Abschnitt lässt sich vernehmen, wie das gepei-

Rassendiskriminierung in der SU

VON A. R. AMAR

Die Sowjetunion tritt in den letzten Jahren immer stärker als Protektor der farbigen Völker und insbesondere der Afrikaner auf. Mit grossem Aufwand beschuldigt ihr Propagandaapparat andere Nationen, besonders die Amerikaner, der Rassendiskriminierung und der Ausbeutung der afrikanischen Völker. Aber so wie es in der Sowjetunion einen weitverbreiteten, vom Staat und von der Sowjetpresse geförderten Antisemitismus gibt, so gibt es dort auch eine Rassendiskriminierung, die sich unmittelbar gegen Angehörige farbiger Völker, die in Russland leben, auswirkt. Insbesondere sind auch afrikanische Studenten betroffen, die aus politischen Gründen mit Stipendien an sowjetische Hochschulen geholt wurden, dort aber unter der Rassendiskriminierung leiden.

Ein überaus beachtenswertes Dokument, das Licht auf diese Zustände wirft, hat im September der Exekutivausschuss der afrikanischen Studentenvereinigung in Moskau der Weltöffentlichkeit übergeben. Die Zeitungen des Westens haben über dieses Dokument berichtet. Seiner besonderen Bedeutung wegen wird nunmehr der volle Wortlaut – unredigiert – veröffentlicht.

Der Exekutivausschuss der afrikanischen Studentenvereinigung in Moskau erlaubt sich im Namen aller loyalen Afrikaner, die Aufmerksamkeit aller afrikanischen Regierungen auf den Betrug, die Drohungen, den Druck, die Brutalität und die Diskriminierung zu lenken, mit der die sowjetische Verwaltung und Führung afrikanische und andere ausländische Studenten in der UdSSR so oft behandelt hat. Wir wollen auch die grosse Gefahr hervorheben, die der Kommunismus für den wahren Afrikanismus bedeutet. Wir hassen Kolonialismus und rassische Diskriminierung in jeder Form, wo immer sie auftreten. Neue und gefährliche Formen von Kolonialismus und Diskriminierung werden von dem kommunistischen System und den sowjetischen Strategen gefördert und sie bedeuten eine

ernsthafte Bedrohung für die Zukunft Afrikas. Dieser neue Kolonialismus wird heimlich von der hinterlistigen kommunistischen Propaganda und Unterwanderung und offen durch von den Kommunisten verursachte Gewalt und Versuche, in Afrika ein Chaos zu verursachen, gefördert. Wenn die sowjetischen Führer vor der Welt als Vorkämpfer des „Unterdrückten Afrikas“ auftreten, während sie Millionen in ihrem eigenen Land und in ihren Satellitenstaaten unterdrücken, so ist das Heuchelei im schlimmsten Sinne des Wortes.

Im vergangenen Jahr ist es zu einer Reihe von Zusammenstössen zwischen den sowjetischen Behörden und afrikanischen Studenten gekommen, von denen die sowjetischen Propagandisten der Welt über ihren ungeheuren Propaganda-Apparat,

ngte menschliche Gewissen die Schale der eingedrillten Härte sprengt:

„Nein“, sagte Boris Petrowitsch beruhigend, „er hat mir nichts Böses getan.“

„Und Gutes?“

„Was meinst du?“

„Hat er etwas Gutes für Sie getan? Wenigstens ein einziges gutes Wort für Sie eingelegt?“

„Lieber Namensvetter“, begann der andere langsam, „du machst dir einfach keinen Begriff... So, wie es damals zugeht, hätten mir selbst die besten Worte nichts geholfen.“

„Gleichviel...“ Boris blickte ihn mit weit aufgerissenen, leidenden Augen an.

„Willst du damit sagen, dass es besser gewesen wäre, wenn dein Vater um meinetwillen – um eines

guten Wortes willen – eure ganze Familie in Gefahr gebracht hätte?“

„Ja, ja, ja“, die Stimme des Jungen bebte vor Schmerz, Leidenschaft, Verzweiflung. „Ja!“

Ein verwandtes Thema schlägt der auch im Westen bekannte junge Schriftsteller Jurij Nagibin in seiner Novelle *Die alte Schildkröte* an: Es ist die Geschichte der bitterlichen Reue eines Knaben, der aus schabigen Gründen ein wehrloses Geschöpf preisgegeben hat. Von seinem Gewissen gepeinigt, versteht der Sechsjährige plötzlich, dass nichts so unverzeihlich ist, wie das Vertrauen des „kleinen Bruders“ zu enttäuschen.

Es wird immer deutlicher, dass es in dem Konflikt zwischen den „revisionistischen“ Schriftstellern und der Sowjetführung nicht allein um das Recht auf freie künstlerische Entfaltung geht, sondern um einen tiefen Zusammenprall zweier

ihre eigene, die Tatsachen verdrehende Version präsentiert haben. In ihrem Bemühen, ihre Unwahrheiten glaubhaft zu machen und die afrikanischen Staatsführer zu täuschen, haben sie versucht, die Unterstützung afrikanischer Studenten in der UdSSR zu kaufen und auch anderen Druck auf die afrikanischen Studenten auszuüben, um ihre Unterstützung für die Unwahrheiten zu gewinnen. Leider haben die Sowjets in einigen Fällen damit Erfolg gehabt, aber die grosse Mehrheit der afrikanischen Studenten in der UdSSR hat sich ihre Integrität und Loyalität ihrem Mutterland gegenüber erhalten.

Die Entscheidung, die Anklage gegen den Kommunismus vor Afrika und vor der öffentlichen Weltmeinung zu erheben, wurde in einer geheimen Sitzung des Exekutivausschusses in Moskau gefällt, und zwar von Vertretern aus Algerien, Kamerun, dem Kongo, Ghana, Guinea, Kenya, Mali, Marokko, Nigeria, dem Sudan, Togo, Tunesien, der VAR und Uganda; den Mitgliedern des Exekutivausschusses wurde die Verpflichtung auferlegt, die Tatsachen darzulegen, sowie sie die Sowjetunion verlassen.

Unsere Anschuldigungen richten sich gegen die kommunistischen Führer, nicht gegen die freundliche russische Bevölkerung, der wir begegnet sind und von denen wir einige lieb gewonnen haben, und auch nicht gegen die Mutter von vier Kindern, die auf die Strasse lief, um die afrikanischen Studenten, die einen kontrollierten Stadtrundgang machten, zu begrüssen, und die beim Abschied sagte: „Berichtet euren Leuten in Afrika, dass es hier mehr Menschen zu befreien gibt als in Afrika“, und nicht gegen die grossen und kleinen Pasternaks Russlands, die mitfühlend die Bruder-

schaft der Menschen suchen. Nein, wir klagen den unheilvollen Ehrgeiz der kommunistischen Diktatur und ihren Bürokratismus an, die einem grossen Teil der Welt Angst und Schrecken gebracht haben. Die folgenden Fälle zeigen die wahre Natur der kommunistischen „Freundschaft“ für die afrikanischen Völker.

Die Geschichte von Mr. S. Omor Okullo aus Uganda ist von seinen Freunden, die in der Sowjetunion zurückblieben und erlebt haben, wie weit die Sowjetfunktionäre gehen, um jemanden, der versucht, die Wahrheit über die Sowjetunion zu erzählen, zu verleumden, ziemlich ausführlich geschrieben worden. Dabei haben Mr. Okullo und andere afrikanische Studenten nicht etwa deshalb Erklärungen vor der westlichen Presse abgegeben, weil sie ins imperialistische Lager übergetreten sind, wie die Sowjetpropagandisten behaupten, sondern weil in der Sowjetunion die freie Meinung erstickt wird, weil die servile Sowjetpresse keine abweichende Meinung veröffentlichen darf und weil in dem Possenspiel, das diese totalitäre Diktatur mit der Demokratie treibt, das Individuum nicht anerkannt wird.

Als Mr. Okullo aus der Sowjetunion „vertrieben“ wurde, forderten die zurückbleibenden afrikanischen Studenten von den Sowjetbehörden, die behaupteten, Mr. Okullo sei wegen Eigensinn, Reaktion, Spionage und Assoziierung mit westlichen Diplomaten ausgewiesen worden, eine Erklärung. Die Sowjetbehörden konnten diese Anklagen nicht begründen; dennoch wünschten sie, dass Mr. Okullo ihr Land verliess. Mr. Okullo verliess die Sowjetunion und erzählte der Welt, was er dort gesehen hat.

Daraufhin erfand die Sowjetpresse, dass Mr.

diametral entgegengesetzter Auffassungen von Gut und Böse: Den Kampfparolen der Partei wird das Gebot der Barmherzigkeit gegenübergestellt, der Lehre von der gnadenlosen Vernichtung aller, die dem Siegeszug der kommunistischen Idee im Wege stehen, wird die Verkündung des brüderlichen Dienstes an jedem Menschen, an jedem hilfsbedürftigen Geschöpf entgegengehalten. Nicht ohne Grund behaupten die tonangebenden Parteiblätter, dass diese Aufsässigen „den flammenden kommunistischen Kampfgeist und die prinzipielle Unversöhnlichkeit zugunsten der faden christlichen Nächstenliebe aufgegeben“ hätten.

Zur Liebe aber gehört die Freiheit. Denn wie Dudintzew – der Autor des Romans *Nicht von Brot allein*, der auch westlich der Elbe Aufsehen erregt hat – in seiner 1960 veröffentlichten No-

velle *Ein Neujahrsmärchen* sagt: „Die Schönheit der Seele kannst du weder kaufen noch rauben. Mit Waffengewalt kannst du niemanden zwingen, dich zu lieben... Die Schönheit der Seele ist frei“. Und in einer anderen Novelle (Nossow: „Wildenten“) sagt eine Bauersfrau zu einem Burschen, der zwei wilde Entchen gefangen hält: „Lass sie doch fliegen, gib ihnen ihre Freiheit zurück! Denn Freiheit, lieber Junge, ist wie Luft – ohne sie kann weder Mensch noch Vogel leben...“

Diese geistigen und seelischen Gegensätze vertiefen täglich die Kluft zwischen der Sowjetdiktatur und dem von ihr beherrschten Volk – eine Kluft, die ihrer Natur nach sich weder mit Raumschiffen ausfüllen noch mit Würstchenüberbrücken lässt. Dem stehen die kommunistischen Machthaber ratlos gegenüber. Dies ist ihre Achillesferse, die für sie verhängnisvoll werden kann.

Okullo wegen Nichtbestehens seiner Examina und wegen Unsittlichkeit ausgewiesen sei. Die Behauptung von Unsittlichkeit nach Whiskygenuss ist einfach nicht wahr. Alle Freunde von Mr. Okullo wissen, dass er ausser einem gelegentlichen Glas Bier überhaupt nichts trinkt. Ausserdem hat Mr. Okullo alle Examina bestanden, die er im vorigen Jahr zu absolvieren hatte, und in diesem Jahr hat er vor seiner Ausweisung keine Examina gehabt. Es stimmt, dass Mr. Okullo mit vielen anderen afro-asiatischen Studenten afrikanische und westliche Botschaften um Hilfe gebeten hat, damit sie die Sowjetunion verlassen können. In Anbetracht der ständigen Drohungen, Freiheitsverweigerungen und Beleidigungen, denen sie ausgesetzt waren, konnte das kaum anders sein. Aus Achtung vor den Sowjets hat jedoch kein westlicher Vertreter afro-asiatischen Studenten in Moskau direkt ein Stipendium gewährt; vielmehr rieten sie ihnen, von ihren jeweiligen eigenen Ländern aus ein Stipendium zu beantragen. Doch die Sowjets haben im Namen ihrer Hilfe für Afrika viele Menschen illegal in die Sowjetunion gebracht. Viele dieser Leute können jetzt, wo sie es wollen, nicht mehr zurück und die sowjetischen Propagandisten nutzen sie gegen ihren Willen aus.

Die sowjetische Propagandamaschinerie hat im Anschluss an ihre falschen Anklagen gegen Mr. Okullo verschiedene Briefe an afrikanische Führer und Organisationen geschrieben, um damit die Wahrheit zu vertuschen. Vertreter des Moskauer Rundfunks kamen zur Universität und boten grosse Geldsummen an, um die Gewissen afrikanischer Studenten gegen Okullo zu kaufen. Sie wurden von den Studenten aus dem Kongo, Kenya, dem Sudan, Mali, Togo, Uganda, Guinea, Ghana, Kamerun, der VAR und Nigeria ärgerlich zurückgewiesen, die die Wahrheit kannten und die Propagandisten beschuldigten, den afrikanischen Völkern nur weitere Unwahrheiten über den Rundfunk verkünden und so noch mehr Zwiespalt in ihren Reihen verursachen zu wollen. Schliesslich fanden die Propagandisten einen Mitläufer in der Person von Abdel Halem aus dem Sudan, der Mr. Okullo kaum kannte und auf den so lange Druck ausgeübt wurde, bis er falsche Anschuldigungen gegen ihn vorbrachte. Dann trat der sogenannte sowjetisch-afro-asiatische Solidaritätsausschuss, ein Instrument der Sowjetpropaganda, hervor mit einer verleumderischen „Pressekonferenz“, nachdem einige arabische Studenten bestochen worden waren. In dieser Konferenz war alles, was sowjetisch ist, das Beste in der Welt. Dabei versuchten viele von den Studenten, die die sowjetischen Propagandisten als „Zeugen“ benutzten, zum gleichen Zeitpunkt aus der Sowjetunion zu entkommen und Stipendien im Westen zu erhalten.

Schliesslich kauften die Sowjetpropagandisten

zwei Somali-Studenten, Mr. M. A. Dunkaal und Mr. A. M. Omer (die selbst, ohne Erfolg, versucht hatten, Stipendien für Grossbritannien zu erhalten, wo sie lieber gewesen wären), damit sie nach London gingen und vor dem „Daily Worker“ (27. 7. 60) eine falsche Erklärung gegen Mr. Okullo abgaben.

Wir könnten viele Fälle von betrügerischer kommunistischer Ausnutzung afrikanischer Studenten ohne deren Wissen oder Zustimmung anführen. Wir haben einen Fall gewählt, der vor kurzem Mr. Theophilus Okonkwo passiert ist, der gerade aus der Sowjetunion entkommen ist, um seine Geschichte zu erzählen. Anfang Juli trainierte er in der Turnhalle der Moskauer Universität und ein russischer Student fotografierte ihn in Boxerhaltung. Soweit so gut. Aber einige Wochen später legte ein Freund die August-Ausgabe von „The New Times“ vor ihn hin und sagte: „Sieh mal, was sie dir angetan haben.“ Auf einem Ganzseitenbild befand sich Mr. Okonkwo in Boxerhaltung. Aber jetzt hatten die Sowjetpropagandisten ihm einfach zerbrochene Ketten um seine Handgelenke gelegt und ein Weisser mit einer Peitsche fiel voller Angst zurück. Die Kommunisten hatten, ohne Mr. Okonkwos Wissen oder Zustimmung, diese Propagandakonstruktion in einer Anzahl von kommunistischen Zeitschriften in der Welt verbreitet. Mr. Okonkwos Proteste bei den Sowjetbehörden waren natürlich vergeblich.

Mr. Benjamin Omburo aus Kenya, der sich noch in der Sowjetunion aufhält, hat uns mutig gebeten, seine Geschichte der Welt zu erzählen. Er schrieb am 19. August einen Protestbrief an die Sowjetbehörden, aber sie haben nur kaltblütige Gleichgültigkeit gezeigt. Mr. Omburo befand sich mit einem russischen Mädchen an einer Autobushaltestelle, als, nach den Worten Mr. Omburos in dem oben angeführten Brief, „ein Polizist an uns herantrat und das Mädchen um seine Adresse bat. Da ich darüber erstaunt war, forderte ich den Polizisten auf, mich um Erlaubnis zu fragen, ob er mit dem Mädchen sprechen dürfe. Ich erklärte, dass ich Student an der Moskauer Universität sei. Ich gab ihm meine Adresse und Telefonnummer, damit er die Angaben überprüfen könnte, lehnte aber ab, ihn unnötige Fragen an das Mädchen stellen zu lassen. Schliesslich hatte das Mädchen nichts verbrochen. Sie ist eine Studentin. Der Polizist gebrauchte Gewalt, um uns zum Telefonraum zu zerren, schrieb die Adresse des Mädchens auf und riefen weitere Polizisten herbei. Sie waren feindselig, primitiv und völlig unmenschlich. Als ich geltend machte, dass das meine Angelegenheit sei und dass ich deshalb auch mit dem Mädchen zur Polizeistation zu gehen habe, prügeln, schlugen und stiessen sie mich und liessen mich nass und verschmutzt auf der Strasse zurück. Ich

habe das Gefühl, dass die Polizei die Adresse des Mädchens forderte, weil sie mit mir, einem Schwarzen, zusammen war. Denn wenn nicht deshalb, warum hält die Polizei dann nicht jedes Mädchen an, das mit einem jungen Mann zusammen ist, und fordert ihre Adresse?"

Mr. Omburo ist nicht ein isoliertes Beispiel für sowjetische Brutalität. Da gab es zum Beispiel den Fall des Studenten aus Somali, der auf einer Gesellschaft mit einem kommunistischen Studenten in Streit geriet. Der Student mobilisierte die Hilfe von drei Freunden, die mit dem Studenten aus Somali freundlich taten und ihn am Ende der Gesellschaft in ihr Zimmer baten. Ahnungslos folgte er ihnen. Sie führten ihn die Treppe hinab, wo es kein Licht gab, und schlugen ihn, bis er bewusstlos war.

Bei unserer Ankunft wurden viele von uns überschwänglich begrüßt und gefeiert, was dazu führte, dass einige von uns beeindruckt waren und Erklärungen und Rundfunkinterviews, die für die Sowjetunion günstig waren, abgaben, die wir aber bereuen lernten. Anfänglich hatten einige von uns, die von den erniedrigenden Seiten der Kolonialherrschaft verbittert waren, auf den Kommunismus als das Allheilmittel für all unsere Krankheiten gesehen. Das war, bevor wir ihn aus eigener Erfahrung kennenlernten. Unter solchen Bedingungen erzwang der sogenannte afro-asiatische Solidaritätsausschuss Versprechungen von afrikanischen Studenten und machte die vielen Fotografien, die den afrikanischen Völkern übersandt wurden, um ihre Sympathien zu gewinnen. Aber allmählich fielen die Schuppen von unseren Augen. Wir erkannten, wie sich die Haltung der sowjetischen Verwaltung uns gegenüber änderte, wenn wir zu irgend etwas „nein“ sagten oder darauf anspielten, dass nicht alles in dem Land des Marxismus-Leninismus vollkommen war.

Was für Afrika noch wichtiger ist: wir haben unter dem sowjetischen System vielfältige und tiefverwurzelte Formen der Diskriminierung erlebt. Ausländische Studenten, insbesondere Afro-Asiaten, sind haarsträubenden Erniedrigungen begegnet. Hunderte anständiger Sowjetstudenten wurden für ihre Assoziierung mit Ausländern bestraft. An der Fakultät für Chemie der Universität in Moskau erklärte Irina Alexandrowna sowjetischen Studenten, dass sie sich ihrer Intimität mit Afrikanern, die „im Westen tief unten“ seien und in die Sowjetunion gebracht worden wären, um vom sowjetischen Lebensstil beeindruckt zu werden, schämen sollten. Es sei undenkbar, dass die sowjetischen Studenten sich von solchen Leuten beeinflussen lassen sollten. Am Ersten Medizinischen Institut erklärte der Dekan Kuzin und der Leiter der Abteilung für russische Sprache den ausländischen

Studenten, dass sie in der Sowjetunion nicht wie in kapitalistischen Ländern studieren könnten, wo die Studenten auf eigene Kosten studieren und deshalb nach eigener Initiative arbeiten könnten. Die Sowjetunion finanziere ihre Studenten, damit sie das tun, was man ihnen sagt. Die Sowjetunion finanziert die afrikanischen Studenten, damit auch sie tun, was man ihnen sagt. Sie wiesen darauf hin, dass ausländische Studenten die Plätze vieler sowjetischer Studenten einnehmen, doch trotz dieser Tatsache und trotz ihrer kolonialen Unterdrückung hielten sich die ausländischen Studenten an ihre „kapitalistischen“ Ideen. Das bedeutete natürlich die Freiheit, anderer Meinung zu sein. Die sowjetischen Ehefrauen fast aller asiatischen Studenten und selbst solche von einigen Studenten aus der Tschechoslowakei und Polen erhielten nach ihrem Universitätsexamen keine Zeugnisse und keinen Arbeitsplatz. Diejenigen, die einen Antrag auf Ausreisegenehmigung aus der Sowjetunion stellten, wurden starken Druckmassnahmen einschliesslich Bestrafung von Verwandten unterworfen.

Es gibt kaum einen ausländischen Studenten, der nicht, insbesondere in seinen Beziehungen zu der sowjetischen Bevölkerung, auf die Unnachgiebigkeit der sowjetischen Verwaltung gestossen ist. Sowjetische Frauen, die mit Ausländern verheiratet sind, dürfen oft nicht mehr in ihr Land zurückkehren. Afro-Asiaten, die mit sowjetischen Staatsangehörigen verheiratet sind, bleiben in der Sowjetunion. Ein afrikanischer Student und ein sowjetisches Mädchen, die sich liebten, beantragten eine Heiratslizenz. Das Ministerium für Hochschulziehung befahl ihm, die Sowjetunion innerhalb von drei Tagen zu verlassen, und das Mädchen verschwand.

Studenten aus Ghana und Kamerun haben von russischen Studenten drohende und beleidigende Briefe erhalten. Die Universitätsbehörden, die um Rat angegangen wurden, taten nichts dagegen. Ein anderer Student aus Ghana wurde von Studentenrowdies, die der kommunistischen Jugendorganisation Komsomol angehören, so verhöhnt und verspottet, dass er eine offizielle Beschwerde bei der ghanesischen Botschaft in Moskau einlegte.

Wir haben auch beobachtet, dass die Sowjets die Chinesen, und umgekehrt, nur als „politische Brüder“ akzeptiert haben. Die vielen Tausend Chinesen in Moskau sieht man selten in der Gesellschaft von Sowjets; ausser in antiwestlichen Versammlungen verbrüdernd sie sich kaum. Wir vermögen keine tiefverwurzelten Gefühle in ihren Beziehungen zueinander zu entdecken, und, was mehr ist, die Chinesen wissen das.

Sowjetische Autoren, die über Afrika schreiben, geben der sowjetischen Bevölkerung ein falsches

Bild von der Lage in Afrika, um so deren Glauben an das System zu stärken. Professor Potechin, der sogenannte sowjetische Afrikaner, gibt in seinem Buch über Ghana, das er nach einem 14-tägigen Besuch des Landes geschrieben hat, ein so falsches Bild von Ghana und offenbart eine solche Unkenntnis der afrikanischen Situation, dass westafrikanische Studenten extra aus London nach Moskau kamen, um ihn zu korrigieren. Aber weder die sowjetische Presse noch Professor Potechin selbst nahmen von ihren Bemerkungen irgendwelche Notiz. Dieselben sowjetischen Korrespondenten bereisten ungehindert Senegal, und Herr Wolowitsch verglich in der „Wetschernaja Moskwa“ vom 10. August die Afrikaner aus Senegal mit Schimpansen, die er im Zoologischen Garten in Dakar gesehen hat, und er behauptete, die grosse Masse sei arm und krank. Dabei verweigern die Sowjetbehörden Besuchern den Zutritt zu den übelriechenden Slums in ihrem eigenen Land, wo Armut, Krankheit und Unwissenheit in Überfluss vorhanden sind. Statt dessen halten sie Schaukästen für die Besucher bereit, die nach Hause zurückkehren, ohne die Sowjetunion so gesehen zu haben, wie sie wirklich ist. Die Sowjets exportieren Propagandaschriften in jedes Land der Welt, aber sie verbieten die freie Einfuhr ausländischer Literatur in ihr eigenes Land: wahrlich „Koexistenz“!

Der Höhepunkt der Diskriminierung wurde erreicht, als die sowjetischen Behörden ihren Plan einer „Freundschafts-Universität“ verkündeten. Eine eigene Universität für Afrikaner, Asiaten und Lateinamerikaner ist eine Beleidigung für diese Menschen; sie verletzt die traditionelle Vorstellung, dass eine Universität eine für alle offene Lehranstalt ist, und zwar unabhängig von Rasse, Religion und Herkunft der Studenten. Wir betrachten dies nicht nur als einen Versuch, die Studenten zu trennen und ihnen einen niedrigeren Grad an Erziehung anzubieten, sondern wir halten es auch für einen weiteren Versuch, das sowjetische Volk vom Kontakt mit den Ausländern fernzuhalten. Wir betrachten diesen Vorschlag als einen Propagandatricks, der die Meinung afrikanischer Führer in den Wind schlägt. Wir Afrikaner wollen Universitäten in unseren eigenen Ländern – Universitäten mit afrikanischen Traditionen und afrikanischer Gesinnung. Wir können nicht ewig in kalte Länder reisen und lange Jahre von Zuhause fort sein. Wenn die afrikanischen Regierungen ihre Studenten in die Sowjetunion schicken müssen, so sollten sie in Verträgen die Bedingungen festlegen, unter denen diese Studenten studieren, damit sie nicht dem unbilligen oder erniedrigenden Druck der Sowjetbehörden ausgesetzt werden.

Seht euch in der Welt von heute um – wo immer

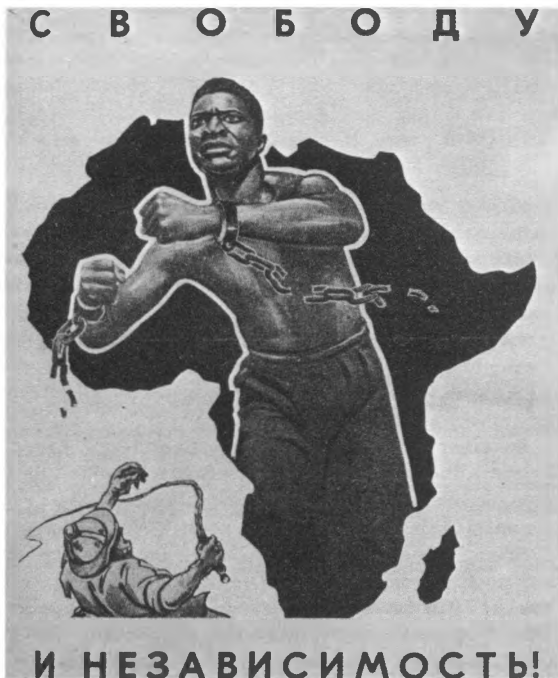
kommunistische Maschinengewehre gedonnert haben, sind die Kommunisten geblieben, haben sie ausgebeutet. In keinem einzigen Land ist der Kommunismus frei in die Regierung gewählt worden. Die neue kommunistische Form des „Kolonialismus“ ist in ihren europäischen Satelliten klar gekennzeichnet. Der mutige Widerstand der Ostdeutschen und der Ungarn gegen sowjetische Panzer ist unvergesslich. Dass die Kommunisten ihre Hand im Kongo-Chaos haben, ist offensichtlich geworden.

Wir betrachten es als unsere Pflicht, die afrikanischen Führungskreise vor dem Kommunismus und seinen Gefahren zu warnen. Der Kommunismus versucht heimlich, Afrika zu durchdringen; die Infiltration wird mit Nachdruck vorangetrieben und ihr muss jetzt entgegengetreten werden. Es muss zugegeben werden, dass Afrika lange Zeit kaum mit den Kommunisten in Berührung gekommen ist – daher ist es nur natürlich, dass wir, ehe wir uns mit ihnen einlassen, ihre Geschichte studieren, ihre Methoden kennenlernen und ihre Sprache verstehen lernen, damit wir gewappnet sind, ihnen zu begegnen. Wir haben sprechende Beispiele dafür erlebt, was für Gefahren man ausgesetzt ist, wenn man mit den Kommunisten, statt auf der Basis ihrer eigentlichen Motive und dessen, was sie wirklich sind, auf der Basis ihrer Propaganda verhandelt.

Afrikanische Studenten, die die sowjetische Strategie studiert haben, haben erkannt, dass diese nur ihren eigenen Profit und ihre Machtinteressen sieht und dass die kommunistische „Freundschaft für Afrika“ – Phrasen, leere Propaganda, bar jeden Ernstes und jeder Echtheit sind. Als Begründung brauchen wir nur an das zu erinnern, was zwischen dem Präsidenten der VAR Nasser und Premier Chruschtschow geschah, als ersterer sich weigerte, im kommunistischen Kielwasser zu steuern. Wir erinnern an die kommunistische Reaktion den afrikanischen Studenten gegenüber, die sich weigerten, Moskaus afroasiatischen „Solidaritäts“-Protest zu unterzeichnen, der Präsident Nasser verurteilte. Wir erinnern daran, dass die sowjetischen Behörden afrikanischen Studenten die Erlaubnis verweigerten, gegen die französischen Atombombenversuche in der Sahara zu protestieren. Die Kommunisten verboten uns zu demonstrieren, weil damals Chruschtschow seinen Besuch nach Frankreich vorbereitete, mit dem er versuchen wollte, einen Keil zwischen die westlichen Mächte zu treiben und wirtschaftliche und politische Konzessionen von Frankreich zu erpressen. In allen unseren Heimatländern und in vielen anderen Ländern der Welt wurden Protestdemonstrationen abgehalten; nur wir, die wir uns im Land der marxistisch-leninistischen Gerechtig-

keit – „dem Land von Afrikas grössten Freunden“ – befanden, durften nicht demonstrieren.

Es ist kaum zu bezweifeln, dass die Kommunisten von dem unheilvollen Ehrgeiz nach Welt-eroberung erfüllt sind. Daraus ergibt sich die Frage: Sollen wir eine neue Teilung und Beherrschung Afrikas durch ausländische Ideologien



und Interessen zulassen? Müssen wir uns in dem Vertrauen, das wir zum Wiederaufbau Afrikas brauchen, von Philosophien leiten lassen, die von ausserhalb Afrikas inspiriert werden?

Eins ist klar, wir wollen den Kommunismus nicht in Afrika; wir können keiner Organisation ergeben sein, die die Afrikaner pervertieren würde. Wir brauchen in unserem Kampf für Freiheit, Respekt und Zufriedenheit die Unterstützung aller Völker, die guten Willens sind. Wir wollen die Unterstützung jedoch um der Gerechtigkeit unserer Sache willen und nicht als Gegengabe für unsere Unterwerfung. Freie afrikanische Staaten können ihre Mittel und Kräfte zusammentun, um anderen noch gefesselten afrikanischen Ländern zu helfen, ihre Freiheit zu gewinnen. Wir wollen keine Korea-

Vietnam-, Indochina- und andere Trennungslinien in Afrika. Wir wollen eine Zone unseres eigenen Einflusses und unserer eigenen Kultur schaffen. Wir können mit Kolonialismus und Imperialismus, in welcher Gestalt auch immer sie auftreten mögen, keinen Kompromiss schliessen, und wir können weder Gewalt noch Betrug, Subversion und Terrorismus als Mittel zur Verbreitung von Ideologien dulden. Wir wollen keinen Kulturaustausch, der den Kommunisten gestattet, in anderen Ländern Propaganda zu machen und Verwirrung zu stiften, während sie selbst ihre Leute von Kontaktaufnahme und freier Information isolieren. Wir sind schärfstens dagegen, dass das Personal afrikanischer Botschaften in der Sowjetunion mit sowjetischen Agenten durchgesetzt wird, während sowjetische Botschaften keine Ausländer beschäftigen, und man dürfte den Sowjets keinesfalls gestatten, unsere geheimen Geschäfte zu führen. All dies fordert auf dem Gebiet der Diplomatie und der auswärtigen Beziehungen sofortige Koordination und Zusammenarbeit zwischen den afrikanischen Völkern. Die Ausbildung von Neusprachlern und Diplomaten muss beschleunigt und umgehend in grosszügigem Rahmen gehandhabt werden. Eine afrikanische Akademie für Rechtswissenschaften und Diplomatie ist eine unerlässliche Notwendigkeit.

Wir haben uns dem Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus verschrieben, aber sollten wir dann den Kommunisten erlauben, das Problem zu verwirren, mehr Unruhe zu stiften und mehr Blutvergiessen bei uns zu verursachen? Gewinnen wir unsere Freiheit, damit wir sie den Strategen des Kremls verkaufen? Gott bewahre uns davor!

Die afrikanischen Führer werden selbst über die Annehmbarkeit von Regimen urteilen, die aus Gewalt und Blutvergiessen entstanden sind und die Gewalt und Blutvergiessen benutzen, um an der Macht zu bleiben; sie werden den Gewinn eines Systems wägen, das die afrikanische Philosophie und Führerschaft verachtet und das die Reste des heiligen Erbes afrikanischer Kultur für immer zu unterdrücken sucht. Wir bestätigen erneut unser Vertrauen in die afrikanische Führerschaft und die afrikanische Lebensart.

Für den Exekutivausschuss der afrikanischen Studentenvereinigung in der UdSSR

gez. A. R. Amar aus Uganda

Volk in Glaubensnot

Der Kampf gegen die Religionen in der UdSSR

VON RAOUL JOURDAN

Der Kampf zur Ausrottung religiösen Glaubens in der Sowjetunion, ein Kampf, so alt wie die Novemberrevolution selbst, hat von allen nachrevolutionären Massnahmen den weitaus schlechtesten Erfolg gehabt.

Trotz einer nun schon vier Jahrzehnte dauernden intensiven Propaganda, trotz der antireligiösen Gesetzgebung und der strikten Durchführung dieser Gesetze und trotz Dezimierung der Prediger und Gebetshäuser ist der Glaube unter der Bevölkerung der Sowjetunion nicht auszurotten.

Wie weit das Festhalten der Völker an den Religionen der Väter verbreitet ist, wird immer wieder von Besuchern der Sowjetunion bestätigt, die sich durch den Augenschein davon überzeugen konnten, dass die Gottesdienste stets gut besucht sind. Einen noch besseren Beweis für diese Tatsache dürfte die Einführung zweier neuer „Waffen“ zur Intensivierung und Aktivierung des Atheismus“ darstellen:

Eine dieser Massnahmen war die Herausgabe des *Begleiters des Atheisten*, eines 544 Seiten starken Handbuchs für Funktionäre, deren Aufgabe „die Bekämpfung religiöser Überreste“ im Volk ist; eine weitere die wenige Monate vorher erfolgte Einführung der in Moskau gedruckten Monatschrift *Wissenschaft und Religion*. Beide Publikationen wenden sich an dasselbe Publikum und verfolgen im grossen und ganzen auch dieselben Ziele.

Der „Begleiter des Atheisten“ wurde in einer Auflage von 175 000 Exemplaren gedruckt und 1960 innerhalb der Sowjetunion verteilt. Er enthält Artikel und Essays von 31 Schriftstellern und Publizisten, die mit dem Museum für Religionsgeschichte und Atheismus, einer Abteilung der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, zusammenarbeiten. Praktisch ist es das erste zusammenfassende Nachschlagewerk über Religion, von dessen Erscheinen in der UdSSR man weiss.

Der „Begleiter“ greift das Problem der Religionsausrottung von der statistischen, philoso-

phischen und analytischen Seite her auf. Er enthält historische Erläuterungen der Grundsätze aller wichtigen Weltreligionen. Der Gehalt religiöser Feiertage und Rituale wird als Aberglaube und Restbestand heidnischer Kulte erklärt. Die Anhänge enthalten eine Auswahl antireligiöser Bekundungen bekannter Männer und witzelnde Bemerkungen über die verschiedenen Glaubensgemeinschaften.

In einer Statistik gibt der „Begleiter“ Einzelheiten über die drastisch eingeschränkte Religionsausübung in der Sowjetunion. 1914 zum Beispiel gab es in Russland noch 77 767 orthodoxe Kirchen, Kapellen und Bethäuser, zur Zeit sind es nur noch ungefähr 20 000. Die Zahl der Popen sank von 117 916 im Jahre 1914 auf etwa 30 000 heute. Von 1025 orthodoxen Klöstern existieren, wie es im „Begleiter“ heisst, gegenwärtig „immer noch über 50“.

Weitere Zahlenangaben über andere einst in Russland verbreitet gewesene Religionen sind – mit Ausnahme der Angaben über den Buddhismus – zwar völlig unzulänglich, doch ist ihnen klar zu entnehmen, dass alle Glaubensrichtungen gleichmässig gelitten haben. Zu dem unter den Kalmücken und Burjäten verbreiteten Buddhismus zum Beispiel gibt der „Begleiter“ an, dass von den 1916 vorhandenen 96 buddhistischen Klöstern mit über 18 000 Lamas „nur eine unbedeutende Anzahl von Klöstern mit drei oder vier Dutzend Lamas“, so heisst es wörtlich, „übriggeblieben sind“.

Wenn man bedenkt, dass es 1920 etwa 20 Millionen Moslems in der Sowjetunion gegeben hat, so sind die Angaben über diese Glaubensrichtung von bemerkenswerter Oberflächlichkeit. Kein Wort von den Aufständen mohammedanischer Gruppen gegen die kommunistische Herrschaft von 1918 bis 1950, keine Bemerkung darüber, dass die Bestrafung in Form von Verhungernlassen und Nichteindämmung von Epidemien und schliesslich von Massendeportation nach Kasachstan und in die Kirgisische Steppe erfolgte – lediglich die

Schlussfolgerung aus dem wenigen Gesagten: „In der UdSSR ... existiert der Islam noch als ein Überbleibsel einer jener ideologischen Formen der Gesellschaft, deren Grundlage die Ausbeutung war.“

Der „Begleiter“ spart nicht mit Versuchen, die Tatsache, „dass der Glaube in einer sozialistischen (kommunistischen) Gesellschaft immer weiterlebt“, wegzuerklären. Er zitiert die Hartnäckigkeit von „Gewohnheit und Tradition“, das unzureichende Wissen über die marxistische „Gesetzlichkeit der Entwicklung von Natur und Gesellschaft“ und die Existenz der „feindlichen kapitalistischen Systeme“ als Gründe dafür.

Als wichtigstes Faktum jedoch greift das Buch die „Taktiken des Klerus“ an. Es heisst darin, dass die Prediger ihre Aktivität in dem Masse intensiviert hätten, in dem ihre Zahl zurückgegangen sei, wodurch die numerische Reduzierung weitgehend wettgemacht worden wäre.

Auch die Unzulänglichkeit vieler Parteimitglieder selbst wird angeführt: „Es gibt Kommunisten, die sich aus dem atheistischen Kampf zurückzogen und eine versöhnlerische Haltung einnehmen... Man kann viele Beispiele von Parteimitgliedern anführen, die völlig indifferent bleiben und zuschauen, wie Priester und Sektierer das Volk verdummen. Manchmal beteiligen sich diese Kommunisten sogar...“

Nun, wie sehr die Erklärungen für das „Überdauern des Glaubens“ auch an den Haaren herbeigezogen sein mögen, von einer unbestreitbaren Wahrheit wird keinerlei Notiz genommen, nämlich von der Tatsache, dass seit der Revolution immerhin zwei neue Generationen in den Schulen atheistisch und antireligiös erzogen worden sind, woraus sich für jeden unvoreingenommenen Menschen – nicht so für die Verfasser des „Begleiters“ – ergäbe, dass im Individuum eben irgendwelche – staatlich nicht kontrollierbare – Kräfte leben, die eines metaphysischen Bezugs zum Leben bedürfen.

Anders als beim „Begleiter des Atheisten“ ist die Tönung des Inhalts in der Monatszeitschrift „Wissenschaft und Religion“. Sie passt ihre Färbung jeweils dem opportunen Trend der Partei an, der mit der Stabilität oder Labilität des Augenblicks wechselt. Im Augustheft 1960 zum Beispiel kommt ein militanter Atheist zu Wort, der sich in einem Leserbrief beschwert, dass seine Frau noch immer in die Kirche gehe und Gegenstände ihrer religiösen Verehrung sogar in die gute Stube stelle. Er erhält den wohlmeinenden Rat, seine

Frau nicht zum Atheismus zu zwingen, sondern ihr „mit Geduld auseinanderzusetzen, wie schädlich Religion“ sei.

Weniger zurückhaltend äusserte sich das Blatt einige Monate später über die Eltern, die in die Herzen ihrer Kinder noch immer „die giftige Saat des Glaubens säen“. „So etwas kann man nicht tolerieren“, wurde gewarnt. „Es ist für alle Mitglieder der sowjetischen Gesellschaft notwendig, sich zur Verteidigung der Kinder zu erheben, um das Netz zu zerstören, das die Fischer nach jungen Seelen auslegen.“

In anderen Artikeln werden die Leser stets mit den neuesten Methoden zur Verbreitung des Atheismus vertraut gemacht. Im Juni 1960 beschrieb ein Redakteur der Jugendzeitung *Pionerskaja Prawda* in „Wissenschaft und Religion“, in welcher Weise sein Blatt die atheistische Belehrung der Kinder zu verbessern gedenke: „Die anti-religiöse Propaganda der Zeitung wird aktiviert. Wir beabsichtigen, eine breite Schicht der Öffentlichkeit gegen solche Gläubige und Pfarrer aufzubringen, die die Kinder zum Kirchengang und zur Beachtung kirchlicher Feste veranlassen und versuchen, sie dergestalt von der Schule und von ihrem Pionier-Kollektiv zu isolieren.“

Die kommunistischen Funktionäre haben weitere Techniken entwickelt, um der atheistischen Lehre mehr Geltung zu verschaffen. So haben sie zum Beispiel mobile „Atheisten-Klubs“ gegründet, die durch Dörfer und Städte reisen und Literatur zur Verhütung der „Religionskrankheit“ unter der Jugend verbreiten. In den Groszstädten leiten Lektoren „von höchstem Niveau“ Diskussionen über atheistische Gedankengänge.

Aber auch die alten Methoden des Religionskampfes werden weiterhin angewandt: Im letzten Jahr wurden 36 Studenten vom Pädagogischen Institut in Tula relegiert, weil sie sich der Religion zugewandt hatten. Weitere 27 wurden verwahrt. Im September 1960 berichtete die sowjetische Gewerkschaftszeitung *Trud* über die Sitzung des Arbeitskomitees eines Elektrizitätswerkes, auf der beschlossen worden war, einen betriebszugehörigen Gewerkschaftsfunktionär seiner Ämter zu entheben. In dieser Sitzung, meldet „Trud“, sei starkes Befremden darüber zum Ausdruck gebracht worden, dass dieser Funktionär seiner Frau gestattet habe, zu beten, einer seiner Töchter erlaubt habe, in ein Kloster einzutreten und nichts dagegen unternommen habe, dass seine beiden jüngsten Kinder im Glauben an Gott erzogen werden. Über die Glaubensrichtung des Funktionärs selbst fiel in der Diskussion kein Wort.

Politische Pilgerfahrten

Die Rolle der orthodoxen Kirche in der Aussenpolitik der SU

VON A. T. S.

In der Zeit vom 25. November bis 30. Dezember 1960 bereiste der Patriarch von Moskau und ganz Russland Alexej den Nahen und den Mittleren Osten. In seiner Begleitung befand sich eine ganze Reihe von führenden Würdenträgern und Zivilpersonen, unter denen vor allem hervorzuheben sind: der Vorsitzende der Kommission für zwischenchristliche Beziehungen der Russischen Orthodoxen Kirche, der Metropolit von Krutizk und Kolomensk Pitirim; der Vorsitzende der Abteilung für auswärtige kirchliche Beziehungen der Russischen Orthodoxen Kirche, der Metropolit von Jaroslawl und Rostow Nikodim; der Verwalter der Angelegenheiten des Moskauer Patriarchats, Bischof Pimen; der Rektor der Moskauer theologischen Akademie, Erzpriester K. I. Rushizkij; der Professor der Leningrader theologischen Akademie N. D. Uspenskij, einer der wichtigen Funktionäre des „Weltfriedensrates“.

Die Reise wurde mit einem Flugzeug vom Typ Il-18 („Iljuschin“) unternommen, das zu diesem Zweck von der Sowjetregierung zur Verfügung gestellt worden war. Nach einer Meldung des Regierungsblattes *Iswestija* vom 26. 11. 1960 waren vorerst nur Ägypten, Syrien, der Libanon und Jordanien als Reiseziel vorgesehen. Der Patriarch Alexej suchte dann aber auch die Türkei und Griechenland auf.

Allein schon der Umstand, dass die sowjetische Presse – so die *Iswestija* am 26. November und am 4., 16. und 31. Dezember – in ihren Berichten den Zweck dieser Reise immer wieder anders definierte – so wurde aus einer „Pilgerfahrt“ des russischen Patriarchen eine „Delegation der Russischen Orthodoxen Kirche“ und schliesslich ein „Freundschaftsbesuch“ –, illustriert die Tatsache, dass besondere aussenpolitische und zwischenkirchliche Ziele mit dem Besuch des Heiligen Grabes verknüpft waren.

Auch der Zeitpunkt der Reise ist in diesem Zusammenhang nicht ohne Bedeutung. Er fiel mitten in eine Periode erhöhter Aktivität der Weltkirchen. So wurde Anfang August 1960 in Schottland die XIII. Tagung des Ökumenischen Rates abgehalten, der neben den evangelischen auch einen Teil der orthodoxen Kirchen vereinigt, wobei ein Beobach-

ter des Moskauer Patriarchats anwesend war; im Dezember dieses Jahres wird in Delhi die 3. Generalversammlung der ökumenischen Bewegung stattfinden, während im Sommer 1961 auf der Insel Rhodos eine Konferenz aller orthodoxen Kirchen abgehalten werden soll; 1962 schliesslich soll dann in Rom das ökumenische Konzil zusammen-treten. Darüber hinaus ist für die nächste Zukunft ein christlicher Weltkongress „zur Verteidigung des Friedens“ als eine freilich rein politische Aktion des Weltfriedensrates geplant. Da der politische Sinn dieser letzten Aktion in einer Versammlung von Christen aller Konfessionen und aus der ganzen Welt liegt, ist es nur selbstverständlich, dass den Vertretern des Moskauer Patriarchats dabei die Rolle der offiziellen kirchlichen Gastgeber zufallen wird.

Ihrer aussenpolitischen Zielsetzung nach kann die Reise des Patriarchen Alexej in zwei Abschnitte unterteilt werden: in den Besuch der höchsten orthodoxen Würdenträger des Nahen Ostens sowie den Besuch der Türkei und Griechenlands. Zu dem ersten Abschnitt der Reise gehörten die Beratungen mit dem Patriarchen von Alexandrien und ganz Afrika Christophorus II., die Visite bei dem Patriarchen der Koptischen Kirche Kiril VI., der Besuch bei dem orthodoxen Patriarchen von Jerusalem Benedikt in Jordanien und der zweiwöchige Aufenthalt als Gast des Patriarchen von Antiochien und des ganzen Ostens Theodosius VI.

Während dieses Abschnittes seiner Reise wurde Patriarch Alexej von den offiziellen Vertretern der Vereinigten Arabischen Republik mit grossem Gepränge empfangen. Ausser Damaskus und dem syrischen Teil der VAR hatte der Patriarch auch den Libanon besucht, wo er in Beirut von Ministerpräsident Saeb Salam und anderen Mitgliedern der Regierung empfangen wurde. Wie die *Iswestija* am 16. 12. 1960 zu berichten wusste, fand dort zu Ehren des Patriarchen ein grosser Empfang statt, an dem neben bedeutenden Vertretern von Staat und Gesellschaft auch namhafte Vertreter der mohammedanischen Geistlichkeit des Libanon teilnahmen. Bei diesen Anlässen zeichnete der Patriarch viele geistliche und zivile Personen

mit dem Orden der Russischen Orthodoxen Kirche, dem „Stern des Heiligen Wladimir“, aus.

Im Sinne der aussenpolitischen Zielsetzungen des Kreml gelang es Patriarch Alexej gerade in Damaskus, die grössten Erfolge zu erzielen. Zusammen mit dem Patriarchen von Antiochien, Theodosius VI., veröffentlichte er hier ein offizielles Kommuniqué mit ausgesprochen politischem Inhalt. Darin heisst es unter anderem:

„Unsere Grundhaltung christlicher Liebe verpflichtet uns, alles zu verurteilen, was den Hass unter den Völkern schürt und die Menschheit einem neuen Weltkrieg entgegentreibt, und umgekehrt alle Massnahmen zu segnen, die auf die Erhaltung des Friedens zwischen den Menschen und den Völkern gerichtet sind... Wir verurteilen auf das entschiedenste alle Äusserungen des Kolonialismus als dem Geist und dem Wort des Gottesgesetzes zuwiderlaufend.“ (*Iswestija* vom 16. 12. 1960)

Beide Patriarchen unterstreichen, dass sie „die Ideen des Verbots der Anwendung von Kernwaffen teilten“ und die Verwirklichung dieser Ideen sie mit der Hoffnung erfülle, dass die Zeit kommen werde, in der „die Völker die Schwerter zu Pflugscharen und die Lanzen zu Sicheln umschmiedeten“ würden.

Ziel des ersten Abschnittes der Reise des Patriarchen war also eine religiöse Manifestation in den arabischen Ländern, durch welche die bedeutende Rolle und die „völlige Freiheit“ der Kirche in der Sowjetunion demonstriert werden sollte. Auch wurde eine Proklamation der Hauptthesen der sowjetischen Aussenpolitik in Gemeinschaft mit hohen kirchlichen Würdenträgern des Auslandes angestrebt und versucht, deren Unterstützung für den Anspruch Moskaus zu gewinnen, die führende Rolle innerhalb der Orthodoxie zu spielen und die orthodoxen Kirchen unter der Führung Moskaus in einer Abwehrfront gegen die katholische Kirche zu einen.

Die traditionelle, gegen den Vatikan gerichtete Kirchenpolitik der Russischen Orthodoxen Kirche wird von der Sowjetführung – die in der katholischen Kirche einen der gefährlichsten Feinde der materialistischen Weltanschauung sieht, einen Feind dazu, der auf dem Standpunkt einer prinzipiellen Ablehnung des Kommunismus steht – ausserordentlich geschickt ausgenutzt. In ihrem von der Sowjetführung stimulierten Kampf gegen den Vatikan greift die Moskauer Orthodoxe Kirche nicht selten zu unwürdigen Mitteln.

So wird zum Beispiel in einem Artikel eines Dozenten der Leningrader theologischen Akademie, der in Heft 11/1960 der *Zeitschrift des Moskauer Patriarchats* veröffentlicht wurde, durch Fälschung

historischer Tatsachen eine religiöse und politische Diskreditierung der katholischen Kirche versucht. Dem Vatikan wird dabei enge Zusammenarbeit mit den Faschisten im Zweiten Weltkrieg vorgeworfen. Ausserdem wird der Vatikan zu einem der Hauptverantwortlichen an den internationalen Spannungen nach dem Krieg erklärt. Der amerikanische Kardinal Spellman wird dabei „enger Beziehungen zu den Goldtresors der Wall Street“ und der Segnung des Spionagefluges des Piloten Power beschuldigt. In dem Artikel wird die These vertreten, dass „Gesetzgebung und Propaganda des Vatikans dem Kampf der Menschheit für einen dauerhaften Frieden in der Welt und für eine gegenseitige Freundschaft zwischen den Völkern weiterhin ablehnend gegenüberstehe“. Dabei muss noch betont werden, dass der Verfasser des Artikels, Dozent A. Schischkin, einen Monat davor zum verantwortlichen Redakteur der „Zeitschrift des Moskauer Patriarchats“ ernannt worden war.

Im Sommer des Jahres 1960 haben in der Leitung des Moskauer Patriarchats erhebliche Veränderungen stattgefunden. Der Metropolit von Krutizk und Kolomensk, Nikolai, der 17 Jahre lang eifrig und widerspruchslos alle aussenpolitischen Auflagen des Kremls erfüllt hatte, legte seine kirchlichen Ämter nieder. Die Leitung der Abteilung für auswärtige kirchliche Beziehungen übernahm im Juni 1960 der 31jährige Erzpriester Nikodim, der gleichzeitig zum Bischof von Podolien ernannt wurde.

Nach den Veränderungen in der aussenpolitischen Leitung des Moskauer Patriarchats wurde im September 1960 auch dessen Verlagsleitung völlig neu besetzt. Die allgemeine Leitung des kirchlichen Verlages wurde ebenfalls dem Bischof Nikodim anvertraut, der zugleich Vorsitzender des Redaktionskollegiums der *Zeitschrift des Moskauer Patriarchats* und der jährlich erscheinenden *Theologischen Arbeiten* („Bogoslowskie trudy“) wurde. Die Vereinigung der Leitung zweier wichtiger Sparten, der Aussenpolitik und der Publizistik, in den Händen eines jungen Bischofs kann angesichts der beiden greisen höchsten Würdenträger – des 83jährigen Patriarchen und des 73jährigen Metropoliten von Krutizk und Kolomensk Pitirim – kaum etwas anderes bedeuten als die Vereinigung der wesentlichen Kontrollfunktionen in den Händen eines vom Standpunkt der Sowjetführung zuverlässigen Mannes. (Der Bischof Nikodim – Boris Rotow – hat eine glänzende Karriere hinter sich. Als 17jähriger Student des Pädagogischen Instituts von Rjasan nahm er die Mönchskutte. Im Jahre 1955 absolvierte er extern die Leningrader theologische Akademie und erwarb den Grad eines Kandidaten der Theologie. In den Jahren 1957 bis 1959 war Nikodim zuerst Mitglied und dann Leiter der Geistlichen Mission der Russischen Orthodoxen Kirche in Jerusalem.) –



Immer noch wird das Osterfest von den Gläubigen im sowjetischen Machtbereich feierlich begangen. Nach altem Brauch werden die geschmückten Osterkuchen durch den Priester geweiht (links oben). In feierlicher Prozession umschreitet die hohe Geistlichkeit während der Osternachtfeier die Moskauer Kathedralekirche (links unten). Draussen auf dem flachen Land freilich verfallen die schönen alten Kirchen (Bild unten), während die Gläubigen oft gezwungen sind, ihre Gottesdienste in Bebeltsräumen abzubalten.



Neben den unbestrittenen Erfolgen, die Patriarch Alexej und seine Begleiter während des ersten Reiseabschnittes zu erzielen vermochten – sowohl im Sinne rein kirchlicher Zielsetzungen als auch im Rahmen der ihnen vom Kreml erteilten aussenpolitischen Auflagen –, nehmen sich die Ergebnisse des Besuches in der Türkei und in Griechenland etwas bescheidener aus.

In Istanbul besuchte Patriarch Alexej den Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Athinogor, der in der orthodoxen Welt als „der älteste der Verehrung nach“ gilt. Obwohl die Moskauer Orthodoxe Kirche bereits seit einigen Jahrhunderten – seit 1589 – eine autokephale Kirche ist, gilt sie gegenüber der Byzantinischen Kirche, deren nomineller Erbe der Patriarch von Konstantinopel ist, als eine Tochterkirche. Mit seinem Besuch bei Athinogor nun verfolgt Patriarch Alexej mehrere Ziele. Einerseits versuchte er die Initiative der Einberufung der Allorthodoxen Konferenz auf Rhodos an sich zu reißen, wobei er die grossen Geldmittel des Moskauer Patriarchats ins Feld führen konnte, andererseits aber warb er für die Anerkennung der Priorität der Moskauer Orthodoxen Kirche als „der mächtigsten der Zahl der Gläubigen nach“. Darüber hinaus versuchte Alexej, den Patriarchen von Konstantinopel der Neigung zu einer Politik der Annäherung an Rom verdächtigen und ihn für eine prononciert gegen die Tätigkeit der römisch-katholischen Kirche gerichtete orthodoxe Einheitsfront gewinnen zu können. In allen diesen Bestrebungen erlebte die Moskauer Delegation jedoch eine Niederlage; der einzige Punkt, über den eine Vereinbarung getroffen werden konnte, betraf die gemeinsame Durchführung der Konferenz auf Rhodos im Sommer 1961.

Der Misserfolg in Istanbul ist auch dem Wortlaut des Berichtes über die Reise des Patriarchen zu entnehmen: Alle von Alexej besuchten Würdenträger werden mit ihrem vollen Titel aufgeführt, während Athinogor, ohne jeglichen Hinweis auf seinen Haupttitel eines Ökumenischen Patriarchen, lediglich als Patriarch der Konstantinopler orthodoxen Kirche bezeichnet wird.

Das Fiasko von Istanbul konnte bis zu einem gewissen Grad durch den Besuch in Griechenland ausgeglichen werden. Auf dem Flughafen wurde die Moskauer Delegation nicht nur von dem Gastgeber – dem Erzbischof von Athen und ganz Hellas, Theoklit – und den Mitgliedern der Synode der griechischen orthodoxen Kirche, sondern auch von dem Gesandten der UdSSR in Griechenland, Sergejew, und den Diplomaten aus den Ländern des Sowjetblocks empfangen. In dem Kommuniké, das nach Beendigung des Besuches gemeinsam von Patriarch Alexej, dem Erzbischof Theoklit und

der griechischen Synode veröffentlicht wurde, wird unterstrichen, dass man auch weiterhin bestrebt sein wolle, die Einheit der russischen und der griechischen Kirche zu festigen, weil in ihr „eine Garantie für den Erfolg der gemeinsamen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in der Welt“ zu sehen sei. In dem Kommuniké wird darüber hinaus erklärt, dass zwischen der griechischen und der Moskauer Kirche volle Übereinstimmung „in der Treue zu den Prinzipien der Orthodoxie und der Unverbrüchlichkeit von deren Institutionen“ bestehe. Zwischen den beiden Kirchen wurde ferner für die Zukunft ein ständiger Austausch von Geistlichen vereinbart.

Der Erzbischof Theoklit wurde ebenfalls, wie viele Würdenträger der östlichen Orthodoxie, mit dem höchsten Orden der Russischen Orthodoxen Kirche ausgezeichnet und ausserdem nach Moskau eingeladen. Auf dem Rückflug von Athen nach Moskau wurde der Patriarch von dem Gesandten der Sowjetunion in Griechenland, Michail Sergejew, begleitet.

Die personellen Veränderungen in den Schlüsselpositionen des Moskauer Patriarchats haben die aussenpolitischen und zwischenkirchlichen Beziehungen der Russischen Orthodoxen Kirche erheblich aktiviert. Denn neben den geschilderten Bemühungen um andere orthodoxe Kirchen muss auch die Politik gegenüber dem Weltkirchenrat der Ökumenischen Bewegung hervorgehoben werden. Im Jahre 1948 hat die Russische Orthodoxe Kirche auf dem Ökumenischen Kongress in Amsterdam ihre Teilnahme an der Ökumenischen Bewegung, in der neben den evangelischen Kirchen Westeuropas und der USA auch die Anglikanische und einige orthodoxe Kirchen vereinigt sind, mit dem Hinweis abgelehnt, dass „diese Bewegung antidemokratische und nicht kirchliche Ziele verfolge“. In den fünfziger Jahren jedoch hat das Moskauer Patriarchat in seinem Bestreben, ein Gegengewicht gegen Rom zu schaffen, seine Verbindungen zu den evangelischen Kirchen unermüdlich verstärkt. Gegenwärtig nimmt die Moskauer Kirche als Beobachter an allen Veranstaltungen und Versammlungen des Weltkirchenrates teil und versucht dabei hartnäckig, in die Ökumenische Bewegung antikatholische Tendenzen hineinzutragen. Desgleichen wird von ihr keine Möglichkeit ungenutzt gelassen, in die Beschlüsse des Weltkirchenrates jeweils die eine oder andere Hauptthese der sowjetischen Aussenpolitik einzubauen.

Anscheinend hat der Besuch des Oberhauptes der Anglikanischen Kirche, des Erzbischofs von Canterbury, bei Papst Johannes XXIII. im Moskauer Patriarchat eine gewisse Unruhe ausgelöst, so dass Bischof Nikodim in der letzten Zeit die unmittelbare Leitung der Festigung der Beziehun-

gen zum Weltkirchenrat selber übernahm. Diese Vermutung wird durch ein Telegramm bestätigt, das der Generalsekretär des Rates an Bischof Nikodim schickte:

„Ihre Freunde im Weltkirchenrat beten darum, dass der Herr Ihren bischöflichen Dienst und Ihre Arbeit für die Ökumenische Bruderschaft segnen möge.“ (*Zeitschrift des Moskauer Patriarchats*, August 1960)

Bei ihren Bemühungen um Hebung ihrer eigenen kirchlichen Autorität in der Welt und der Verbreitung der aussenpolitischen Thesen der Sowjetführung bedient sich die Moskauer Kirchenleitung zuweilen absonderlicher Methoden. So hielten zum Beispiel einige im Auslande liegende, aber der Jurisdiktion des Moskauer Patriarchats unterstellte Kirchen im Jahre 1960 anlässlich des Feiertages des heiligen Nikolaus Gedenkgottesdienste für den „ermordeten“ Zaren Nikolaus II. und seine Familie ab. Ein solcher Gottesdienst fand auch in der auf Veranlassung des Moskauer Patriarchats vor kurzem in München eröffneten orthodoxen Kirche statt. Es ist offensichtlich, dass diese

KIRCHLICHER
STAATSBESUCH
IN MOSKAU

*Eine Delegation
von Geistlichen
der
westdeutschen
Altkatholischen
Kirche wird
von Vertretern
des Moskauer
Patriarchats
auf dem
Bjelorussischen
Bahnhof in
Moskau begrüsst*



rein politische Massnahme den Zweck hat, die russische Emigration mit der Moskauer Kirche zu versöhnen und die Positionen der Russischen Orthodoxen Kirche im Exil zu schwächen.

In der Aussenpolitik der Moskauer Kirche spielen Besuche von Delegationen ausländischer

Kirchen beim Patriarchen eine hervorragende Rolle. „In den letzten zehn Jahren“, so schreibt die Zeitschrift des Moskauer Patriarchats in ihrer Novemberausgabe von 1960, „gehörten zu den Gästen des Erlauchten Patriarchen Alexej über vierzig Delegationen anderer orthodoxer Kirchen... und über dreissig Delegationen von Kirchen anderer Konfessionen“. Ausserdem haben mehr als zwanzig Delegationen des Moskauer Patriarchats zur gleichen Zeit im Ausland nichtorthodoxen Kirchen Besuche abgestattet. „Besonders lebhaft gestalteten sich die Beziehungen zur Anglikanischen Kirche und zu den evangelischen Kirchen Deutschlands und Dänemarks.“

Keine geringe Rolle bei der Durchdringung der selbständigen orthodoxen Kirchen des Nahen Ostens spielt der Umstand, dass mehrere Vertreter der jungen Geistlichkeit aus Ägypten, Syrien und dem Libanon an sowjetischen theologischen Akademien studiert haben oder studieren.

Bei der Beurteilung der Tätigkeit der Moskauer Orthodoxen Kirche und ihrer Beziehungen zur Sowjetführung darf allerdings nicht übersehen

werden, dass letztere die Kirche innerhalb des Landes keineswegs nur aus Rücksicht auf die aussenpolitischen Verdienste der Kirche für das Regime nicht verbietet. Vielmehr hat sich die Religiosität breiter Bevölkerungsschichten – einschliesslich vieler Mitglieder der Partei und

Lateinamerikanische Perspektiven

VON * * *

Das Organ des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion *Kommunist* veröffentlichte in Heft 5/1961 einen Artikel des Sekretärs der kommunistischen Partei in Uruguay, Arismendi, der den Titel trägt: *Lateinamerika im Vordergrund*. Dieser zweifellos von der KP der Sowjetunion inspirierte Artikel behandelt die Probleme der „echten revolutionären“ Bewegung in den Ländern Mittel- und Südamerikas und beschäftigt sich mit den „Bedingungen und Voraussetzungen des proletarischen Sieges“ auf diesem Kontinent. Wie weit diese Voraussetzungen bereits gediehen sind und welche Folgen daraus resultieren, darüber führt der Artikel unter anderem aus:

„Die Voraussetzungen für die Entstehung solcher Bedingungen sind bereits gegeben. Es existieren kommunistische Parteien, die marxistisch-leninistische Weltanschauung hat bestimmte Formen angenommen, die revolutionären Ideen beherrschten die Gemüter von tausenden Kämpfern, die an der Spitze von Hunderttausenden und Millionen Berufstätiger stehen, die ihre mächtigen Schultern im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und die absterbenden herrschenden Klassen ausrichten. Aus diesen Voraussetzungen die logischen Schlüsse zu ziehen ist die grosse Aufgabe des heutigen Tages.“ (A. a. O., Seite 86)

Die sowjetische Presse unterstreicht die jahrelange Erfahrung der lateinamerikanischen kommunistischen Parteien. Die KP Argentiniens ist

die älteste aussereuropäische KP der Welt. In 14 lateinamerikanischen Ländern existierten im Jahre 1929 bereits kommunistische Parteien, das waren damals 30% aller kommunistischen Parteien der Welt.

Gegenwärtig „existieren kommunistische Parteien in allen Ländern Lateinamerikas... Die KP Chiles, Argentiniens, Uruguays und Mexikos wirken bereits seit 40 Jahren und viele andere haben schon ihren dreissigsten Gründungstag feiern können“.

Der zahlenmässige Bestand der kommunistischen Parteien in den Ländern Südamerikas ist relativ klein; er umfasst etwa 250 000 Personen, was etwa 0,6% der Mitglieder der KP in der ganzen Welt ausmacht (*Kommunist* 6/1961, Seite 110), ist aber in den letzten Jahren fühlbar angestiegen. Die Mitgliederzahl der KP in Uruguay zum Beispiel ist von 1955 bis 1959 um 350 % gewachsen.

Kommunistische Organisationen bestehen in allen grossen privaten und staatlichen Betrieben. Der Verband der kommunistischen Jugend ist bedeutend stärker geworden. Gegenwärtig gibt die Partei fünf Zeitungen und ein theoretisches Journal, die *Estudios*, heraus. Sie hat das Recht, in acht Rundfunkzentralen Sendungen durchzuführen (*Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 2/1961). Der uruguayische kommunistische Funktionär Suares beschreibt die Taktik der Parteileitung in industriellen Betrieben folgendermassen:

des Komsomol, die nicht selten die kirchlichen Riten (wie Trauung, Taufe und a. m.) befolgen – derart gefestigt, dass die atheistische Führung nicht mehr imstande ist, die Tätigkeit der Kirche ganz zu unterdrücken. Der Kreml versucht daher, sie wenigstens den Zielen seiner eigenen Politik soweit wie nur möglich nutzbar zu machen.

Die Russische Orthodoxe Kirche hat sich die Möglichkeit des geistigen Einflusses auf die Bevölkerung im Lande selbst für den Preis des Kompromisses mit der kommunistischen Regierung

und der für diese übernommenen Dienste erkaufte. Nun ist allerdings die Verfechtung der politischen Zielsetzungen des Kreml durch die Kirche kein reiner Tribut an das unvermeidliche Böses. Sie sind vielmehr in mancher Hinsicht auf eigenartige Weise mit den eigenen Zielsetzungen der Kirche verflochten, bei ihren Versuchen nämlich, einmal die führende Rolle unter den orthodoxen Kirchen der Welt zu übernehmen, zum anderen aber mit Hilfe einer Vertiefung ihrer Beziehungen zu den evangelischen Kirchen eine geschlossene Front in dem traditionellen Kampf gegen Rom zu schaffen.

„In jedem grossen Betrieb ist die leitende Arbeit in der Zelle konzentriert, die aus 8, 10 oder 15 Personen besteht. Diese werden auf verschiedene Schulungskurse zur Hebung des ideellen Niveaus geschickt, nehmen an den Versammlungen des Aktivs teil und so weiter. Durch diese Zellen haben wir die Möglichkeit, die Parteimitglieder zu leiten und durch sie alle Arbeiter des Betriebes zu beeinflussen.“ (ebenda, Seite 16)

Bedeutende Erfolge verzeichnet die KP Kolumbiens. In diesem Lande besteht ein besonderer kommunistischer Bezirk mit einer eigenen Verwaltung. Die zahlenmässig kleine KP Kolumbiens gibt grosse Mengen von Propagandaliteratur heraus und unterhält ein besonderes Zentrum für die politische Erziehung der Jugend. Die Leiter besuchen systematisch Moskau und Peking. Ähnlich liegen die Dinge auch in vielen anderen Ländern Südamerikas.

Die Zeitschrift *Kommunist* (Nr. 6/1961) erklärt, dass „die dritte Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die in den fünfziger Jahren im friedlichen Wettbewerb und Kampf der beiden Systeme begonnen habe, durch Auftreten der internationalen Arbeiterbewegung in eine neue Entwicklungsetappe getreten“ sei und dass „das Jahr 1960 eine weitere Festigung des kommunistischen Fortschritts der internationalen Arbeiterklasse, der Konsolidierung ihrer Kräfte und eine Erweiterung ihres Einflusses gebracht“ habe. In derselben Nummer der genannten Zeitschrift wird die These „vom wirtschaftlichen Streik – zum politischen Kampf“ verkündet und das Anwachsen der Streiks in Südamerika im Laufe des letzten Jahres festgestellt. Es werden konkrete Beispiele aufgeführt, in denen Streiks zu bewaffneten Aufständen angewachsen sind – so in Venezuela – und diese dann als Musterbeispiele für andere Länder empfohlen.

Ein besonderes Augenmerk richtet die sowjetische Führung auf die Gründung der sogenannten „Nationaldemokratischen Front“ in den Ländern Lateinamerikas, zu der Gewerkschaften, Jugend- und Frauenorganisationen, linkssozialistische Parteien sowie Kreise der Bauernschaft, der Intelligenz und sogar des nationalen Bauertums hinzugezogen werden. Die sowjetische Presse behandelt auch die Gründungsaktik dieser Front:

„Die Völker Lateinamerikas bilden eine nationale demokratische Front, eine soziale Kraft, die in der Lage ist, das geschichtliche Urteil zu vollstrecken. Ihr Vortrupp ist das Proletariat... Teilnehmer dieses Kampfes, der das politische Gesicht Lateinamerikas verändert, sind das Proletariat, die Studentenschaft, die mittleren Klassen der Stadtbevölkerung und der

progressive Flügel des nationalen Bürgertums.“ (*Kommunist*, 5/1961, Seite 82 f.)

In der „internationalen Umschau“ des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wird unterstrichen, dass „in Lateinamerika der Kontakt zwischen den Parteien des Proletariats und anderen progressiven Kräften immer stärker wird“. Dies geht aus der Gründung einer nationalen Aktionsfront in Chile und auch der Zusammenarbeit des republikanisch-demokratischen Verbandes mit den Kommunisten in Venezuela sowie der Linksliberalen in Kolumbien und des linken Flügels der Brasilianischen Arbeiterpartei hervor.

Besonderen Nachdruck legt die Führung der KP der UdSSR auf die politische Gewinnung der Gewerkschaften in Lateinamerika. Auf dem Kongress in Mexiko im Jahre 1938 wurde als Gegengewicht gegen die freien Gewerkschaften die „Konföderation der Werktätigen von Lateinamerika (KWLA)“ gegründet, die sich dem Weltbund der Gewerkschaften“ anschloss. Dieser war nach dem Zweiten Weltkrieg auf Initiative Stalins ins Leben gerufen worden. Auf allen Kongressen der KWLA werden Entschliessungen gefasst, die völlig mit der jeweiligen Richtung der sowjetischen Aussenpolitik in Lateinamerika übereinstimmen. Die Zeitschrift *Kommunist* hebt die „erfreuliche Erscheinung“ der Herrschaft der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung auf dem Kontinent hervor und bestimmt folgendermassen das politische Gesicht und die Rolle dieser Gewerkschaften:

„Im Verfolg des Kampfes durch Streiks und Demonstrationen, an denen Millionen von Werktätigen teilnahmen, wurden einige Gewerkschaftszentren gebildet. Das Programm dieser Zentren trägt Klassencharakter, sie führen eine unabhängige Politik. In Chile, auf Kuba und in Uruguay bilden die Gewerkschaftszentren den Stützpunkt des antiimperialistischen und demokratischen Vorgehens. Im Kampf der Werktätigen in Venezuela, Bolivien, Ecuador und anderen Ländern für ihre sozialen und politischen Forderungen spielen die progressiven Gewerkschaften eine grosse Rolle. In Argentinien, Kolumbien, Brasilien, Costa Rica und anderen Ländern ist die Position der revolutionären Bewegung stark gefestigt.“ (*Kommunist*, 5/1961, Seite 84)

Die erfolgreiche kommunistische Unterwanderung der Gewerkschaftsbewegung Lateinamerikas beschreibt auch der Artikel *Neue Grenzen des Kampfes der Nationen in Lateinamerika*, der in der Zeitschrift *Probleme des Friedens und des Sozialismus* Heft 5/1961 veröffentlicht wurde. In diesem Artikel wird die sowjetische Tendenz zur Schaffung einer unter kommunistischem Einfluss stehen-

den Gewerkschaftsorganisation für ganz Lateinamerika deutlich. Zu diesem Zweck werden enge Kontakte zwischen den nationalen autonomen Gewerkschaftszentren angestrebt, um eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung in ganz Lateinamerika herzustellen.

Eine nicht minder wichtige Rolle im Plan der Kommunistisierung Lateinamerikas spielen die Versuche, eine Allianz mit den sozialistischen Parteien herzustellen, um diese aus der Position der Sozialistischen Internationale herauszubrechen. Dieser Prozess soll angeblich erfolgreich vor sich gehen, da sich die sozialistischen Parteien „mehr und mehr von der alten europäischen Sozialdemokratie abwenden“ (*Kommunist*, 5/1961, Seite 85 bis 86). In diesem Artikel wird weiter festgestellt, dass „in Chile die Sozialisten im Verein mit den Kommunisten den Kern der Volksfront bilden. Die Mehrzahl der Mitglieder der sozialistischen Partei Argentiniens fällt von den rechten Parteiführern ab. Bei den letzten Wahlen in Ecuador trat die sozialistische Partei gemeinsam mit den Kommunisten auf. In Brasilien sind die Beziehungen zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Kommunisten positiv. In Uruguay hat die sozialistische Partei mit der Sozialistischen Internationale gebrochen. Die Revolution in Kuba hat die Linkswendung vieler Kräfte der sozialistischen Partei begünstigt.“

Es muss zugegeben werden, dass die auf dem südamerikanischen Kontinent vor sich gehenden Prozesse von den Kommunisten real beurteilt und für ihre Ziele ausgenutzt werden. Die schnelle industrielle Entwicklung, die mit veralteten Agrarmethoden verflochten ist, und die Existenz von Latifundien schafft in vielen Ländern Lateinamerikas ein Landproletariat, das in denkbar schlechten Verhältnissen lebt und arbeitssuchend in die Städte strebt. Dieses Proletariat siedelt sich in der Nähe grosser Industriezentren und in primitiven Elendshütten in den Vorstädten an. Es führt ein Bettlerdasein und ist denkbar anfällig für die allgegenwärtige kommunistische Propaganda.

Die kommunistischen Parteien und die sowjetische Politik rechnen auch mit dem „käuflichen Bürgertum“ und mit einer Gewinnung der Intelligenz. Dieser Prozess verläuft mehr oder weniger erfolgreich. Als Beweis dient das Umschwenken hervorragender Kulturschaffender auf die marxistische Position.

Bei seiner lateinamerikanischen Expansion stützt sich der Kreml auch auf die Frauenorganisationen und besonders auf die Jugend. Es muss hervorgehoben werden, dass die Studentenschaft der lateinamerikanischen Länder gegen die maschierte kommunistische Propaganda nicht immun

ist. Es ist bekannt, dass die südamerikanische Jugend sich sehr aktiv an allen kommunistischen Festveranstaltungen beteiligt. Es darf auch nicht vergessen werden, dass die im vorigen Jahr in Moskau gegründete sogenannte Lumumba-Universität „Freundschaft der Völker“ von einem grossen Kontingent Jugendlicher aus Süd- und Zentralamerika besucht wird. Diese werden in ihre Länder nicht nur als Spezialisten auf verschiedenen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Gebieten zurückkehren, sondern auch als geschultes und aktives Kontingent für die Durchführung der sowjetischen Politik.

Ein wichtiger Faktor der Politik der Unterwanderung ist auch die wirtschaftliche „Hilfe“. In Wirklichkeit ist die wirtschaftliche Hilfe der UdSSR an die Länder Lateinamerikas nicht gross, aber ihr Charakter hat eine grosse Bedeutung. Eine wirklich bedeutende Hilfe erhielt nur Kuba, sowohl von der Sowjetunion als auch von anderen Ländern des „sozialistischen Lagers“. Die Sowjetunion hat Kuba einen Kredit von 100 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt, während andere kommunistische Länder einen Kredit in Höhe von insgesamt 200 Millionen Dollar gewährt haben. Der Industrieminister von Kuba Ernesto Guevara erklärte, dass in den nächsten Jahren auf Kuba durch die Länder des kommunistischen Lagers mehr als 100 bedeutende Industrieobjekte aufgebaut werden sollten. Der wichtigste kubanische Exportartikel, Zucker, der vorher hauptsächlich in die USA ausgeführt wurde, wird jetzt von den Ländern des kommunistischen Blocks gekauft. Die Ausfuhr in die Länder des sozialistischen Blocks ist auf 350 Millionen Dollar veranschlagt. Andererseits liefern diese Länder aus propagandistischen Gründen lebensnotwendige Maschinen, Treibstoff und fehlende Lebensmittel zu äusserst günstigen Bedingungen. Es ist klar, dass eine so radikale Hilfe an Kuba einen grossen propagandistischen Einfluss auch auf die politische Entwicklung in anderen Ländern Lateinamerikas hat.

Hinsichtlich der zwischenstaatlichen Beziehungen der Sowjetunion und der Länder Lateinamerikas gehen Prozesse vor sich, die aufmerksam verfolgt sein wollen. Im Laufe des letzten Jahres ist die sowjetische Politik hier in die Phase der offenen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre getreten. Offiziell wurde diese Expansion in einer TASS-Meldung vom 16. 7. 1960 proklamiert. In dieser Verlautbarung hat die sowjetische Führung die Monroedoktrin für sich und alle Staaten Lateinamerikas als ungültig erklärt. Die *Prawda* schrieb dazu am 29. 7. 1960:

„Gegenwärtig versucht man in den USA, die Leiche dieser Doktrin zu galvanisieren. Die

Zeit des Kolonialismus ist vorüber, und weder durch die Monroedoktrin noch durch irgend eine andere Doktrin wird es den USA gelingen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen."

Direkte diplomatische Beziehungen unterhält die UdSSR nur mit Argentinien, Mexiko, Uruguay und Kuba. In der nächsten Zeit sollen Beziehungen auch mit Brasilien aufgenommen werden. Der neue Präsident dieser Länder hat bekanntlich erklärt, er beabsichtige freundschaftliche Beziehungen zu den Ländern des Ostblocks herzustellen und eine Politik der Neutralität zu betreiben. Tatsächlich haben in der letzten Zeit auch bereits Verhandlungen mit Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien stattgefunden. Vor seiner Wahl hatte Quadros die Sowjetunion und die chinesische Volksrepublik besucht. Die Tendenz der Politik der brasilianischen Regierung ist im allgemeinen klar: Das grösste Land des südlichen Kontinents, eingeschlossen zwischen zwei einander bekämpfenden Blöcken, bemüht sich, neutral zu bleiben und auf diese Weise ein einflussreicher Staat auf diesem Kontinent zu werden. Diese Position der brasilianischen Regierung passt jedoch gut in die Pläne der sowjetischen Führung.

Nach der misslungenen Intervention gegen Castro auf Kuba im April dieses Jahres unterstrich die sowjetische Regierung, dass eine „Aggression gegen Kuba die friedliche Existenz des Volkes der USA bedrohen“ könne; sie deutete dabei die Möglichkeit eines Beschlusses mit interkontinentalen Raketen an (*Prawda*, 19. 4. 1961). Ähnlich äusserte sich Chruschtschow später in seiner Rede in Erivan (*Prawda*, 7. 5. 1961).

Es ist schwer zu sagen, ob die sowjetische Führung in diesem Falle tatsächlich interkontinentale Raketen anwenden würde oder nicht. Wahrscheinlich ist das kaum; es sieht vielmehr eher so aus, als ob Kuba gegebenenfalls in erster Linie durch ein System internationaler Freiwilligen-Brigaden verteidigt werden solle. Über diese Brigaden berichtet der Leiter der Abteilung für die Verbreitung der internationalen kommunistischen Bewegung im ZK der KP der Sowjetunion, B. Ponomarew, am 1. 5. 1961 in der *Prawda*. Die kubanische Zeitung *El Mundo* teilte daraufhin mit, dass Tausende von Briefen sowjetischer „Freiwilliger“ eingetroffen seien mit dem Angebot, zur „Festigung der Verteidigung“ nach Kuba zu kommen.

Es darf angenommen werden, dass im Zuge der industriellen Bautätigkeit auf Kuba auch Abschussrampen für Raketen angelegt werden. Wenn Kuba mit taktischen Raketen ausgerüstet wird, die von sowjetischen Militärspezialisten bedient werden, so bedeutet dieses nach Ansicht des Kreml nur eine „rechtmässige Verteidigung des

kubanischen Volkes“ und keineswegs eine Einmischung der UdSSR in die Angelegenheiten eines anderen Staates oder Kontinents. Eine mögliche Alternative der sowjetischen Reaktion auf die Ereignisse in Kuba könnte in einer aggressiven Antwort in Bezug auf West-Berlin, in Aggressionen in Korea, Vietnam oder in einem chinesischen Angriff auf Formosa bestehen. In einer „Botschaft“ an Präsident Kennedy wird auf die Möglichkeit der Durchführung so einer Expansion in West-Berlin und Deutschland hingewiesen:

„...Wenn Sie das Recht zu haben glauben, gegen Kuba derartige Massnahmen zu ergreifen, wie sie in der letzten Zeit von der Regierung der USA unternommen wurden, müssen Sie anerkennen, dass auch andere Länder nicht weniger Grund haben, in derselben Weise gegen Staaten vorzugehen, auf deren Territorium Vorbereitungen stattfinden, die eine Bedrohung der Sowjetunion bedeuten.“

Die sowjetische Führung habe auch deshalb ein „Recht“, auf die militärische Einmischung in die Angelegenheiten von Kuba zu reagieren, weil Fidel Castro seinen Staat als „sozialistisch“ deklariert und damit sein Regime de facto und de iure unter den Schutz der kommunistischen Staaten gestellt habe.

Obwohl Castro für seine „hervorragende friedliche Tätigkeit“ im April dieses Jahres den Lenin-Preis erhalten hat, muss doch angenommen werden, dass der Kreml ohne besondere Freude die Entwicklung seiner Tätigkeit verfolgt. Für das ZK der KP der UdSSR ist Castro zu individualistisch in seiner Überzeugung, alleiniger Vertreter des Volkswillens zu sein; dies passt schlecht in den Rahmen der strengen kommunistischen Disziplin. Aber der Verlust Kubas, dieser kommunistischen Bastion in der westlichen Hemisphäre, ist für die sowjetische Führung äusserst unerwünscht, insbesondere, da die missglückte Intervention im April das Prestige der USA in den Ländern Lateinamerikas stark erschüttert und dadurch die Wege für eine erfolgreiche weitere Entwicklung der sowjetischen Expansion auf diesem Kontinent vorbereitet hat. In diesem Zusammenhang unterbreitet die Zeitschrift *Kommunist* (5/1961, Seite 70 ff.):

„Die kubanische Revolution hat den aus dem sogenannten geographischen Totalismus resultierenden Mythos von einer durch die räumliche Nähe der USA bedingten Notwendigkeit der Anlehnung an eine imperialistische Herrschaftsform zerstört... Die Lateinamerikaner meinen, dass Kuba den zweiten Unabhängigkeitskrieg eingeleitet habe, und dies ist noch wichtiger als die heldenhafte äussere Seite der kubanischen Revolution – einer interessanten und

lehrreichen Erfahrung auf dem Gebiete des Partisanenkampfes. Das Verdienst der kubanischen Revolutionäre besteht darin, dass sie ihre Revolution als eine allgemeine und kontinentale darstellen."

Es muss daran erinnert werden, dass die sowjetische Expansion in Lateinamerika mit der Expansion des kommunistischen China verflochten ist, das in diesen Ländern seine eigene Politik durchführt. Vor der Revolution auf Kuba dominierte der Einfluss Pekings in vielen Staaten Lateinamerikas. Seit Mitte der fünfziger Jahre besteht in Peking eine Radiostation, die ständig Sendungen nach Lateinamerika ausstrahlt. Im November 1956 wurde in Peking im Institut für internationale Beziehungen bei der Akademie der Wissenschaften der chinesischen Volksrepublik eine besondere Abteilung für Lateinamerika geschaffen. Die führenden lateinamerikanischen Kommunisten die zum Empfang von Instruktionen nach Moskau und Peking fahren und dort einander widersprechende Direktiven empfangen, befinden sich in einer Lage, die nicht zu einer erfolgreichen Arbeit der KP bei-

trägt. Südamerikanische Delegationen reisen öfter nach Peking als nach Moskau. Auch viele chinesische Delegationen besuchen die Länder Lateinamerikas. Es ist interessant festzustellen, dass die sowjetische Presse derartige Besuche oft verschweigt oder den Sinn der chinesischen Mitteilungen verfälscht (so das „Chinesisch-kubanische Kommuniqué“, vom November 1960).

Aus der Analyse der sowjetischen Presse geht hervor, dass die sowjetische Weltexpansion Lateinamerika in das Vorfeld der internationalen Ereignisse stellt. Diese Expansionspolitik proklamiert der Kreml als den zweiten Unabhängigkeitskrieg der Länder Süd- und Zentralamerikas. Die lateinamerikanische Revolution wird ein einmaliger gesamtkontinentaler Prozess genannt und als das strategische Ziel dieser Politik der Unterwerfung des Kontinents wird die „Deklaration der brüderlichen Freundschaft der freien Völker Südamerikas“ bezeichnet, das heisst also, die Gründung einer Union der sozialistischen Republiken Lateinamerikas nach dem Vorbild der UdSSR und unter deren Ägide.

Erfahrungen einer Reise

VON ADLAI STEVENSON

Im Juni unternahm der amerikanische Chefdelegierte bei den Vereinten Nationen, Botschafter Adlai Stevenson, im Auftrag von Präsident Kennedy eine achtzehntägige Reise durch zehn südamerikanische Staaten. Nach seiner Rückkehr von dieser Mission erklärte er vor dem Nationalen Presseklub in Washington, dass die Bevölkerung und die führenden Staatsmänner Südamerikas von dem Hilfeprogramm Präsident Kennedys für Lateinamerika – der „Allianz für den Fortschritt“ – tief beeindruckt seien.

Im einzelnen sagte Botschafter Stevenson ferner unter anderem:

„Was die Hilfe betrifft, (die die südamerikanischen Staaten erwarten; d. Red.) so ist der Bedarf tatsächlich riesig. Der Wunsch nach beschleunigtem Wachstum ist gross und allgemein, und die Leistungskraft bei wirksamster Anwendung von Unterstützungsmassnahmen wird gerade durch die systematische Planung öffentlicher Investitionen rapide beschleunigt...“

In den meisten Fällen sind die allgemeinen Vorstellungen (über die zu leistende Hilfe) nicht

weit von unseren eigenen Gedankengängen entfernt. Ganz offensichtlich erwartet man in ganz Südamerika eine im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren entschiedene Erhöhung der wirtschaftlichen und sozialen Investitionen durch die Vereinigten Staaten. Die Mehrzahl der Regierungen scheint an harte Anleihen zu denken, die durch die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank, die Export-Import-Bank nach Ausmass ihrer wirklichen Kreditmöglichkeit finanziert werden können...

Wenn der Kongress einen Abschluss langfristiger Übereinkommen gutheisst, besteht keine Frage, dass damit die Fähigkeit der lateinamerikanischen Regierungen zur Durchführung bereits eingeleiteter Entwicklungsvorhaben – einschliesslich der notwendigen Strukturreformen – weitgehend gestärkt wird...

Die kommunistische Infiltration und Durchdringung hat, so glaube ich, in Ausmass und Wirksamkeit seit meiner mehr oberflächlichen Reise durch diese Länder im Jahre 1960 zugenommen. Sie zeigt sich besonders bei vier Gruppen: bei den

Studenten, den Universitätsprofessoren, den Schullehrern und in den Gewerkschaften. Bewohner der verarmten Vorstadtbezirke sind ebenfalls – besonders dort, wo grosse Arbeitslosigkeit herrscht – anfällige Opfer...

Ich glaube, unsere Mission hat die lebenswichtige Bedeutung der Wiederherstellung des Vertrauens in eine gemeinsame Befassung mit den Problemen der kommunistischen Unterwanderung und indirekten Aggression gezeigt, wenn das interamerikanische System Hoffnung haben soll, weiterzubestehen...

Die wirkliche Sorge ist die Errichtung eines Brückenkopfes für die kommunistische Durchdringung und Unterwanderung in der gesamten Hemisphäre. Es zeigt sich, dass dies allen amerikanischen Republiken gleich grosse Sorge bereitet, ja Lateinamerika sogar noch mehr als die Vereinigten Staaten betrifft, weil es ja heute gerade die lateinamerikanischen Länder sind, die verwundbarer und das eigentliche Objekt indirekter Aggression sind...

Für mich war die wichtigste Entdeckung auf dieser Reise, dass alle Regierungen von Lateinamerika jetzt, da sie wirtschaftliche und soziale Reformen in Angriff nehmen und dabei Erfolge erzielen müssen, erkennen, dass sich die alten Gesellschaftsformen ändern müssen, dass die Formen der Vergangenheit überholt sind als Folge revolutionärer Bewegungen in der ganzen Welt, und dass sie sich mit diesen wesentlichen Änderungen selbst identifizieren und sämtliche erfolgreichen Bewegungen für wirtschaftliche Reformen unterstützen müssen. Das heisst, sie müssen sich zum Wohl des Volkes bekennen – offen bekennen. Ich halte das für einen Fortschritt von grösster Wichtigkeit...

Ich bin je länger desto mehr davon überzeugt, dass die Erkenntnis, dass Südamerika uns braucht und wir Südamerika brauchen, uns zu einer gesteigerten, auf ehrlicher und aufrichtiger Partnerschaft basierenden Zusammenarbeit veranlassen sollte, deren Ziel es ist, das amerikanische System stärker zu machen..."

BUCHER

Paul M. A. Lindberger: „Schlachten ohne Tote“ (Psychological Warfare). Übersetzt und bearbeitet von A. J. C. Middleton und P. H. G. Röhl. Verlag E. S. Mittler & Sohn, Berlin-Frankfurt/M. 1960. 332 Seiten mit 44 Abb., Leinen DM 26.80

Die ausserordentliche Bedeutung der psychologischen Kriegsführung wird von dem Verlag besonders hervorgehoben: Gerade in der Zeit des atomaren Gleichgewichts des Schreckens könne sie „entscheidend dazu beitragen, den Ausbruch des nuklearen Krieges zu verhindern und den Kampf um die Freiheit in ‘Frieden’ zu gewinnen“. Ausgerechnet dieses Versprechen allerdings hält das ansonsten sehr interessante und instruktive Buch nicht. Der Verfasser, Professor für Politik an der John Hopkins-Universität in Washington, ist vielmehr bemüht, die psycholo-

gische Kriegsführung nur als Hilfsmittel der militärischen Kriegsführung zu behandeln und auf diesen Anwendungsbereich zu beschränken. Diese Haltung wird verständlicher, wenn man die Stellen liest, an denen er auf die realen Möglichkeiten der amerikanischen Demokratie zu sprechen kommt, auch in Friedenszeiten psychologische Kriegsführung zu betreiben. Der Grund liegt jedoch tiefer; er wird vor allem im vierten, speziell für die zweite amerikanische Ausgabe geschriebenen Kapitel deutlich, das die psychologische Kriegsführung nach dem Zweiten Weltkrieg behandelt. Einerseits durchschaut der Verfasser die politische Wirklichkeit der totalitären Staaten nicht und sieht in ihnen (im Nazi-Deutschland genauso wie in der Sowjetunion) nach aussen geschlossene Gebilde, die nur durch ausserordentliche Bedingungen wie etwa militärische Niederlagen dazu gebracht werden können, ihre Einstellung zu ändern. Von der inneren Spannung in diesen Ländern spricht er nicht, ja er gibt sogar unumwunden zu, dass er die Zielsetzungen der Kommunisten nicht durchschaue, wenn er auch

die Heftigkeit und das Ausmass der kommunistischen Bedrohung durchaus sieht. Andererseits ist der Verfasser, der während des Zweiten Weltkrieges mehrere Jahre in der praktischen Arbeit auf dem Gebiet der psychologischen Kriegsführung gestanden hat, zu sehr auf die Methoden der psychologischen Kriegsführung im Kriege eingeschworen, so dass ihm das Gefühl für breit angelegte und keineswegs der Geheimhaltung oder des Überraschungsmomentes bedürftige politische Aktionen abgeht.

Entgegen den allgemeinen Betrachtungen über die Weltpolitik, die leider viel zu viel Raum einnehmen und zum Teil mit erstaunlicher Naivität vorgetragen werden, sind die Schilderungen über den Aufbau der amerikanischen psychologischen Kriegsführung, über die im letzten Weltkrieg angewandten Methoden und Techniken, über die Erfolge und Grenzen der Anwendbarkeit der psychologischen Kriegsführung im Rahmen der militärischen Kampfhandlungen nicht nur präzise und interessant, sondern auch sehr lehrreich.

Die zu Beginn der Arbeit vorgenommene Gegenüberstellung der amerikanischen und deut-

schen Begriffe zeigt übrigens deutlich den rein defensiven Charakter der deutschen Überlegungen über die Möglichkeiten der psychologischen Kriegsführung, so dass selbst die auf den militärischen Bereich beschränkten Darstellungen Lindbergers einen fruchtbaren Ansatzpunkt für weitere Untersuchungen bilden könnten. Trotz aller zum Teil in der Natur der Sache liegenden Schwächen des Buches, das eigentlich die erste zusammenfassende Darstellung über die psychologische Kriegsführung (und die einzige in Deutschland) ist, muss dem Verlag für die Herausgabe grösster Dank ausgesprochen werden. Für jeden, der sich für den Gegenstand interessiert, ist das Buch unentbehrlich. Nur lässt die Übersetzung, die das amerikanische Original möglichst genau wiederzugeben bestrebt ist, manche Wünsche übrig: an einzelnen Stellen ist der Sinn nur durch eine Rückübersetzung ins Englische zu ermitteln. Sollte es zu einer zweiten deutschen Auflage kommen, was nur zu hoffen wäre, sollte man hier unbedingt Abhilfe schaffen. -ld

Karl Richter: „Die trojanische Herde“. Ein dokumentarischer Bericht. Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln 1959, 313 Seiten, brosch. DM 14.-

„Die Funktionäre sind unter uns“ – so lautet eine Kapitelüberschrift der bemerkenswerten, wenn auch bei vielen unbeliebten Publikation, von der hier die Rede ist. Und in der Tat – sie sind unter uns, hier in der Bundesrepublik wie in West-Berlin. Aber nicht alle von ihnen sind noch heute, im Jahre 1961, als Funktionäre des Kommunismus unter uns, wie es jene Kapitelüberschrift meint. Auch der Verfasser des uns vorliegenden Buches, Karl Richter, gehört zu den gar nicht so wenigen ehemaligen kommunistischen Funktionären höherer Grade, die zu Kämpfern gegen eben dieses System geworden sind und der Sache des Antikommunismus mit-

unter nützlicher sein können als Persönlichkeiten, die von vornherein Gegner des Kommunismus waren. Diese haben nämlich naturgemäss nicht annähernd einen derartigen Einblick in die inneren Zusammenhänge etwa der Infiltrationstätigkeit der Kommunisten, wie ein ehemaliger leitender Funktionär der KPD oder einer ihrer Tamorganisationen, beispielsweise des sogenannten Demokratischen Kulturbundes Deutschlands, der es immerhin noch Ende November 1955 erreichte, vom bayerischen Innenministerium von der Liste der verfassungsfeindlichen Organisationen gestrichen zu werden.

Dies erfahren wir neben vielem anderem aus der vorliegenden Publikation. Es ist überhaupt ihre Eigenart, dass sie weitgehend aus Namenlisten, Daten und Zahlen besteht; eben diese Eigenart bedingt ihre Aktualität wie ihre Unbeliebtheit.

Aus dem Buchinhalt schon ergibt sich, was der Autor inzwischen selbst öffentlich bekanntgegeben hat; dass es sich bei dem Verfassernamen Karl Richter um das Pseudonym eines besonders intimen Kenners und früheren Eingeweihten in die kommunistische Unterwanderung speziell auf kulturellem Gebiet handelt, nämlich den ehemaligen Landessekretär des kommunistischen „Kulturbundes“ für Niedersachsen und den KPD-Redakteur der „Niedersächsischen Volksstimme“, Werner Sticken aus Hannover, den die Kommunisten schliesslich ungeachtet seiner für sie nützlichen Tätigkeit – etwa von 1951/52 bis 1956 – der „erwiesenen“ Zusammenarbeit „mit der Politischen Polizei“ der Bundesrepublik beschuldigten. Offenbar dadurch veranlassten sie ihn zur Preisgabe seiner ebenso interessanten wie für verschiedene Persönlichkeiten im Westen und die kommunistische Führung im Osten unangenehmen, sehr detaillierten Kenntnisse und Erfahrungen aus seiner bisherigen prokommunistischen Arbeit. Wer die Angaben des Bundesinnenministers für zu schwarzseherisch halten möchte, der sollte diese Publikation studieren; es

ist freilich keine fesselnde psychologisierende oder poetisch-symbolisierende Schrift wider den Kommunismus, sondern ein Tatsachenbericht, der von vornherein nichts anderes sein will.

Sicherlich ist es nicht jedermanns Sache, sich seitenweise durch die Namenlisten durchzuarbeiten, die einen erheblichen Teil des Buches einnehmen. Wer sich aber einen wirklichkeitsgerechten Einblick in die weitgreifenden Beeinflussungsversuche gerade der Intellektuellen und deren Ahnungslosigkeit in Bezug auf die absolute Skrupellosigkeit, aber auch Geschicklichkeit des Kommunismus in der Ausnutzung echt humanitärer Zielsetzungen verschaffen will, der mache sich die Mühe, diese Enthüllungen zu lesen. Er wird dem „Schwelmer Kreis deutscher Pädagogen“, dem „Deutschen Kulturtag“ in München, dem „Fränkischen Kreis“ sowie einzelnen Namen von hohem Rang begegnen. Allerdings – und hier setzt die Kritik ein: die Mehrzahl der zitierten Unterzeichner von Kulturbund-Aufrufen oder Teilnehmer an Tagungen usw. aus den Jahren 1952/53 etwa hat weitaus eher als der Autor Richter-Sticken erkannt, was (leider noch unter Mitwirkung des Autors) dahinter stand, als man ihre Friedensliebe, ihre antinazistische, humanitäre, ihre pazifistische Gesinnung auszunutzen versucht hatte – damals mit Erfolg. Dass der Autor unerwähnt lässt, dass und warum sie sich seither von diesen – von ihnen damals nicht durchschauten – Machenschaften distanzieren, ist unverständlich. Dies um so mehr, als es – wiederum der Gerechtigkeit halber sei es betont – zwar nicht für alle zutrifft, wohl aber für die einwandfrei nachweisbare Mehrzahl der zitierten Namenslisten, die unter anderen katholische und evangelische Theologieprofessoren, Universitätsrektoren, Dozenten, Lehrer, Verleger, Schriftsteller und Wissenschaftler – teilweise von Weltruf, wie zum Beispiel die „Göttinger Achtzehn“ –, Künstler, Schauspieler, ja, Senats- und Gerichtspräsidenten umfassen. -mss-

МОСТЫ

BRÜCKEN

*Hefte für
Literatur, Kunst und Politik*

Es liegen vor:

Heft 1 / 1958, 430 Seiten
Heft 2 / 1959, 462 Seiten
Heft 3 / 1959, 438 Seiten
Heft 4 / 1960, 430 Seiten
Heft 5 / 1960, 345 Seiten
Preis je Heft DM 5,- / \$3,-

MITARBEITER DER BISHER ERSCHIENENEN HEFTE:

Erzählungen und Prosafragmente

G. Andreev; N. Berberova; J. Bol'schuchin; I. Bunin;
G. Gazdanov; Vl. Jurasov; V. Korvin-Piotrovskij;
A. Kulakovskij; N. Narokov; L. Rshevskij; V. Sersh;
I. B. Singer; P. Tschavtschavadse; N. Tschencov; B. Zajcev

Lyrik

L. Alekseeva; O. Anstej; I. Burkin; A. Ertel'; O. Il'inskij;
J. Ivask; I. Jelagin; Vl. Jurasov; D. Klenovskij; G. Lachman;
I. Legkaja; S. Makovskij; B. Pasternak; S. D. Pregel'; M. Stark;
J. Tauber; J. Trubecko; J. Tschinnov

Politik, Literatur, Wissenschaft

G. Adamovitsch; V. Alexandrova; G. Andreev; Th. Arnold;
A. Bachrach; N. A. Berdjaev; D. Burg; N. Efremov; V. Frank;
G. Gazdanov; K. Gerschel'man; J. Ivask; V. S. Jasnovskij;
J. Klein; M. Korjakov; G. Kotschevickij; G. Krugovoj;
S. Levickij; Vl. Markov; A. Mazurova; D. Mereshkovskij;
A. Nejmirko; N. Osipov; G. Petrov; N. Poltorackij;
K. Pomerancev; P. Schelestov; L. Schestov; A. Schik;
D. Schub; Vl. Shabinskij; F. Stepun; Vl. Weidlé; J. Werger;
Gr. Zabeshinskij

Verlag des Z O P E · München 19 · Renatastrasse 77

Einzelpreis DM 1.